AMTSBLATT

DER POMMERSCHEN EVANGELISCHEN KIRCHE

Postleitzahl des Kirchenamts

1999

T4

Nr. 7-8

Greifswald, den 1. August 1999

1999

Inhalt

- A. Kirchliche Gesetze, Verordnungen und Verfügungen** S. 62
- Nr. 1) Urkunde** über die Stilllegung der Pfarrstelle Blesewitz und die Veränderung der dauernden pfarramtlichen Verbindung der zugehörigen Kirchengemeinden unter der Pfarrstelle Teterin des Kirchenkreises Greifswald. S. 62
- Nr. 2) Urkunde** über die Stilllegung der Pfarrstelle Blumenhagen und die Veränderung der dauernden pfarramtlichen Verbindung der Kirchengemeinden Blumenhagen, Groß Luckow, Klein Luckow und Groß Spiegelberg unter der Pfarrstelle Jatznick des Kirchenkreises Pasewalk. S. 62
- Nr. 3) Urkunde** über die Stilllegung der Pfarrstelle Hanshagen und die Veränderung der dauernden pfarramtlichen Verbindung der Kirchengemeinde Hanshagen unter der Pfarrstelle Kemnitz des Kirchenkreises Greifswald. S. 62
- Nr. 4) Verordnung** nach Artikel 29 Abs. 2 der Grundordnung der EKD zur Änderung des Disziplinargesetzes S. 62
- Nr. 5) Kirchengesetz** über die Versorgung der Pfarrer, Pfarrerrinnen, Kirchenbeamten und Kirchenbeamtinnen in der EKU sowie Verordnungen über Besoldung der Pfarrerrinnen, Pfarrer und Kirchenbeamten in der EKU S. 63
- Nr. 6) Veränderte Durchführungsbestimmung** zur Vokationsordnung S. 81
- Nr. 7) Kirchengesetz** zur Ordnung der Arbeit mit Kindern und Jugendlichen in der Pommerschen Evangelischen Kirche S. 82
- Nr. 8) Vertrag** zur Änderung des „Vertrages über die Bildung eines gemeinsamen Verwaltungsgerichts“ S. 83
- B. Hinweise auf staatliche Gesetze und Verordnungen** S. 84
- C. Personalmeldungen** S. 84
- D. Freie Stellen** S. 84
- E. Weitere Hinweise** S. 89
- Nr. 9) Theologisches Kolloquium** zur 50. Wiederkehr der Gründung des Katechetischen Oberseminars - später Kirchlichen Hochschule Naumburg S. 89
- Nr. 10) Lutherakademie e.V. Ratzeburg** S. 89
- Nr. 11) Intensivseminar** des Konfessionskundlichen Instituts des Ev. Bundes S. 90
- Nr. 12) Millenniumsausstellung** „Nordelbische Schätze“ Kalenderedition 2000 S. 90
- E. Mitteilungen für den Kirchlichen Dienst** S. 91
- Nr. 13) Kirchbautag** - Artikelserie für Kirchengebietspresse S. 91
- Nr. 14) Zwei Grundsatzreferate** aus kirchenrechtlicher und theologischer Sicht zum Entwurf der „Ordnung des Kirchlichen Lebens in der EKU“ S. 95

A. Kirchliche Gesetze, Verordnungen und Verfügungen

Nr. 1) URKUNDE über die Stilllegung der Pfarrstelle Blesewitz und die Veränderung der dauernden pfarramtlichen Verbindung der zugehörigen Kirchengemeinden unter der Pfarrstelle Teterin des Kirchenkreises Greifswald.

Nach Anhörung der Beteiligten wird bestimmt:

§ 1

Gemäß Artikel 30 der Kirchenordnung wird die Pfarrstelle Blesewitz stillgelegt.

§ 2

Die dauernde pfarramtliche Verbindung der Kirchengemeinden Blesewitz, Görke und Lüskow unter der Pfarrstelle Blesewitz wird aufgehoben.

§ 3

Die Kirchengemeinden Blesewitz mit Sanitz, Görke und Lüskow mit Butzow werden mit den Kirchengemeinden Teterin mit Neu-Teterin und Müggenburg und Pelsin dauernd unter der Pfarrstelle Teterin pfarramtlich verbunden.

§ 4

Die Urkunde tritt mit Wirkung vom 1. Mai 1999 in Kraft.

Pommersche Evangelische Kirche Greifswald, den 13. April 1999
Das Konsistorium

II/1 141-3.3 - 4/99

(L.S.) Harder
Konsistorialpräsident

Nr. 2) URKUNDE über die Stilllegung der Pfarrstelle Blumenhagen und die Veränderung der dauernden pfarramtlichen Verbindung der Kirchengemeinden Blumenhagen, Groß Luckow, Klein Luckow und Groß Spiegelberg unter der Pfarrstelle Jatznick des Kirchenkreises Pasewalk.

Nach Anhörung der Beteiligten wird bestimmt:

§ 1

Gemäß Artikel 30 der Kirchenordnung wird die Pfarrstelle Blumenhagen stillgelegt.

§ 2

Unter Aufhebung der bisherigen pfarramtlichen Verbindung werden die Kirchengemeinden Blumenhagen, Groß Luckow, Klein Luckow und Groß Spiegelberg mit der Kirchengemeinde Jatznick und den dazugehörigen Ortsteilen Waldeshöhe, Belling und Sandförde dauernd unter der Pfarrstelle Jatznick pfarramtlich verbunden.

§ 3

Die Urkunde tritt mit Wirkung vom 1. August 1999 in Kraft.

Pommersche Evangelische Kirche Greifswald, den 6. Juli 1999
Das Konsistorium

II/1 141-3.4. - 2/99

(L.S.) Harder
Konsistorialpräsident

Nr. 3) URKUNDE über die Stilllegung der Pfarrstelle Hanshagen und die Veränderung der dauernden pfarramtlichen Verbindung der Kirchengemeinde Hanshagen unter der Pfarrstelle Kemnitz des Kirchenkreises Greifswald.

Nach Anhörung der Beteiligten wird bestimmt:

§ 1

Gemäß Artikel 30 der Kirchenordnung wird die Pfarrstelle Hanshagen stillgelegt.

§ 2

Unter Aufhebung der bisherigen pfarramtlichen Verbindung wird die Kirchengemeinde Hanshagen mit Gladrow und Ortsteil Karbow mit der Kirchengemeinde Kemnitz mit Kemnitzerhagen, Rappenhagen Ludwigsburg, Neuendorf, Ortsteil Friedrichshagen und der Kapellengemeinde Loissin dauernd unter der Pfarrstelle Kemnitz pfarramtlich verbunden.

§ 3

Die Urkunde tritt mit Wirkung vom 1. Mai 1999 in Kraft.

Pommersche Evangelische Kirche Greifswald, den 13. April 1999
Das Konsistorium

II/1 141-3.3 - 5/99

(L.S.) Harder
Konsistorialpräsident

Nr. 4) Verordnung nach Artikel 29 Abs. 2 der Grundordnung der EKD zur Änderung des Disziplargesetzes

Pommersche Evangelische Kirche Greifswald, den 5. Mai 1999
Das Konsistorium

D II/2 125-1 - 2/99

Nachstehend veröffentlichen wir die Verordnung nach Artikel 29 Abs. 2 der Grundordnung der Evangelischen Kirche in Deutschland zur Änderung des Disziplargesetzes der Evangelischen Kirche in Deutschland (DG.EKG) vom 26. März 1999.

Harder
Konsistorialpräsident

Verordnung nach Artikel 29 Abs. 2 der Grundordnung der Evangelischen Kirche in Deutschland zur Änderung des Disziplargesetzes der Evangelischen Kirche in Deutschland

Vom 26. März 1999

Der Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland hat aufgrund des Artikels 10 Buchstabe a, des Artikels 13 und des Artikels 29 Abs. 2 der Grundordnung der Evangelischen Kirche in Deutschland die folgende Verordnung beschlossen:

Artikel 1

§ 13 des Disziplargesetzes der Evangelischen Kirche in Deutschland vom 9. November 1995 (ABl. EKD S. 561, 1996 S. 82) wird wie folgt geändert:

a) Dem Absatz 2 wird folgender Satz 2 angefügt:

„Gliedkirchliches Recht kann eine Besetzung mit einem rechtskundigen vorsitzenden, zwei ordinierten beisitzenden und zwei nicht-ordinierten beisitzenden Mitgliedern vorsehen.“

b) Dem Absatz 3 wird folgender Satz 2 angefügt:

„Bei einer Besetzung nach Absatz 2 Satz 2 treten an die Stelle der ordinierten beisitzenden Mitglieder zwei Amtskräfte entweder aus der Laufbahn oder mit dem entsprechenden Status der Amtskraft.“

c) In Absatz 4 wird Satz 3 aufgehoben.

d) In Absatz 6 werden die Wörter „von drei Mitgliedern“ durch die Wörter „nach Absatz 2 bis 4“ ersetzt.

Artikel 2

(1) Bestehende Disziplinargerichte, die vor dem Inkrafttreten dieser Verordnung besetzt wurden, bleiben bis zum Ablauf ihrer Amtsperiode unverändert im Amt.

(2) Disziplinarverfahren, die vor dem Inkrafttreten dieser Verordnung eingeleitet wurden, werden nach den bis zum Inkrafttreten dieser Verordnung geltenden Vorschriften durchgeführt.

(3) Diese Verordnung tritt am 1. Mai 1999 in Kraft.

Begründung

Der Entwurf des Disziplinargesetzes von 1995 sah ebenso wie das alte Disziplinargesetz eine Besetzung der Disziplinarkammern mit fünf Mitgliedern, mit der Möglichkeit einer Besetzung mit drei Mitgliedern vor. Diese Formulierung wurde von der Synode kurzfristig geändert und ausschließlich eine Besetzung mit drei Mitgliedern vorgesehen. Angesichts der Tragweite der zu entscheidenden Maßnahmen wird von den Gliedkirchen zumindest eine Öffnungsklausel für eine größere Besetzung gewünscht.

Die Absätze 3 und 6 werden dieser Änderung redaktionell angepaßt.

Der bisherige Absatz 4 Satz 3 sieht vor, daß das vorsitzende Mitglied des Disziplinarhofes nicht der Gliedkirche angehören darf, der die Amtskraft angehört. Da für diese spezielle Regelung kein zwingender Grund besteht, wird sie aufgehoben.

Nr. 5) Kirchengesetz über die Versorgung der Pfarrer, Pfarrerrinnen, Kirchenbeamten und Kirchenbeamtinnen in der EKU sowie Verordnungen über die Besoldung der Pfarrerrinnen, Pfarrer und Kirchenbeamten in der EKU.

Pommersche Evangelische Kirche Greifswald, den 10. Juni 1999
Konsistorium

II/1 221 - 12/99

Nachstehend werden veröffentlicht:

1. Kirchengesetz über die Versorgung der Pfarrer, Pfarrerrinnen, Kirchenbeamten und Kirchenbeamtinnen in der EKU vom 16. Juni 1996, in der Fassung der VO vom 9. September 1998, in Kraft ab 1. Januar 1999.

2. Verordnung über die Besoldung der Pfarrerrinnen und Pfarrer in der EKU vom 31. März 1993, in der Fassung der VO vom 9. September 1998, in Kraft ab 1. Januar 1999.

3. Verordnung über die Besoldung der Kirchenbeamten in der EKU vom 31. März 1993, in der Fassung der VO vom 9. September 1998, in Kraft ab 1. Januar 1999

Harder
Konsistorialpräsident

Verordnung über die Besoldung der Pfarrer in der Evangelischen Kirche der Union (Pfarrbesoldungsordnung - PfBesO)

Vom 31. März 1993
(Abl. EKD 1993, S. 285)*

Aufgrund von Artikel 15 Absatz 3 der Ordnung der Evangelischen Kirche der Union wird folgende Verordnung erlassen:

Inhaltsübersicht

Abschnitt 1 Allgemeine Vorschriften

- § 1 Geltungsbereich
§ 2 Träger der Besoldung

Abschnitt 2 Besoldung

1. *Allgemeine Vorschriften*
§ 3 Besoldung der Pfarrer
§ 3a Verzicht auf Besoldung
§ 4 Besoldung bei eingeschränktem Dienst und Freistellung
§ 5 Zahlung der Bezüge
§ 5a Rentenanrechnung auf Besoldung
2. *Grundgehalt*
§ 6 Grundgehalt
§ 7 Zulagen
3. *Besoldungsdienstalter*
§ 8 Besoldungsdienstalter im Regelfall
§ 9 Festsetzung des Besoldungsdienstalters
4. *Familienzuschlag*
§ 10 Grundlage
§ 11 Stufen des Familienzuschlages
§ 12 Änderung des Familienzuschlages
5. *Dienstwohnung*
§ 13 Dienstwohnung
6. *Mutterschutz und Erziehungsurlaub*
§ 14 Besoldung während der Mutterschutzfristen und des Erziehungsurlaubs

* zuletzt geändert durch Verordnung vom 9. September 1998 (Abl. EKD 1998, S. 453)

7. *Urlaubsgeld und vermögenswirksame Leistungen*
 § 15 Urlaubsgeld
 § 16 Vermögenswirksame Leistungen

8. Rentenversicherungszuschlag
 § 17 Rentenversicherungszuschlag

Abschnitt 3
Bezüge der Vikare

- § 18 Vikarsbezüge

Abschnitt 4
Übergangs- und Schlußvorschriften

- § 19 Abweichende Regelungen
 § 20 Anwendung des staatlichen Besoldungsrechts
 § 21 Kirchlicher Dienst, außerkirchlicher öffentlicher Dienst
 § 22 Mitwirkungspflicht
 § 23 Pfarrer im unmittelbaren Dienst der Evangelischen Kirche der Union
 § 24 Ausführungs- und Durchführungsbestimmungen
 § 25 Inkrafttreten

Abschnitt 1
Allgemeine Vorschriften

§ 1
Geltungsbereich

(1) Diese Verordnung regelt - sofern nicht etwas anderes bestimmt ist - die Besoldung der Männer und Frauen, die von der Evangelischen Kirche der Union oder einer ihrer Gliedkirchen zum Pfarrer oder zur Pfarrerin auf Lebenszeit oder im Probendienst (Entsendungsdienst) berufen worden sind. Sie regelt ferner die Bezüge der Männer und Frauen, die von einer Gliedkirche zum Vikar oder zur Vikarin berufen worden sind.

(2) Die Bestimmungen dieser Verordnung - mit Ausnahme der Bestimmungen über die Unterhaltsbezüge der Vikare und Vikarinnen - gelten für Pfarrer und Pfarrerrinnen auf Lebenszeit. Sie finden für Pfarrer und Pfarrerrinnen im Probendienst (Entsendungsdienst) entsprechend Anwendung, soweit nicht in dieser Verordnung oder durch sonstiges kirchliches Recht etwas anderes bestimmt ist.

§ 2

Träger der Besoldung

(1) Die Besoldung des Pfarrers wird von der Anstellungskörperschaft nach § 24 Absatz 3 des Pfarrdienstgesetzes getragen, sofern gliedkirchlich nichts anderes bestimmt ist. Die Besoldung der Pfarrer im Probendienst (Entsendungsdienst) wird, soweit gliedkirchlich nichts anderes bestimmt ist, von der Körperschaft getragen, bei der die Stelle des Pfarrers im Probendienst (Entsendungsdienst) begründet ist.

(2) Ist ein Pfarrer auf Lebenszeit aus Gründen, die er nach der kirchlichen Ordnung nicht zu vertreten hat, vorübergehend außer Amt und hat er keine Besoldungsansprüche gegen seine bisherige oder eine neue Anstellungskörperschaft, so werden seine Bezüge von der Gliedkirche getragen, zu der seine letzte Anstellungskörperschaft gehört.

Abschnitt 2
Besoldung

1. *Allgemeine Vorschriften*

§ 3

Besoldung der Pfarrer

(1) Der Pfarrer erhält die Besoldung von dem Tage an, an dem sein Berufung in das Dienstverhältnis als Pfarrer der Evangelischen Kirche der Union oder einer ihrer Gliedkirche wirksam wird.

(2) Zur Besoldung gehören:

1. folgende Dienstbezüge:
 - a) Grundgehalt,
 - b) Zulagen,
 - c) Familienzuschlag,
 - d) Rentenversicherungszuschlag,
2. folgende sonstige Bezüge, sofern das gliedkirchliche Recht nicht anderes bestimmt:
 - a) jährliches Urlaubsgeld,
 - b) vermögenswirksame Leistungen,
3. die Dienstwohnung.

(3) Der Pfarrer erhält die monatliche Besoldung

1. in Form der Dienstbezüge und der Dienstwohnung oder
2. in Form der Dienstbezüge.

§ 3a

Verzicht auf Besoldung

(1) Der Pfarrer kann auf die ihm zustehende Besoldung weder gar noch teilweise verzichten.

(2) Das gliedkirchliche Recht kann eine von Absatz 1 abweichende Regelung treffen, nach der der Pfarrer widerruflich auf einen Teil der Besoldung verzichten kann. Der Verzicht darf den angemessene Lebensunterhalt des Pfarrers und seiner Familie nicht gefährden. Der Verzicht hat keine Auswirkung auf die Bemessung der ruhegehaltfähigen Dienstzeit und der ruhegehaltfähigen Dienstbezüge.

§ 4

Besoldung bei eingeschränktem Dienst und Freistellung

Ein Pfarrer, der im eingeschränkten Dienst beschäftigt wird, erhält ein im Verhältnis seines Dienstes zu dem vergleichbaren uneingeschränkten Dienst verringerte Dienstbezüge.

§ 5

Zahlung der Bezüge

(1) Die Bezüge werden monatlich im voraus gezahlt. Werden Bezüge nach dem Tag der Fälligkeit gezahlt, so besteht kein Anspruch auf Verzugszinsen.

(2) Besteht der Anspruch auf Besoldung nicht für einen vollen Kalendermonat, so wird nur ein Teil der Bezüge gezahlt, der auf den Anspruchszeitraum entfällt.

(3) Die Rückforderung zuviel gezahlter Bezüge richtet sich nach den Vorschriften des Bürgerlichen Gesetzbuches über die Herausgabe einer ungerechtfertigten Bereicherung, soweit gesetzlich nichts anderes bestimmt ist. Der Kenntnis des Mangels des rechtlichen Grundes der Zahlung steht es gleich, wenn der Mangel so offensichtlich war, daß der Empfänger ihn hätte erkennen müssen. Von der Rückforderung kann aus Billigkeitsgründen ganz oder teilweise abgesehen werden.

(4) Zu wenig gezahlte Bezüge sind nachzuzahlen.

§ 5a

Rentenanrechnung auf Besoldung

Auf die Dienstbezüge werden Leistungen aus der gesetzlichen Rentenversicherung, die ausschließlich auf von der Kirche finanzierten Beitragszahlungen beruhen, in voller Höhe angerechnet. Dies gilt auch für Leistungen aus Zeiten, die bei der Festsetzung der Rente berücksichtigt wurden, jedoch keinen eigenen Rentenanspruch nach dem Sechsten Buch des Sozialgesetzbuches (SGB VI) begründen. 3Anrechnungsbetrag ist der im Rentenbescheid oder in der Rentenanpassungsmittelteilung ausgewiesene monatliche Rentenbetrag, nicht aber der Zahlbetrag.

2. Grundgehalt, Zulagen

§ 6

Grundgehalt

(1) Der Pfarrer erhält ein Grundgehalt, das einem Vomhundertsatz (Bemessungssatz) der Besoldungsgruppe 13 der Bundesbesoldungsordnung A nach den sich aus der Anlage ergebenden Grundgehaltsätzen entspricht. Den Bemessungssatz und die Grundgehaltsätze kann der Rat nach Anhörung des Finanzausschusses und der Gliedkirchen durch Beschluß ändern.

(2) Das gliedkirchliche Recht kann bestimmen,

- a) daß Pfarrer in besonders auszuweisenden Pfarrstellen von der neunten Stufe an ein Grundgehalt erhalten, das nach Maßgabe des festgesetzten Bemessungssatzes in seiner Höhe der Besoldungsgruppe A 14 entspricht,
- b) daß Pfarrer im Probendienst (Entsendungsdienst) ein von Satz 1 abweichendes Grundgehalt erhalten,
- c) daß sich das Grundgehalt nach einem anderen, höchstens um fünf Prozentpunkte abweichenden Bemessungssatz als nach Satz 1 bemißt, soweit es das Vergleichsgrundgehalt nicht übersteigt.

(3) Das Grundgehalt wird nach Stufen bemessen. Das Aufsteigen in den Stufen bestimmt sich nach dem Besoldungsdienstalter. Das Grundgehalt steigt bis zur fünften Stufe im Abstand von zwei Jahren, bis zur neunten Stufe im Abstand von drei Jahren und darüber hinaus im Abstand von vier Jahren.

(4) Der Anspruch auf das Aufsteigen in den Stufen ruht, solange der Pfarrer wegen des Verdachts einer Amtspflichtverletzung vorläufig beurlaubt ist. Führt ein Disziplinarverfahren zur Entfremdung aus dem Dienst oder endet das Dienstverhältnis durch Entlassen auf Antrag des Pfarrers oder infolge strafgerichtlicher Verurteilung, so erlischt der Anspruch auch für die Zeit des Ruhens.

§ 7

Zulagen

(1) Der Pfarrer mit einem Grundgehalt entsprechend der Besoldungsgruppe A 13 erhält eine ruhegehaltfähige allgemeine Zulage, deren Höhe sich aus der Anlage ergibt. Der Pfarrer im Probendienst (Entsendungsdienst) erhält die Zulage nach Satz 1 vom Ersten des Monats an, in dem die Zuerkennung der Anstellungsfähigkeit wirksam wird.

(2) Der Superintendent erhält für die Dauer des Superintendentenamtes von der Gliedkirche eine ruhegehaltfähige Ephoralzulage in Höhe des Unterschiedsbetrages zwischen den Endgrundgehältern der Besoldungsgruppen A 14 und A 15. Die Höhe der Ephoralzulage ergibt sich aus der Anlage.

(3) Einem Pfarrer kann für die Dauer der Wahrnehmung einer Tätigkeit von besonderer Bedeutung eine ruhegehaltfähige oder nicht ruhegehaltfähige Zulage gewährt werden. Die Zulage muß nach der Ephoralzulage (Absatz 2) oder nach dem Unterschied zwischen den Dienstbezügen des Pfarrers und den Dienstbezügen, die er bei Zuordnung zu einer höheren Besoldungsgruppe erhalten würde, bemessen werden. Das gleiche gilt für den Träger eines leitenden geistlichen Amtes, sofern er Inhaber einer Pfarrstelle oder ihm ein Predigt-auftrag erteilt worden ist. Das Nähere regelt das gliedkirchliche Recht. #

(4) Absatz 3 gilt entsprechend für die Inhaber von Pfarrstellen der Evangelischen Kirche der Union.

(5) § 6 Absatz 1 Satz 2 gilt entsprechend.

3. Besoldungsdienstalter

§ 8

Besoldungsdienstalter im Regelfall

(1) Das Besoldungsdienstalter beginnt vorbehaltlich der Absätze 2 und 4 am Ersten des Monats, in dem der Pfarrer das 21. Lebensjahr vollendet hat.

(2) Der Beginn des Besoldungsdienstalters nach Absatz 1 wird um die Hälfte der Zeiten nach Vollendung des 35. Lebensjahres, in denen kein Anspruch auf Besoldung bestand, hinausgeschoben. Die Zeiten werden auf volle Monate abgerundet.

(3) Zur Besoldung im Sinne von Absatz 2 gehören auch Vikars- und Anwärterbezüge. Der Besoldung im Sinne von Absatz 2 stehen Bezüge aus einer hauptberuflichen Tätigkeit im kirchlichen oder außerkirchlichen öffentlichen Dienst sowie bei einem Arbeitgeber, der die im öffentlichen Dienst geltenden Tarifverträge oder Tarifverträge wesentlich gleichen Inhalts anwendet, gleich.

(4) Absatz 2 gilt nicht für Zeiten

1. einer Kinderbetreuung bis zu drei Jahren für jedes Kind,
2. einer Freistellung oder Beurlaubung ohne Dienstbezüge und eines Wartestandes ohne Wartegeld, wenn die zuständige Stelle schriftlich anerkannt hat, daß die Freistellung oder der Wartestand dienstlichen Interessen oder kirchlichen Belangen dient,
3. der Wahrnehmung eines Mandats in einem Gesetzgebungsorgan, wenn der Pfarrer anstelle der Zahlung einer Versorgungsabfindung nach den staatlichen Abgeordnetengesetzen beantragt, diese Zeit als Dienstzeit im Sinne des Besoldungs- und Versorgungsrechts zu berücksichtigen.

§ 9**Festsetzung des Besoldungsdienstalters**

(1) Das Besoldungsdienstalter ist bei Begründung des Dienstverhältnisses und bei Wiederaufnahme des Dienstes nach einer Freistellung durch die kirchliche Aufsichtsbehörde festzusetzen. Dem Pfarrer sind die Berechnung und Festsetzung schriftlich mitzuteilen.

(2) Hat der Pfarrer bei seiner erstmaligen Berufung in das Pfarrdienstverhältnis im Geltungsbereich dieser Verordnung das 35. Lebensjahr noch nicht vollendet, kann von einer förmlichen Festsetzung des Besoldungsdienstalters abgesehen werden.

4. Familienzuschlag**§ 10****Grundlage des Familienzuschlages**

(1) Der Familienzuschlag wird nach der Anlage gewährt. Seine Höhe richtet sich nach der Stufe, die den Familienverhältnissen des Pfarrers entspricht.

(2) § 6 Absatz 1 Satz 2 gilt entsprechend.

§ 11**Stufen des Familienzuschlages**

(1) Zur Stufe 1 gehören

1. verheiratete Pfarrer,
2. verwitwete Pfarrer,
3. geschiedene Pfarrer, deren Ehe aufgehoben oder für nichtig erklärt ist, wenn sie aus der Ehe zum Unterhalt verpflichtet sind,
4. andere Pfarrer, die eine andere Person nicht nur vorübergehend in ihre Wohnung aufgenommen haben und ihr Unterhalt gewähren, weil sie gesetzlich oder sittlich dazu verpflichtet sind oder aus beruflichen oder gesundheitlichen Gründen ihrer Hilfe bedürfen. Dies gilt bei gesetzlicher oder sittlicher Verpflichtung zur Unterhaltsgewährung nicht, wenn für den Unterhalt der aufgenommenen Person Mittel zur Verfügung stehen, die bei einem Kind einschließlich des gewährten Kindergeldes und des kinderbezogenen Teils des Familienzuschlages das Sechsfache des Betrages der Stufe 1 übersteigen. Als in die Wohnung aufgenommen gilt ein Kind auch dann, wenn der Pfarrer es auf seine Kosten anderweitig untergebracht hat, ohne daß dadurch die häusliche Verbindung mit ihm aufgehoben werden soll. Beanspruchen mehrere nach dieser Vorschrift oder nach vergleichbaren Regelungen für Beamte und Angestellte des kirchlichen oder außerkirchlichen öffentlichen Dienstes Anspruchsberechtigte wegen der Aufnahme einer anderen Person oder mehrerer anderer Personen in die gemeinsam bewohnte Wohnung einen Familienzuschlag der Stufe 1, eine entsprechende Leistung oder einen Anwärter- oder Vikarsverheiratetenzuschlag, so wird der Betrag der Stufe 1 des Familienzuschlages nach der Zahl der Berechtigten anteilig gewährt.

(2) Zur Stufe 2 und den folgenden Stufen gehören die Pfarrer der Stufe 1, denen Kindergeld nach dem Einkommensteuergesetz oder nach dem Bundeskindergeldgesetz zusteht oder ohne Berücksichtigung des § 64 oder § 65 des Einkommensteuergesetzes oder des § 3

oder § 4 des Bundeskindergeldgesetzes zustehen würde. Die Stufe richtet sich nach der Anzahl der berücksichtigungsfähigen Kinder.

(3) Ledige und geschiedene Pfarrer sowie Pfarrer, deren Ehe aufgehoben oder für nichtig erklärt ist, denen Kindergeld nach dem Einkommensteuergesetz oder nach dem Bundeskindergeldgesetz zusteht oder ohne Berücksichtigung des § 64 oder § 65 des Einkommensteuergesetzes oder des § 3 oder § 4 des Bundeskindergeldgesetzes zusteht, erhalten zusätzlich zum Grundgehalt den Unterschiedsbetrag zwischen der Stufe 1 und der Stufe des Familienzuschlages der der Anzahl der berücksichtigungsfähigen Kinder entspricht. Absatz 5 gilt entsprechend.

(4) Steht der Ehegatte eines Pfarrers als Pfarrer, Kirchenbeamter oder privatrechtlich beschäftigter Mitarbeiter im kirchlichen Dienst oder ist er auf Grund einer solchen Tätigkeit nach beamtenrechtlichen Grundsätzen versorgungsberechtigt und stünde ihm ebenfalls der Familienzuschlag der Stufe 1 oder einer der folgenden Stufen oder eine entsprechende Leistung in Höhe von mindestens der Hälfte des Höchstbetrages der Stufe 1 des Familienzuschlages zu, so erhält der Pfarrer den Betrag der Stufe 1 des für ihn maßgebenden Familienzuschlages zur Hälfte; dies gilt auch für die Zeit, für die der Ehegatte Mutterschaftsgeld bezieht. § 4 findet auf den nach Satz 1 zu zahlenden Betrag keine Anwendung, wenn einer der Ehegatten vollbeschäftigt oder nach beamtenrechtlichen Grundsätzen versorgungsberechtigt ist oder beide Ehegatten mit jeweils mindestens der Hälfte der regelmäßigen Arbeitszeit beschäftigt sind.

Ist der Ehegatte des Pfarrers im außerkirchlichen öffentlichen Dienst (§ 40 Absatz 6 des Bundesbesoldungsgesetzes) beschäftigt oder bezieht er auf Grund einer solchen Tätigkeit Versorgungsbezüge nach beamtenrechtlichen Grundsätzen und steht ihm der Betrag nach Satz 1 oder eine entsprechende Leistung zu, so entfällt die Zahlung der Stufe 1 an den Pfarrer.

(5) Stünde neben dem Pfarrer einer anderen Person, die im kirchlichen Dienst steht oder auf Grund einer solchen Tätigkeit nach beamtenrechtlichen Grundsätzen versorgungsberechtigt ist, der Familienzuschlag nach Stufe 2 oder einer der folgenden Stufen zu, so wird der auf das Kind entfallende Betrag des Familienzuschlages dem Pfarrer gewährt, wenn und soweit ihm das Kindergeld nach dem Einkommensteuergesetz oder nach dem Bundeskindergeldgesetz gewährt wird oder ohne Berücksichtigung des § 65 des Einkommensteuergesetzes oder des § 4 des Bundeskindergeldgesetzes vorrangig zu gewähren wäre; dem Familienzuschlag nach Stufe 2 oder einer der folgenden Stufen stehen der Sozialzuschlag für kirchliche Mitarbeiter, eine sonstige entsprechende Leistung und das Mutterschaftsgeld gleich. Auf das Kind entfällt derjenige Betrag, der sich aus der für die Anwendung des Einkommensteuergesetzes maßgebenden Reihenfolge der Kinder ergibt. § 4 findet auf den nach Satz 1 zu zahlenden Betrag keine Anwendung, wenn einer der Anspruchsberechtigten im Sinne des Satzes 1 vollbeschäftigt oder nach beamtenrechtlichen Grundsätzen versorgungsberechtigt ist oder mehrere Anspruchsberechtigte mit jeweils mindestens der Hälfte der regelmäßigen Arbeitszeit beschäftigt sind.

Steht neben dem Pfarrer einer anderen Person, die im außerkirchlichen öffentlichen Dienst (§ 40 Absatz 6 des Bundesbesoldungsgesetzes) beschäftigt oder auf Grund einer solchen Tätigkeit nach beamtenrechtlichen Grundsätzen versorgungsberechtigt ist, für dasselbe Kind der Familienzuschlag der Stufe 2 oder einer der folgenden Stufen zu oder würde er ihr zustehen, so entfällt die Zahlung des Familienzuschlages für dieses Kind an den Pfarrer. Zur Vermeidung

derung einer unbilligen Härte kann das Konsistorium (Landeskirchenamt) auf Antrag die Berücksichtigung des Kindes zulassen, wenn und solange dem Pfarrer das Sorgerecht für das Kind allein zusteht, er das Kind in seinen Haushalt aufgenommen hat und er das Kindergeld für das Kind nach dem Einkommensteuergesetz oder nach dem Bundeskindergeldgesetz erhält.

(6) Die Absätze 1, 4 und 5 finden entsprechende Anwendung im Falle einer Tätigkeit des Ehegatten oder der anderen Person im Dienst eines sonstigen Dienst- oder Arbeitgebers, der die für den außerkirchlichen öffentlichen Dienst geltenden besoldungsrechtlichen oder tarifrechtlichen Regelung über Familienzuschläge oder Sozialzuschläge oder vergleichbare Regelungen anwendet, wenn der Bund, ein Land, eine Gemeinde oder andere Körperschaft, Anstalt oder Stiftung des öffentlichen Rechts oder ein Verband von solchen durch Zahlung von Beiträgen oder Zuschüssen oder in anderer Weise beteiligt ist. Soweit sich der Dienst- oder Arbeitsgeber des Ehegatten oder der anderen Person ohne Einschränkung nach den für den außerkirchlichen öffentlichen Dienst geltenden besoldungsrechtlichen oder tarifrechtlichen Regelungen über den Familienzuschlag oder den Sozialzuschlag richtet, gelten jeweils die Absätze 4 und 5 entsprechend. Ist dies nicht der Fall, wird der Familienzuschlag des Pfarrers so berechnet, als wäre der Ehegatte oder die andere Person ebenfalls im kirchlichen Dienst beschäftigt.

Änderung des Familienzuschlages

Der Familienzuschlag wird vom Ersten des Monats an gezahlt, in den das hierfür maßgebende Ereignis fällt. Er wird nicht mehr gezahlt für den Monat, in dem die Anspruchsvoraussetzungen an keinem Tage vorgelegen haben. Die Sätze 1 und 2 gelten entsprechend für die Zahlung von Teilbeträgen der Stufen des Familienzuschlages.

5. Dienstwohnung

§ 13

Dienstwohnung

(1) Der Pfarrer erhält von der Anstellungskörperschaft in der Regel eine Dienstwohnung. Steht neben dem Pfarrer auch sein Ehegatte in einem Pfarrdienstverhältnis, erhalten beide gemeinsam nur eine Dienstwohnung; in besonderen Fällen kann das Konsistorium (Landeskirchenamt) eine Ausnahme zulassen.

(2) Bei Gewährung einer Dienstwohnung wird auf die Dienstbezüge eine Dienstwohnungsvergütung angerechnet.

Solange die Dienstwohnung während des Erziehungsurlaubs oder einer anderen Beurlaubung oder Freistellung ohne Dienstbezüge dem Pfarrer belassen bleibt, hat er eine Nutzungsentschädigung in Höhe der Dienstwohnungsvergütung, höchstens jedoch in Höhe des Mietwertes zu entrichten.

(3) Die Höhe der Dienstwohnungsvergütung und die weiteren Dienstwohnungsregelungen bestimmt der Rat durch Verordnung.

6. Mutterschutz und Erziehungsurlaub

§ 14

Besoldung während der Mutterschutzfristen und des Erziehungsurlaubs

Für die Besoldung während der Mutterschutzfristen und des Er-

ziehungsurlaubs finden die für die Kirchenbeamtinnen der Gliedkirchen oder der Evangelischen Kirche der Union jeweils geltenden Bestimmungen entsprechend Anwendung. Die zugewiesene Dienstwohnung bleibt auch während der Mutterschutzfristen belassen. Satz 2 gilt entsprechend für die Zeit des Erziehungsurlaubs, solange nicht der Verlust der Pfarrstelle eintritt.

7. Urlaubsgeld und vermögenswirksame Leistungen

§ 15

Urlaubsgeld

(1) Der Pfarrer erhält, sofern das gliedkirchliche Recht nichts anderes bestimmt, ein Urlaubsgeld.

(2) Das Urlaubsgeld wird gezahlt, wenn der Pfarrer

1. am 1. Juli in einem Pfarrdienstverhältnis oder im pfarramtlichen Probedienst (Entsendungsdienst) in der Gliedkirche steht und
2. seit dem 1. Januar ununterbrochen beruflich im kirchlichen oder außerkirchlichen öffentlichen Dienst beschäftigt war und
3. mindestens für einen Teil des Monats Juli Anspruch auf Bezüge hat.

Das Urlaubsgeld wird auch dann gewährt, wenn der Pfarrer für den gesamten Monat Juli wegen Erziehungsurlaubs freigestellt worden ist. Auf die Wartezeit nach Nr. 2 wird die Zeit eines Erziehungsurlaubs angerechnet.

(3) Das Urlaubsgeld ist mit den laufenden Bezügen für den Monat Juli zu zahlen.

(4) Die Höhe des Urlaubsgeldes bestimmt der Rat.

§ 16

Vermögenswirksame Leistungen

Der Pfarrer erhält sofern das gliedkirchliche Recht nichts anderes bestimmt, vermögenswirksame Leistungen. Die vermögenswirksamen Leistungen werden in entsprechender Anwendung der für die Bundesbeamten geltenden Bestimmungen gezahlt.

8. Rentenversicherungszuschlag

§ 17

Rentenversicherungszuschlag

Der Pfarrer erhält einen Zuschlag in Höhe des Versichertenanteils am Pflichtbeitrag zur gesetzlichen Rentenversicherung (Rentenversicherungszuschlag). Das Nähere bestimmt der Rat durch Verordnung.

Abschnitt 3

Bezüge der Vikare

§ 18

Vikarsbezüge

(1) Der Vikar erhält vom Tage der Berufung in das Dienstverhältnis auf Widerruf an Vikarsbezüge. Sie werden von der Gliedkirche getragen, in deren Vorbereitungsdienst er aufgenommen ist.

(2) Zu den Vikarsbezügen gehören:

1. Grundbetrag,
2. Verheiratetenzuschlag,
3. Kinderbetrag,
4. Rentenversicherungszuschlag.

Zu den Vikarsbezügen gehören ferner, soweit das gliedkirchliche Recht diese Zahlung vorsieht,

1. jährliches Urlaubsgeld,
2. vermögenswirksame Leistungen.

(3) Auf den Grundbetrag und den Verheiratetenzuschlag finden, soweit in dieser Verordnung oder durch den Rat nichts anderes bestimmt ist, die Bestimmungen des Bundesbesoldungsgesetzes über die Anwärterbezüge sinngemäß Anwendung.

(4) Steht in den Fällen des § 62 Absatz 3 des Bundesbesoldungsgesetzes der Ehegatte in einem Anwärter- oder Ausbildungsverhältnis im außerkirchlichen öffentlichen Dienst, so erhält der Vikar als Verheiratetenzuschlag den Unterschiedsbetrag zwischen der Summe, die ihm und dem Ehegatten bei gleichzeitiger Ausbildung im außerkirchlichen öffentlichen Dienst an Verheiratetenzuschlag zustehen würde, und dem Verheiratetenzuschlag, der dem Ehegatten zusteht.

(5) Für jedes unterhaltsberechtigende Kind, für das dem Vikar Kindergeld nach dem Einkommensteuergesetz oder nach dem Bundeskindergeldgesetz zusteht oder ohne Berücksichtigung des § 64 oder § 65 des Einkommensteuergesetzes oder § 3 oder § 4 des Bundeskindergeldgesetzes zustehen würde, wird ein Kinderbetrag gezahlt, wenn

1. der Ehegatte des Vikars über keine eigenen Bezüge verfügt oder
2. der Vikar unverheiratet ist und von dem anderen Elternteil keine regelmäßigen Unterhaltsleistungen für sein Kind erhält.

(6) Die Höhe des Grundbetrages, des Verheiratetenzuschlages und des Kinderbetrages ergibt sich aus der Anlage. § 6 Absatz 1 Satz 2 gilt entsprechend.

(7) Auf den Rentenversicherungszuschlag, das Urlaubsgeld und die vermögenswirksamen Leistungen sowie Bezüge während der Mutterschutzfristen und des Erziehungsurlaub finden die für Pfarrer geltenden Regelungen entsprechende Anwendung.

(8) Die Unterhaltsbezüge werden um die Einkünfte vermindert, die der Vikar aus einem Dienst nach § 14a Absatz 2 des Pfarrer-Ausbildungsgesetzes erhält. Insofern findet § 65 des Bundesbesoldungsgesetzes keine Anwendung.

(9) Für die Dauer des Urlaubs nach § 16 Absatz 2 des Pfarrer-Ausbildungsgesetzes besteht kein Anspruch auf Unterhaltsbezüge, soweit nicht im Einzelfall etwas anderes bestimmt wird.

Abschnitt 4

Übergangs- und Schlußvorschriften

§ 19

Abweichende Regelungen

Der Rat kann auf Antrag einer Gliedkirche für deren Bereich für einen befristeten Zeitraum durch Beschluß von einzelnen Bestimmungen dieser Verordnung abweichende Regelungen treffen.

§ 20

Anwendung des staatlichen Besoldungsrechts

(1) Soweit nicht in dieser Verordnung Regelungen getroffen sind oder durch sonstiges kirchliches Recht etwas anderes bestimmt ist finden die für die Bundesbeamten geltenden Besoldungsbestimmungen entsprechend Anwendung. Soweit Änderungen der staatlichen Bestimmungen kirchlichen Belangen entgegenstehen, kann der Rat bestimmen, daß sie vorläufig keine Anwendung finden; innerhalb eines Jahres seit Veröffentlichung der Änderungen ist endgültig zu entscheiden.

(2) Bei der Anwendung des staatlichen Besoldungsrechts ist der kirchliche Dienst wie öffentlicher Dienst zu behandeln.

(3) § 42a des Bundesbesoldungsgesetzes findet keine Anwendung, § 67 des Bundesbesoldungsgesetzes findet keine Anwendung, soweit nicht das gliedkirchliche Recht etwas anderes bestimmt.

§ 21

Kirchlicher Dienst, außerkirchlicher öffentlicher Dienst

(1) Kirchlicher Dienst im Sinne dieser Verordnung ist die Tätigkeit bei

- a) kirchlichen Körperschaften, Anstalten und Stiftungen des öffentlichen Rechts innerhalb der Evangelischen Kirche in Deutschland,
- b) beim Bund der Evangelischen Kirchen in der Deutschen Demokratischen Republik, seinen Gliedkirchen und gliedkirchlichen Zusammenschlüssen,
- c) ausländischen evangelischen Kirchengemeinden, die der Evangelischen Kirche in Deutschland oder einer ihrer Gliedkirchen angeschlossen sind,
- d) ausländischen evangelischen Kirchen,
- e) evangelischen Kirchengemeinschaften im In- und Ausland.

Dem kirchlichen Dienst nach Satz 1 kann die Tätigkeit bei einer anderen christlichen Kirche im In- und Ausland sowie bei missionarischen, diakonischen und sonstigen Werken und Einrichtungen christlicher Kirchen ohne Rücksicht auf deren Rechtsform gleichgestellt werden.

(2) Außerkirchlicher öffentlicher Dienst im Sinne dieser Verordnung ist die Tätigkeit bei einem öffentlich-rechtlichen Dienstherrn im Sinne von § 29 des Bundesbesoldungsgesetzes. § 11 Absatz 4 und 5 bleibt unberührt.

§ 22

Mitwirkungspflicht

1 Der Pfarrer und der Vikar sind verpflichtet, der zuständigen Stelle alle Ereignisse, die sich auf die Zahlung seiner Bezüge auswirken können, unverzüglich anzuzeigen und auf Verlangen Auskunft zu erteilen. 2 Dazu gehören insbesondere alle Änderungen des Familienstandes und der Verhältnisse, die die Zahlung des Familienzuschlages beeinflussen, die Änderung von Wohnsitz und Konten. 3 Kommt der Pfarrer oder der Vikar seiner Pflicht gemäß Satz 1 nicht nach, so können die Bezüge ganz oder teilweise einbehalten werden, bis die erforderlichen Angaben vorliegen.

§ 23**Pfarrer im unmittelbaren Dienst der Evangelischen Kirche der Union**

Für Pfarrer, die im unmittelbaren Dienst der Evangelischen Kirche der Union stehen, gelten die Bestimmungen dieser Verordnung mit der Maßgabe, daß anstelle der Gliedkirche die Evangelische Kirche der Union zuständig ist.

§ 24**Ausführungs- und Durchführungsbestimmungen**

Zur Ausführung dieser Verordnung erforderliche Rechtsvorschriften erläßt der Rat, die zur Durchführung notwendigen Verwaltungsvorschriften erlassen die Gliedkirchen.

§ 25**Inkrafttreten**

(1) Diese Verordnung tritt für die Evangelische Kirche der Union am 1. April 1993 in Kraft.* Für die Gliedkirchen wird sie vom Rat in Kraft gesetzt, nachdem diese jeweils zugestimmt haben. Mit der jeweiligen Inkraftsetzung treten alle entgegenstehenden Besoldungsvorschriften außer Kraft.

(2) Für Kinder, die vor dem 1. Januar 1991 geboren wurden, bleibt abweichend von § 8 Absatz 4 Nr. 1 die bisherige Regelung in Kraft.

Kirchengesetz über die Versorgung der Pfarrer, Pfarrerinnen, Kirchenbeamten und Kirchenbeamtinnen in der Evangelischen Kirche der Union (Versorgungsgesetz - VersG)

Vom 16. Juni 1996
(ABl. EKD 1996, S. 400)**

Die Synode der Evangelischen Kirche der Union hat das folgende Kirchengesetz beschlossen:

Inhaltsübersicht**Abschnitt I****Allgemeine Bestimmungen**

- § 1 Geltungsbereich
- § 2 Arten der Versorgung
- § 2a Verzicht auf Versorgung
- § 3 Anwendung von Bundesrecht
- § 4 Ruhegehaltfähige Dienstzeit
- § 5 Ruhegehaltfähige Dienstbezüge in besonderen Fällen

* Diese Vorschrift bezieht sich auf das Inkrafttreten der Pfarrbesoldungsordnung vom 31. März 1993. Das Inkrafttreten der späteren Änderungen ergibt sich aus der jeweiligen Änderungsregelung.

** geändert durch Verordnung vom 9. September 1998 (ABl. EKD 1998, S. 446)

Abschnitt II**Ruhegehalt, Wartegeld, Übergangsgeld und Unterhaltsbeiträge**

- § 6 Höhe des Ruhegehaltes
- § 7 Wartegeld
- § 8 Erlöschen des Wartegeldes
- § 8a Übergangsgeld, Unterhaltsbeitrag bei Entlassung aus dem Probendienst (Entsendungsdienst)
- § 9 Unterhaltsbeiträge
- § 10 Unterhaltsbeiträge in Disziplinarverfahren und Verfahren bei Lehrbeanstandungen

Abschnitt III**Hinterbliebenenversorgung**

- § 11 Unterhaltsbeiträge für Hinterbliebene
- § 12 Widerruf von Unterhaltsbeiträgen

Abschnitt IV**Ruhen der Versorgungsbezüge**

- § 13 Ruhen der Wartestandsbezüge
- § 14 Zusammentreffen von kirchlichen Versorgungsbezügen mit Abgeordnetenbezügen oder mit Versorgungsbezügen aus einer früheren Abgeordnetentätigkeit
- § 15 Zusammentreffen von Versorgungsbezügen aus früherem kirchlichem oder sonstigen öffentlichem Dienst mit kirchlichen Versorgungsbezügen

Abschnitt V**Versorgung unter Einbeziehung der gesetzlichen Rentenversicherung**

- § 16 Rentenversicherungszuschlag
- § 17 Rentenanrechnung
- § 18 Steuervorteilsausgleich
- § 19 Ausfallgarantie
- § 20 Mitwirkungspflichten

Abschnitt VI**Anpassung der Versorgungsbezüge, Anwendungsbereich, nicht anzuwendende Vorschriften**

- § 21 Anpassung der Versorgungsbezüge
- § 22 Anwendungsbereich
- § 23 Nicht anzuwendende Vorschriften

Abschnitt VII**Übergangs- und Schlußbestimmungen**

- § 24 Behandlung von Renten nach bisherigem Recht
- § 25 Anwendung bisherigen und neuen Rechts für am 1. Januar 1992 vorhandene Versorgungsempfänger oder Versorgungsempfängerinnen
- § 26 Ruhegehaltssatz für am 31. Dezember 1991 vorhandene Versorgungsberechtigte
- § 27 Abweichende Regelungen
- § 28 Vorläufiger Höchstruhegehaltssatz
- § 29 Inkrafttreten

Abschnitt I Allgemeine Bestimmungen

§ 1 Geltungsbereich

(1) Dieses Kirchengesetz regelt - sofern nicht etwas anderes bestimmt ist - die Versorgung der Pfarrer, Pfarrerrinnen, Kirchenbeamten und Kirchenbeamtinnen der Evangelischen Kirche der Union, ihrer Gliedkirchen und deren Kirchengemeinden, Kirchenkreise und Verbände sowie ihrer Hinterbliebenen (Versorgungsberechtigte).

(2) Eine Versorgung nach diesem Kirchengesetz kann durch Vereinbarung auch Pfarrern, Pfarrerrinnen, Kirchenbeamten und Kirchenbeamtinnen sowie ihren Hinterbliebenen zugesichert werden, die im Dienst eines kirchlichen Werkes, einer kirchlichen Anstalt oder einer kirchlichen Stiftung stehen, auch wenn diese nicht von einer der in Absatz 1 genannten Anstellungskörperschaften getragen werden. Dies setzt die Bereitschaft des Rechtsträgers voraus, für die Dauer des Dienstverhältnisses den vorgeschriebenen Versorgungsbeitrag zu entrichten. Das Nähere bestimmt der Rat.

§ 2 Arten der Versorgung

(1) Versorgungsbezüge sind

1. Ruhegehalt,
2. Wartegeld,
3. Übergangsgeld,
4. Hinterbliebenenversorgung,
5. Unterhaltsbeiträge,
6. Unfallfürsorge.

(2) Zur Versorgung gehört ferner der Kindererziehungszuschlag.

§ 2a Verzicht auf Versorgung

(1) Versorgungsberechtigte können auf die ihnen zustehende Versorgung weder ganz noch teilweise verzichten.

(2) Das gliedkirchliche Recht kann eine von Absatz 1 abweichende Regelung treffen, nach der Versorgungsberechtigte widerruflich auf einen Teil der Versorgung verzichten können. Der Verzicht darf den angemessenen Lebensunterhalt der Versorgungsberechtigten nicht gefährden.

§ 3 Anwendung von Bundesrecht

(1) Die Versorgung der Versorgungsberechtigten im Sinne von § 1 richtet sich nach den entsprechend anzuwendenden Bestimmungen des für die Beamten in Bund und Ländern jeweils geltenden Versorgungsrechts, soweit im folgenden oder durch sonstiges kirchliches Recht nichts anderes bestimmt ist.

(2) Der Rat kann durch Rechtsverordnung vorläufig die Anwendung von Vorschriften des für die Beamten in Bund und Ländern jeweils geltenden Versorgungsrechts ausschließen, wenn dies aufgrund der besonderen Verhältnisse des kirchlichen Dienstes oder zur Aufrechterhaltung der finanziellen Leistungsfähigkeit erforderlich ist. Eine endgültige Entscheidung ist innerhalb eines Jahres nach Veröffentlichung der Vorschriften nach Maßgabe der Ordnung der Evangelischen Kirche der Union zu treffen.

(3) Bei der Anwendung des staatlichen Rechts ist der kirchlich Dienst als Dienst bei öffentlich-rechtlichen Dienstherrn oder als öffentlicher Dienst anzusehen.

Kirchlicher Dienst im Sinne des Kirchengesetzes ist die Tätigkeit bei

- a) kirchlichen Körperschaften, Anstalten und Stiftungen des öffentlichen Rechts innerhalb der Evangelischen Kirche Deutschlands
- b) dem Bund der Evangelischen Kirchen in der Deutschen Demokratischen Republik, seinen Gliedkirchen und gliedkirchlichen Zusammenschlüssen,
- c) ausländischen evangelischen Kirchengemeinden, die der Evangelischen Kirche in Deutschland oder einer ihrer Gliedkirchen angeschlossen sind,
- d) ausländischen evangelischen Kirchen,
- e) evangelischen Kirchengemeinschaften im In- oder Ausland.

Dem kirchlichen Dienst nach Satz 2 steht die Tätigkeit bei einer anderen christlichen Kirche im In- und Ausland sowie bei missionarischen, diakonischen und sonstigen Werken und Einrichtungen christlicher Kirchen ohne Rücksicht auf deren Rechtsform gleich.

§ 4

Ruhegehaltsfähige Dienstzeit

(1) Ruhegehaltsfähig ist die Dienstzeit, die der oder die Versorgungsberechtigte vom Tag der ersten Berufung in ein kirchengesetzlich geregeltes öffentlich-rechtliches Dienstverhältnis an zurückgelegt hat. Dies gilt nicht für die Zeit.

1. vor Vollendung des 27. Lebensjahres,
2. einer Beurlaubung ohne Dienstbezüge,
3. eines schuldhaften Fernbleibens vom Dienst unter Verlust der Dienstbezüge,
4. eines Wartestandes aufgrund Disziplinarurteils,
5. in einem Dienstverhältnis, das durch Entlassung, Ausscheiden oder Entfernung aus dem Dienst beendet worden ist.

Im Falle des Satzes 2 Nr. 2 kann die Zeit einer Beurlaubung ohne Dienstbezüge berücksichtigt werden, wenn spätestens bei Beendigung des Urlaubs schriftlich zugestanden ist, daß dieser kirchlicher Belangen oder dienstlichen Interessen dient.

(2) Ruhegehaltsfähige Dienstzeiten sind

1. die Zeit in einem Dienst als Pfarrer, Pfarrerin, Kirchenbeamter oder Kirchenbeamtin in der Evangelischen Kirche in Deutschland oder einer ihrer Gliedkirchen, im Bund der Evangelischen Kirchen in der Deutschen Demokratischen Republik oder einer seiner Gliedkirchen sowie in einem der gliedkirchlichen Zusammenschlüsse,
2. die Zeit eines Wartestandes in der Evangelischen Kirche in Deutschland oder einer ihrer Gliedkirchen, im Bund der Evangelischen Kirchen in der Deutschen Demokratischen Republik oder einer seiner Gliedkirchen sowie in einem der gliedkirchlichen Zusammenschlüsse,

3. die Zeit einer Freistellung zur Wahrnehmung eines anderen kirchlichen Dienstes oder von Aufgaben, die im kirchlichen Interesse liegen.

²Satz 1 Nr. 2 gilt nicht für einen Wartestand aufgrund eines Disziplinarurteils.

(3) Als ruhegehaltfähige Dienstzeiten können nach Vollendung des 27. Lebensjahres berücksichtigt werden

1. die in einer anderen als den in Absatz 2 genannten Kirchen oder kirchlichen Zwecken dienenden Körperschaften oder Einrichtungen verbrachten Zeiten,
2. die im öffentlichen Dienst außerhalb des kirchlichen Bereiches verbrachten Zeiten,
3. die Zeiten einer hauptberuflichen Beschäftigung, wenn und soweit diese Zeiten als förderliche Vortätigkeit für den kirchlichen Beruf angesehen werden können,
4. bei Pfarrern und Pfarrerinnen die Zeiten einer nichttheologischen abgeschlossenen beruflichen Ausbildung, wenn diese Ausbildung für die besondere dienstliche Verwendung im Pfarramt notwendig ist,
5. Zeiten in einem Dienstverhältnis, das durch Entlassung, Ausscheiden oder Entfernung aus dem Dienst beendet worden ist.

(4) Zeiten eines nichtberuflichen Wehrdienstes und einer Kriegsgefangenschaft nach Vollendung des 27. Lebensjahres gelten als ruhegehaltfähige Dienstzeit.

(5) Zeiten einer Teilbeschäftigung sind nur zu dem Teil ruhegehaltfähig, der dem Verhältnis der Teilbeschäftigung zur vollen Beschäftigung entspricht.

(6) § 13 Absatz 1 des Beamtenversorgungsgesetzes findet entsprechende Anwendung.

§ 5

Ruhegehaltfähige Dienstbezüge in besonderen Fällen

Bei der Anwendung des § 5 Absatz 5 des Beamtenversorgungsgesetzes gilt dessen Satz 3 nicht, wenn ein Versorgungsberechtigter oder eine Versorgungsberechtigte nicht bis zum Eintritt des Versorgungsfalles für einen zeitlich befristeten Dienst ein mit höheren Dienstbezügen verbundenes Amt bekleidet und diese Bezüge mindestens zehn Jahre oder, falls die Amtszeit kürzer ist, mindestens eine volle Amtszeit ausgeübt hat.

Abschnitt II

Ruhegehalt, Wartegeld, Übergangsgeld und Unterhaltsbeiträge

§ 6

Höhe des Ruhehaltes

Das Ruhegehalt beträgt 18,75 vom Hundert der ruhegehaltfähigen Dienstbezüge und erhöht sich mit jedem nach Vollendung des 27. Lebensjahres zurückgelegten Dienstjahr um 1,875 vom Hundert der ruhegehaltfähigen Dienstbezüge, insgesamt jedoch höchstens bis zum Erreichen von 75 vom Hundert.

§ 7

Wartegeld

(1) Der Anspruch auf Wartegeld entsteht, soweit nicht etwas anderes bestimmt ist, mit dem Beginn des Wartestandes.

(2) Das Wartegeld beträgt 75 vom Hundert der ruhegehaltfähigen Dienstbezüge; für jedes volle und angefangene Dienstjahr, das dem Empfänger oder der Empfängerin von Wartegeld an einer ruhegehaltfähigen Dienstzeit von 15 Dienstjahren fehlt, wird der Vomhundertsatz um 2 vom Hundert gekürzt. Für die Berechnung der ruhegehaltfähigen Dienstbezüge sind die Verhältnisse im Zeitpunkt der Versetzung in den Wartestand maßgebend. Das Wartegeld beträgt mindestens 50 vom Hundert der ruhegehaltfähigen Dienstbezüge.

(3) Disziplinarrechtliche Entscheidungen über die Höhe des Wartegeldes nach einer Amtsenthebung bleiben unberührt.

(4) Scheidet ein Empfänger oder eine Empfängerin von Wartegeld aus einer vollen Verwendung wieder aus, wird das Wartegeld unter Berücksichtigung der verlängerten ruhegehaltfähigen Dienstzeit neu festgesetzt.

§ 8

Erlöschen des Wartegeldes

Der Anspruch auf Wartegeld erlischt

1. mit dem Zeitpunkt, in dem wieder ein Anspruch auf Dienstbezüge besteht,
2. mit dem Beginn des Ruhestandes,
3. mit der Beendigung des Dienstverhältnisses.

§ 8a

Übergangsgeld, Unterhaltsbeitrag bei Entlassung aus dem Probendienst (Entsendungsdienst)

(1) Das Übergangsgeld nach § 47 des Beamtenversorgungsgesetzes erhält der Pfarrer oder die Pfarrerin im Probendienst (Entsendungsdienst), dessen oder deren Dienstverhältnis durch Entlassung beendet wird. Dies gilt nicht bei einer Entlassung gemäß § 21 Absatz 2 Satz 1 Nr. 2 und § 97 des Pfarrdienstgesetzes.

(2) § 47 Absatz 5 des Beamtenversorgungsgesetzes findet Anwendung, wenn das neue öffentlich-rechtliche Dienstverhältnis oder das privatrechtliche Arbeitsverhältnis mindestens die Hälfte einer Vollbeschäftigung umfaßt.

(3) Für die Berechnung des Übergangsgeldes ist als Beschäftigungszeit die Zeit des ununterbrochenen hauptberuflichen Dienstes als Vikar oder Vikarin und als Pfarrer oder Pfarrerin im Probendienst (Entsendungsdienst) zu berücksichtigen. Dabei werden Zeiten einer Freistellung nicht angerechnet.

(4) Dem Pfarrer im Probendienst (Entsendungsdienst) kann anstelle des Übergangsgeldes ein Unterhaltsbeitrag nach § 9 Absatz 2 gewährt werden, wenn der Probendienst (Entsendungsdienst) länger als zehn Jahre gedauert hat.

§ 9

Unterhaltsbeiträge

(1) Die zuständige Stelle kann dienstunfähigen Pfarrern, Pfarrerinnen, Kirchenbeamten und Kirchenbeamtinnen auf Probe sowie dienst-

unfähigen Empfängern und Empfängerinnen von Anwärterbezügen laufende, jederzeit widerrufliche Unterhaltsbeiträge bis zur Höhe des Ruhegehaltes bewilligen.

(2) Wird ein Dienstverhältnis unter Verlust des Anspruches auf Versorgung beendet, so kann die zuständige Stelle einen laufenden, jederzeit widerruflichen Unterhaltsbeitrag bis zur Höhe von 75 vom Hundert auf die Dauer von höchstens fünf Jahren, darüber hinaus bis zur Höhe von 50 vom Hundert des Ruhegehaltes bewilligen, das im Zeitpunkt der Beendigung des Dienstverhältnisses erdient gewesen wäre.

(3) § 22 des Beamtenversorgungsgesetzes bleibt unberührt.

(4) Die zuständige Stelle kann in sonstigen besonderen Härtefällen laufende, jederzeit widerrufliche Unterhaltsbeiträge gewähren. Hinsichtlich der Höhe der Unterhaltsbeiträge gilt Absatz 2 entsprechend.

§ 10

Unterhaltsbeiträge in Disziplinarverfahren und in Verfahren bei Lehrbeanstandungen

Die besonderen Bestimmungen über die Bewilligung von Unterhaltsbeiträgen in Disziplinarverfahren oder in Verfahren bei Lehrbeanstandungen bleiben unberührt.

Abschnitt III

Hinterbliebenenversorgung

§ 11

Unterhaltsbeiträge für Hinterbliebene

(1) Hinterbliebenen Personen, die nach § 9 laufende Unterhaltsbeiträge empfangen haben, kann die zuständige Stelle in entsprechender Anwendung der jeweiligen Bestimmungen eine einmalige Unterhaltsbeihilfe bis zur Höhe des Sterbegeldes oder laufende, jederzeit widerrufliche Unterhaltsbeiträge bewilligen.

(2) Die zuständige Stelle kann auch nicht waisengeldberechtigten Kindern von verstorbenen Versorgungsberechtigten in besonderen Härtefällen einen laufenden, jederzeit widerruflichen Unterhaltsbeitrag gewähren. § 12 findet entsprechende Anwendung.

§ 12

Widerruf von Unterhaltsbeiträgen

Der Unterhaltsbeitrag kann widerrufen werden, wenn der oder die Berechtigte aus der Kirche ausgetreten ist oder das Ansehen der Kirche erheblich schädigt.

Abschnitt IV

Ruhen der Versorgungsbezüge

§ 13

Ruhen der Wartestandsbezüge

(1) Die §§ 53, 54 und 55 des Beamtenversorgungsgesetzes gelten entsprechend für Versorgungsberechtigte im Wartestand.

(2) Beim Zusammentreffen von Wartestandsbezügen mit einem Erwerbseinkommen aus einer Beschäftigung oder Tätigkeit außerhalb des öffentlichen oder kirchlichen Dienstes werden die Wartestandsbezüge nur insoweit gezahlt, als das Einkommen hinter den ruhegehaltfähigen Dienstbezug zurückbleibt, aus denen das Wartegeld berechnet ist.

(3) Zu den Versorgungsbezügen im Sinne von § 54 des Beamtenversorgungsgesetzes gehört auch das Wartegeld.

§ 14

Zusammentreffen von kirchlichen Versorgungsbezügen mit Abgeordnetenbezügen oder mit Versorgungsbezügen aus einer früheren Abgeordnetentätigkeit

(1) Erhält ein Versorgungsberechtigter oder eine Versorgungsberechtigte eine Entschädigung aus der Mitgliedschaft im Europäischen Parlament, im Deutschen Bundestag oder in einer gesetzgebenden Körperschaft eines Landes, so ruhen die Versorgungsbezüge nach diesem Kirchengesetz in Höhe von 50 vom Hundert, höchstens 50 vom Hundert der Entschädigung aus der Abgeordnetentätigkeit.

(2) Erhält ein Versorgungsberechtigter oder eine Versorgungsberechtigte Versorgungsbezüge aus der Mitgliedschaft im Europäischen Parlament, im Deutschen Bundestag oder in einer gesetzgebenden Körperschaft eines Landes, so ruhen die Versorgungsbezüge nach diesem Kirchengesetz in Höhe von 50 vom Hundert des Betrages, um den in Summe beider Versorgungsbezüge die ruhegehaltfähigen Dienstbezüge nach diesem Kirchengesetz übersteigt.

§ 15

Zusammentreffen von Versorgungsbezügen aus früherem kirchlichen oder sonstigem öffentlichen Dienst mit kirchlichen Versorgungsbezügen

(1) Erhalten Versorgungsberechtigte aus einer früheren Verwendung im kirchlichen oder sonstigen öffentlichen Dienst eine Versorgung, ohne daß der frühere Dienstherr die beamtenrechtlichen Vorschriften über das Zusammentreffen mehrerer Versorgungsbezüge anwendet, so sind daneben die kirchlichen Versorgungsbezüge nach diesem Kirchengesetz nur bis zu der in Absatz 2 bezeichneten Höchstgrenze zu zahlen.

(2) Als Höchstgrenze gelten:

1. Für Empfänger oder Empfängerinnen von Ruhegehalt oder Wartegeld die Versorgungsbezüge, die sich unter Berücksichtigung der gesamten ruhegehaltfähigen Dienstzeit aus den höheren ruhegehaltfähigen Dienstbezügen ergeben würden. Die höheren ruhegehaltfähigen Dienstbezüge bestimmen sich nach dem Amt, in dem der oder die Versorgungsberechtigte im Laufe seiner oder ihrer gesamten Dienstzeit die höheren ruhegehaltfähigen Dienstbezüge erreicht hätte,

2. Für Witwen, Witwer und Waisen mit einer Versorgung aus der Verwendung des oder der verstorbenen Versorgungsberechtigten im kirchlichen oder sonstigen öffentlichen Dienst das Witwen-, Witwer- und Waisengeld, das sich aus den Versorgungsbezügen nach Nr. 1 ergeben würde,

3. Für Witwen oder Witwer mit einer Versorgung aus eigener Verwendung im kirchlichen oder sonstigen öffentlichen Dienst die Höchstgrenze nach § 54 Absatz 2 Satz 1 Nr. 3 und Satz 3 des Beamtenversorgungsgesetzes.

Die in Satz 1 Nr. 2 bezeichnete Höchstgrenze erhöht sich um den Unterschiedsbetrag nach § 50 Absatz 1 des Beamtenversorgungsgesetzes. Ist bei einem an der Ruhensregelung nach Satz 1 Nr. 1 oder 2 festgesetzten Versorgungsbezug das Ruhegehalt durch einen Versorgungsabschlag gemindert, ist das für die Höchstgrenze maßgebende Ruhegehalt ebenfalls um einen Versorgungsabschlag gemindert, ist das für die Höchstgrenze maßgebende Ruhegehalt ebenfalls um einen Versorgungsabschlag zu mindern.

(3) Im Falle des Absatzes 2 Nr. 3 ist neben dem Ruhegehalt oder Wartegeld mindestens ein Betrag in Höhe von 20 vom Hundert des Witwe- oder Witwergeldes zu belassen.

(4) Wenn Versorgungsberechtigte bereits einen Anspruch auf Witwengeld, Witwergeld oder eine ähnliche Versorgung erworben haben oder erwerben, so erhalten sie daneben das Ruhegehalt oder Wartegeld zuzüglich des Unterschiedsbetrages nach § 50 Absatz 1 des Beamtenversorgungsgesetzes nur bis zum Erreichen der in § 54 Absatz 2 Satz 1 Nr. 3 sowie Satz 3 des Beamtenversorgungsgesetzes bezeichneten Höchstgrenze. § 54 Absatz 4 Satz 2 des Beamtenversorgungsgesetzes findet entsprechende Anwendung.

Abschnitt V

Versorgung unter Einbeziehung der gesetzlichen Rentenversicherung

§ 16

Rentenversicherungszuschlag

Gliedkirchen, die bei sich nicht die Voraussetzungen für die Befreiung der Versorgungsberechtigten von der gesetzlichen Rentenversicherung getroffen haben, gewähren zum Grundgehalt einen Zuschlag in Höhe des Versichertenanteils am Pflichtbeitrag zur gesetzlichen Rentenversicherung (Rentenversicherungszuschlag). Die durch die Zahlung des Rentenversicherungszuschlages bedingte steuerliche Mehrbelastung bei den Dienstbezügen wird durch die Kirche nach Maßgabe der Rentenversicherungszuschlagsverordnung abgegolten.

§ 17

Rentenanrechnung

(1) Auf die nach den Vorschriften dieses Kirchengesetzes errechneten Versorgungsbezüge werden die Leistungen aus der gesetzlichen Rentenversicherung, die ausschließlich auf Beitragzahlungen der Kirche beruhen, unbeschadet der Regelung über das Zusammentreffen von kirchlichen Versorgungsbezügen mit Renten in voller Höhe angerechnet. Dies gilt auch für Leistungen aus Zeiten, die bei der Festsetzung der Rente berücksichtigt wurden, jedoch keinen eigenen Rentenanspruch nach dem Sechsten Buch des Sozialgesetzbuches (SGB VI) begründen. Anrechnungsbetrag ist der im Rentenbescheid oder in der Renten Anpassungsmittelteilung ausgewiesene monatliche Rentenbetrag, nicht aber der Zahlbetrag.

(2) Hat der oder die Versorgungsberechtigte vor der Berufung in ein kirchengesetzlich geregeltes öffentlich-rechtliches Dienstverhältnis weitere rentenrechtliche Zeiten zurückgelegt und ist dadurch die Wartezeit auch ohne die für die Leistungen nach Absatz 1 berücksichtigten rentenrechtlichen Zeiten erfüllt, so wird der darauf beruhende Teil der Rente nach den allgemeinen Bestimmungen angerechnet.

(3) Zu den Renten aus der gesetzlichen Rentenversicherung zählt nicht der Kinderzuschuß.

(4) Renten, Rentenerhöhungen und Renteminderungen, die auf § 1587 b des Bürgerlichen Gesetzbuches beruhen, bleiben unberücksichtigt.

(5) Ruht eine Hinterbliebenenrente wegen der Höhe des eigenen Einkommens gemäß § 97 des Sechsten Buches des Sozialgesetzbuches (SGB VI), so wird die Rente in vollem Umfang, also ohne die sich aus der Ruhensregelung ergebende Minderung, angerechnet. Dies gilt nicht, wenn die Anrechnung der Hinterbliebenenrente beim laufenden Bezug nicht möglich ist.

(6) Entfällt bei Versorgungsberechtigten im Ruhestand, die das 65. Lebensjahr noch nicht vollendet haben, die Rente wegen Alters deshalb, weil die rentenversicherungsrechtliche Hinzuverdienstgrenze überschritten wird, ruhen die Versorgungsbezüge bis zu der Höhe der Rente, die sich nach den Absätzen 1 bis 3 ergeben würde.

(7) Die Renten anrechnung wird nach Anwendung von Ruhens-, Anrechnungs- und Kürzungsvorschriften dieses Kirchengesetzes und des Beamtenversorgungsgesetzes durchgeführt.

§ 18

Steuervorteilsausgleich

Der sich bei den Versorgungsbezügen ergebende Vorteil, der auf die geringere Besteuerung der Rente aus der gesetzlichen Rentenversicherung zurückzuführen ist, wird pauschal abgeschöpft. Diese Regelung gilt nicht für den Steuervorteil, der sich aufgrund der Renten anrechnung nach den allgemeinen Bestimmungen ergibt. Sie gilt ferner nicht für das Sterbegeld. Das Nähere wird durch die Steuervorteilsausgleichsverordnung geregelt.

§ 19

Ausfallgarantie

(1) Bis zur Anweisung der Leistungen aus der gesetzlichen Rentenversicherung wird den Versorgungsberechtigten gegen Abtretung des Nachzahlungsanspruches Vorschuß in Höhe der zu erwartenden Rentenbezüge gewährt.

(2) Verweigert oder entzieht die gesetzliche Rentenversicherung die Leistungen oder tritt sonst ein Ausfall der Leistungen aus der gesetzlichen Rentenversicherung ein, so findet § 17 für die Zeit des Leistungsausfalles keine Anwendung, wenn der oder die Versorgungsberechtigte seine oder ihre Ansprüche insoweit an die Kirche abtritt.

(3) Hat der oder die Versorgungsberechtigte sich Beiträge zur Rentenversicherung nach dem Recht der gesetzlichen Rentenversicherung erstatten lassen, für die die Kirche die gesamten Beitragsleistungen erbracht hat, so wird die Versorgung um den durch die Beitragserstattung verminderten Teil der Rente gekürzt.

§ 20

Mitwirkungspflichten

Der oder die Versorgungsberechtigte ist verpflichtet, alle Voraussetzungen für die Zahlung der Versorgungsbezüge herbeizuführen, insbesondere die nach den Vorschriften der gesetzlichen Rentenversicherung erforderlichen Anträge zu stellen, Willenserklärungen abzugeben und Nachweise vorzulegen. Die Regelaltersrente ist so rechtzeitig zu beantragen, daß die Rentenzahlung mit Vollendung des 65. Lebensjahres des oder der Versorgungsberechtigten erfolgen kann; dies gilt sinngemäß bei anderen Altersrenten für den Zeitpunkt des

Eintritts in den Ruhestand und bei einer Rente wegen Berufs- oder Erwerbsunfähigkeit für den Zeitpunkt des Eintritts der Berufs- oder Erwerbsunfähigkeit. „Kommt der oder die Verpflichtete dieser Verpflichtung schuldhaft nicht nach, so hat die Gliedkirche die sich für den Fall der rechtzeitigen Erfüllung der Verpflichtung ergebende fiktive Rente bei der Festsetzung der Versorgungsbezüge anzurechnen. „Die Sätze 1 und 3 gelten entsprechend für Hinterbliebene von Versorgungsberechtigten bezüglich der Witwen-, Witwer- und Waisenrente.

Abschnitt VI

Anpassung der Versorgungsbezüge, Anwendungsbereich, nicht anzuwendende Vorschriften

§ 21

Anpassung der Versorgungsbezüge

Werden die Dienstbezüge der Besoldungsberechtigten allgemein erhöht oder vermindert oder erfolgt eine Erhöhung oder Verminderung der Dienstbezüge um feste Beträge, werden die Versorgungssätze von demselben Zeitpunkt an entsprechend angepaßt.

§ 22

Anwendungsbereich

(1) Für die Anwendung des Abschnitts VII des Beamtenversorgungsgesetzes steht ein Unterhaltsbeitrag nach den §§ 9 bis 12 dem Ruhegehalt, Witwen-, Witwer- oder Waisengeld gleich.

(2) Bei Versorgungsberechtigten im Wartestand ist für die Anwendung der §§ 17 und 18 des Beamtenversorgungsgesetzes (Bezüge für den Sterbemonat und Sterbegeld) das Wartegeld maßgebend.

(3) § 57 des Beamtenversorgungsgesetzes gilt entsprechend für Versorgungsberechtigte im Wartestand.

§ 23

Nicht anzuwendende Vorschriften

§ 4 Absatz 1, § 12b, § 14 Absatz 1 Satz 1 und Absatz 6, § 14a, § 15, § 15a, § 26, § 48, § 50 Absatz 4, § 59, § 70 und § 85 Absätze 1 bis 5, 9 und 10 des Beamtenversorgungsgesetzes finden keine Anwendung.

Abschnitt VII

Übergangs- und Schlußbestimmungen

§ 24

Behandlung von Renten nach bisherigem Recht

Bei der Anwendung dieses Kirchengesetzes stehen die Renten, die auf der Vereinbarung zur Rentenversorgung vom 28. März 1980 (ABl. EKD 1981 Seite 17), in der Fassung des Gesetzes zur Angleichung der Bestandsrenten an das Nettoniveau der Bundesrepublik Deutschland und zu weiteren rentenrechtlichen Regelungen - Rentengleichungsgesetz - vom 28. Juni 1990 (GBl. I Nr. 38 Seite 495) beruhen, den nach diesem Kirchengesetz in die Versorgung einbezogenen Renten aus der gesetzlichen Rentenversicherung gleich.

§ 25

Anwendung bisherigen und neuen Rechts für am 1. Januar 1992 vorhandene Versorgungsempfänger oder Versorgungsempfängerinnen

Ist der Versorgungsfall vor dem 1. Januar 1992 eingetreten und würde infolge der Neuregelung über die ruhegehaltfähige Dienstzeit eine Verminderung des Vomhundertsatzes der ruhegehaltfähigen

Dienstbezüge, nach dem sich die Höhe des Ruhegehaltes bemißt, eintreten, sind für die Betroffenen die Versorgungsbezüge weiterhin nach den nach dem bisherigen Recht bestimmten Vomhundertsätzen zu bemessen.

§ 26

Ruhegehaltssatz für am 31. Dezember 1991 vorhandene Versorgungsberechtigte

(1) „Hat das Dienstverhältnis, aus dem der oder die Versorgungsrechtigte in den Ruhestand tritt, oder ein unmittelbar vorangehendes anderes öffentlich-rechtliches Dienstverhältnis bereits am 31. Dezember 1991 bestanden, bleibt der zu diesem Zeitpunkt erreichte Ruhegehaltssatz gewahrt. „Die Berechnung der ruhegehaltfähigen Dienstzeit und des Ruhegehaltssatzes richtet sich dabei nach dem bis zum 31. Dezember 1991 geltenden Recht. „Der sich nach den Sätzen 1 und 2 ergebende Ruhegehaltssatz steigt mit jedem Jahr, das vom 1. Januar 1992 an nach dem von diesem Zeitpunkt an geltenden Recht als ruhegehaltfähige Dienstzeit zurückgelegt wird, um eins von Hundert der ruhegehaltfähigen Dienstbezüge bis zum Höchstsatz von 75 vom Hundert.

(2) „Erreicht der oder die Versorgungsberechtigte aus einem Dienstverhältnis, das bereits vor dem 31. Dezember 1991 bestand oder dem unmittelbar ein anderes öffentlich-rechtliches Dienstverhältnis voranging, vor dem 1. Januar 2002 die gesetzliche Altersgrenze, so richtet sich die Berechnung der ruhegehaltfähigen Dienstzeit und des Ruhegehaltssatzes nach dem bis zum 31. Dezember 1991 geltenden Recht. „Dies gilt entsprechend, wenn der oder die Versorgungsrechtigte wegen Dienstunfähigkeit oder auf Antrag in den Ruhestand versetzt wird oder stirbt.

(3) „Der sich nach Absatz 1 oder 2 ergebende Ruhegehaltssatz wird der Berechnung des Ruhegehaltes zugrunde gelegt, wenn er höher ist als der Ruhegehaltssatz, der sich nach diesem Kirchengesetz für die gesamte ruhegehaltfähige Dienstzeit ergibt. „Der sich nach Absatz 1 ergebende Ruhegehaltssatz darf den Ruhegehaltssatz, der sich nach dem bis zum 31. Dezember 1991 geltenden Recht ergäbe, nicht übersteigen.

(4) „Tritt der oder die Versorgungsberechtigte aus einem Dienstverhältnis, das am 31. Dezember 1991 bereits bestanden hat, vor Vollendung des 65. Lebensjahres in den Ruhestand, ohne daß Dienstunfähigkeit vorliegt, so ist die Regelung über die Minderung des Ruhegehalts mit folgender Maßgabe anzuwenden:

„Der Vomhundertsatz der Minderung des Ruhegehalts beträgt bei Vollendung des 63. Lebensjahres

vor dem 1. Januar 2002	0,0 v.H.
nach dem 31. Dezember 2001	0,6 v.H.
nach dem 31. Dezember 2002	1,2 v.H.
nach dem 31. Dezember 2003	1,8 v.H.
nach dem 31. Dezember 2004	2,4 v.H.
nach dem 31. Dezember 2005	3,0 v.H.
nach dem 31. Dezember 2006	3,6 v.H.

für jedes Jahr bis zur Vollendung des 65. Lebensjahres.

(5) Ergibt sich aufgrund der Absätze 1 und 2 ein höheres Ruhegehalt als nach neuem Recht, so ist dies auch bei den Höchstgrenzen in den Fällen des Zusammentreffens von kirchlichen Versorgungsbezügen mit Versorgungsbezügen aus kirchlichem oder sonstigem öffentlichen Dienst oder mit Renten zu berücksichtigen.

§ 27**Abweichende Regelungen**

Der Rat kann durch Rechtsverordnung auf Antrag einer Gliedkirche für deren Bereich für einen befristeten Zeitraum von einzelnen Bestimmungen dieses Kirchengesetzes abweichende Regelungen treffen.

§ 28**Vorläufiger Höchststruhegehaltssatz**

Soweit in diesem Kirchengesetz ein Höchstbetrag von 75 vom Hundert der ruhegehaltfähigen Dienstbezüge bestimmt ist, wird dieser bis auf weiteres auf 70 vom Hundert begrenzt.

§ 29**Inkrafttreten**

(1) Dieses Kirchengesetz tritt für die Evangelische Kirche der Union am 1. Juli 1996 in Kraft.* Es wird für die Gliedkirchen in Kraft gesetzt, nachdem diese jeweils zugestimmt haben.

(2) Gleichzeitig tritt die Verordnung über die Versorgung der Pfarrer, Pastorinnen, Kirchenbeamten und Kirchenbeamtinnen in der Evangelischen Kirche der Union im Bereich Ost und in ihren östlichen Gliedkirchen (Kirchliche Versorgungsordnung - EKV) vom 3. Dezember 1991 (ABl. EKD 1992 Seite 22) außer Kraft.

**Verordnung über die Besoldung der Kirchenbeamten in der
Evangelischen Kirche der Union
Kirchenbeamtenbesoldungsordnung - KBBesO)**

Vom 31. März 1993
(ABl. EKD 1993, S. 281)**

Aufgrund von Artikel 15 Absatz 3 der Ordnung der Evangelischen Kirche der Union wird folgende Verordnung erlassen:

Inhaltsübersicht

Abschnitt 1

Allgemeine Vorschriften

- § 1 Geltungsbereich
§ 2 Träger der Besoldung

Abschnitt 2

Besoldung

1. *Allgemeine Vorschriften*
§ 3 Bestandteile der Besoldung
§ 3a Verzicht auf Besoldung
§ 4 Besoldung während einer Teilbeschäftigung und Freistellung aus familiären Gründen

- § 5 Zahlung der Bezüge
§ 5a Rentenanrechnung auf Besoldung

2. *Grundgehalt*
§ 6 Höhe des Grundgehaltes
§ 7 Bemessung des Grundgehaltes
§ 7a Bemessung des Grundgehaltes der Lehrenden an Hochschulen

3. *Besoldungsdienstalter*
§ 8 Besoldungsdienstalter im Regelfall
§ 9 Festsetzung des Besoldungsdienstalters

4. *Zulagen*
§ 10 Amts- und Stellenzulagen
§ 11 Andere Zulagen und Aufwandsentschädigungen
§ 12 Ausgleichszulagen

5. *Familienzuschlag*
§ 13 Anspruch auf den Familienzuschlag
§ 14 Stufen des Familienzuschlages
§ 15 Änderung des Familienzuschlages

6. *Mutterschutz und Erziehungsurlaub*
§ 16 Besoldung während der Mutterschutzfrist und des Erziehungsurlaubes

7. *Urlaubsgeld und vermögenswirksame Leistungen*
§ 17 Urlaubsgeld
§ 18 Vermögenswirksame Leistungen

8. *Gesonderte Genehmigungsregelung*
§ 19 Rentenversicherungszuschlag

9. *Anwärterbezüge*
§ 20 Anwärterbezüge

Abschnitt 3

Übergangs- und Schlußvorschriften

- § 21 Abweichende Regelungen
§ 22 Anwendung des staatlichen Besoldungsrechts
§ 23 Kirchlicher Dienst, außerkirchlicher öffentlicher Dienst
§ 24 Mitwirkungspflicht
§ 25 Kirchengesetzliche Genehmigung
§ 26 Kirchenbeamte im unmittelbaren Dienst der Evangelischen Kirche der Union
§ 27 Ausführungs- und Durchführungsbestimmungen
§ 28 Inkrafttreten

Abschnitt 1

Allgemeine Vorschriften**§ 1****Geltungsbereich**

Diese Verordnung regelt - sofern nicht etwas anderes bestimmt ist - die Besoldung der Männer und Frauen, die nach dem Kirchenbeamtenengesetz zur Kirchenbeamtin oder zum Kirchenbeamten berufen sind.

* Diese Vorschrift bezieht sich auf das Inkrafttreten des Versorgungsgesetzes vom 16. Juni 1996. Das Inkrafttreten der Änderungen durch die Verordnung vom 9. September 1998 ergibt sich aus deren § 5.

** zuletzt geändert durch Verordnung vom 9. September 1998 (ABl. EKD 1998, S. 448)

§ 2

Träger der Besoldung

Die Besoldung der Kirchenbeamten wird von der Anstellungskörperschaft getragen.

Abschnitt 2
- Besoldung -

1. Allgemeine Vorschriften

§ 3

Besoldung der Kirchenbeamten

(1) Zur Besoldung des Kirchenbeamten gehören folgende Dienstbezüge:

1. Grundgehalt (§§ 6, 7),
2. Zulagen (§§ 10 bis 12),
3. Familienzuschlag (§§ 13 bis 15),
4. Zuschlag in Höhe des Versichertenanteils am Pflichtbeitrag zur gesetzlichen Rentenversicherung (Rentenversicherungszuschlag)

(2) Zur Besoldung gehören, sofern das gliedkirchliche Recht nichts anderes bestimmt, ferner folgende sonstige Bezüge:

1. jährliches Urlaubsgeld (§ 17),
2. vermögenswirksame Leistungen (§ 18),
3. Anwärterbezüge (§ 19a).

§ 3a

Verzicht auf Besoldung

(1) Der Kirchenbeamte kann auf die ihm zustehende Besoldung weder ganz noch teilweise verzichten.

(2) Das gliedkirchliche Recht kann eine von Absatz 1 abweichende Regelung treffen, nach der der Kirchenbeamte widerruflich auf einen Teil der Besoldung verzichten kann. Der Verzicht darf den angemessenen Lebensunterhalt des Kirchenbeamten und seiner Familie nicht gefährden. Der Verzicht hat keine Auswirkung auf die Bemessung der ruhegehaltfähigen Dienstzeit und der ruhegehaltfähigen Dienstbezüge.

§ 4

Besoldung während einer Teilbeschäftigung und Freistellung aus familiären Gründen

(1) Bei Teilbeschäftigung werden die Dienstbezüge im gleichen Verhältnis wie die Arbeitszeit gekürzt.

(2) Für die Zeit, in der ein Kirchenbeamter vom Dienst freigestellt wird, weil er an der vollen Ausübung seines Dienstes durch familiäre Verhältnisse gehindert ist, wird keine Besoldung gewährt.

§ 5

Zahlung der Bezüge

(1) Der Kirchenbeamte erhält die Dienstbezüge von dem Tage an, mit dem seine Berufung wirksam wird. Wird er im Falle der Beförderung rückwirkend in eine Planstelle eingewiesen, so erhält er die Dienstbezüge von dem Tage an, mit dem die Einweisung wirksam wird.

(2) Die Bezüge werden monatlich im voraus gezahlt. Werden Bezüge nach dem Tag der Fälligkeit gezahlt, so besteht kein Anspruch auf Verzugszinsen.

(3) Besteht der Anspruch auf Besoldung nicht für einen vollen Kalendermonat, so wird nur der Teil der Bezüge gezahlt, der auf den Anspruchszeitraum entfällt.

(4) Die Rückforderung zuviel gezahlter Bezüge richtet sich nach den Vorschriften des Bürgerlichen Gesetzbuches über die Herausgabe einer ungerechtfertigten Bereicherung, soweit gesetzlich nichts anderes bestimmt ist. Der Kenntnis des Mangels des rechtlichen Grundes der Zahlung steht es gleich, wenn der Mangel so offensichtlich war, daß der Empfänger ihn hätte erkennen müssen. Von der Rückforderung kann aus Billigkeitsgründen ganz oder teilweise abgesehen werden.

(5) Zu wenig gezahlte Bezüge sind nachzuzahlen.

§ 5a

Rentenanrechnung auf Besoldung

Auf die Dienstbezüge werden Leistungen aus der gesetzlichen Rentenversicherung, die ausschließlich auf von der Kirche finanzierten Beitragszahlungen beruhen, in voller Höhe angerechnet. Dies gilt auch für Leistungen aus Zeiten, die bei der Festsetzung der Rente berücksichtigt wurden, jedoch keinen eigenen Rentenanspruch nach dem Sechsten Buch des Sozialgesetzbuches (SGB VI) begründen. Anrechnungsbetrag ist der im Rentenbescheid oder in der Rentenanpassungsmittteilung ausgewiesene monatliche Rentenbetrag, nicht aber der Zahlbetrag.

2. Grundgehalt

§ 6

Höhe des Grundgehaltes

(1) Das Grundgehalt des Kirchenbeamten bestimmt sich nach der Besoldungsgruppe des ihm verliehenen Amtes.

(2) Die Ämter der Kirchenbeamten und ihre Besoldungsgruppen werden durch eine Dienstlaufbahnordnung, die vom Rat zu erlassen ist, geregelt.

(3) Die Grundgehaltssätze ergeben sich aus der Anlage. Sie entsprechen einem vom Rat jeweils festzusetzenden Vomhundertsatz (Bemessungssatz) der vergleichbaren Besoldungsgruppen der Bundesbesoldungsordnung. Das gliedkirchliche Recht kann bestimmen, daß sich die Grundgehälter nach einem anderen, höchstens um fünf Prozentpunkte abweichenden Bemessungssatz als nach Satz 2 bemessen, soweit sie das Vergleichsgrundgehalt nicht übersteigen. Der Rat kann die Anlage nach Anhörung des Finanzausschusses und der Gliedkirchen durch Beschluß ändern.

(4) Die dem Kirchenbeamten gewährten Sachbezüge werden mit einem ihrem wirtschaftlichen Wert angemessenen Betrag auf die Dienstbezüge angerechnet. Die Bestimmungen über Dienstwohnungen für Kirchenbeamte bleiben unberührt.

§ 7

Bemessung des Grundgehaltes

(1) Das Grundgehalt wird, soweit die Besoldungstabelle nicht feste Gehälter vorsieht, nach Stufen bemessen. Das Grundgehalt steigt

bis zur fünften Stufe im Abstand von zwei Jahren, bis zur neunten Stufe im Abstand von drei Jahren und darüber hinaus im Abstand von vier Jahren.

(2) Das Aufsteigen in den Stufen bestimmt sich nach dem Besoldungsdienstalter. Das gliedkirchliche Recht kann entsprechend den Regelungen des Bundesbesoldungsgesetzes vorschreiben, daß sich das Aufsteigen in den Stufen auch nach der Leistung bestimmt. 3Es wird mindestens das Anfangsgrundgehalt der jeweiligen Besoldungsgruppe gezahlt.

(3) Der Kirchenbeamte verbleibt in seiner bisherigen Stufe, solange er im Zusammenhang mit der Einleitung oder Durchführung eines förmlichen Disziplinarverfahrens beurlaubt oder vorläufig des Dienstes enthoben ist. Führt ein Disziplinarverfahren zur Amtsenthebung oder Entfernung aus dem Dienst oder endet das Dienstverhältnis durch Entlassung auf Antrag des Kirchenbeamten oder infolge einer strafgerichtlichen Verurteilung, so erlischt der Anspruch auch für die Zeit des Ruhens; ansonsten regelt sich das Aufsteigen im Zeitraum der vorläufigen Dienstenthebung nach Absatz 2.

§ 7a

Bemessung des Grundgehaltes der Lehrenden an kirchlichen Hochschulen

(1) Das Grundgehalt der Lehrenden an kirchlichen Hochschulen mit einer Besoldung nach der Bundesbesoldungsordnung C wird nach Stufen bemessen und steigt von zwei zu zwei Jahren bis zum Endgrundgehalt. Der Tag, von dem für das Aufsteigen in den Stufen auszugehen ist, bestimmt sich nach dem Besoldungsdienstalter.

(2) Der Anspruch auf das Aufsteigen in den Stufen ruht für die Dauer einer vorläufigen Dienstenthebung. § 7 Absatz 3 Satz 2 Halbsatz 1 gilt entsprechend.

3. Besoldungsdienstalter

§ 8

Besoldungsdienstalter im Regelfall

(1) Das Besoldungsdienstalter beginnt vorbehaltlich der Absätze 2 und 4 am Ersten des Monats, in dem der Kirchenbeamte das 21. Lebensjahr vollendet hat.

(2) Der Beginn des Besoldungsdienstalters nach Absatz 1 wird um die Zeiten nach Vollendung des 31. Lebensjahres, in denen kein Anspruch auf Besoldung bestand, hinausgeschoben, und zwar um ein Viertel der Zeit bis zum vollendeten 35. Lebensjahr und um die Hälfte der weiteren Zeit. Bei Kirchenbeamten in Laufbahnen mit einem Eingangsamte der Besoldungsgruppe A 13 tritt an die Stelle des 31. das 35. Lebensjahr, bei Professoren mit einer Besoldung nach der Besoldungsordnung C das 40. Lebensjahr. Die Zeiten werden auf volle Monate abgerundet.

(3) Zur Besoldung im Sinne von Absatz 2 gehören auch die Vikars- und Anwärterbezüge. Kirchlicher Dienst ist auch der Dienst in missionarischen, diakonischen oder sonstigen kirchlichen Werken und Einrichtungen ohne Rücksicht auf deren Rechtsform.

(4) Absatz 2 gilt nicht für Zeiten

1. einer Kinderbetreuung bis zu drei Jahren für jedes Kind,
2. einer Beurlaubung ohne Dienstbezüge oder eines Wartestandes

ohne Wartegeld, wenn die zuständige Stelle schriftlich anerkennt, daß die Freistellung oder der Wartestand dienstlichen Interessen oder kirchlichen Belangen dient, oder

3. der Wahrnehmung eines Mandats in einem Gesetzgebungsorgan, wenn der Kirchenbeamte anstelle der Zahlung einer Versorgungsabfindung nach den staatlichen Abgeordnetengesetzen beantragt, diese Zeit als Dienstzeit im Sinne des Besoldungs- und Versorgungsrechts zu berücksichtigen.

§ 9

Festsetzung des Besoldungsdienstalters

(1) Das Besoldungsdienstalter ist bei der Berufung in das Kirchenbeamtenverhältnis und bei Wiederaufnahme des Dienstes nach einer Freistellung durch die kirchliche Aufsichtsbehörde festzusetzen. Dem Kirchenbeamten sind die Berechnung und Festsetzung schriftlich mitzuteilen.

(2) Hat der Kirchenbeamte bei seiner erstmaligen Berufung in ein Kirchenbeamtenverhältnis im Geltungsbereich dieser Verordnung das nach § 8 Absatz 2 maßgebliche Lebensjahr noch nicht vollendet, kann von einer förmlichen Festsetzung des Besoldungsdienstalters abgesehen werden.

§ 10

Amts- und Stellenzulagen

(1) Amtszulagen sind unwiderruflich und ruhegehaltfähig. Sie gelten als Bestandteil des Grundgehaltes.

(2) Stellenzulagen sind widerruflich und werden nur solange gewährt, wie der Kirchenbeamte in der mit der Zulage ausgestatteten Tätigkeit verwendet wird. Sie sind ruhegehaltfähig, sofern dies kirchenrechtlich bestimmt ist.

(3) Amtszulagen und Stellenzulagen werden nach der Anlage oder nach gliedkirchlichem Recht gewährt. § 6 Absatz 4 gilt entsprechend.

§ 11

Aufwandsentschädigungen

Aufwandsentschädigungen, die nicht gesetzlich geregelt sind, dürfen nur mit Genehmigung der obersten Dienstbehörde oder der von ihr ermächtigten Stelle und nur insoweit gewährt werden, als der Haushaltsplan Mittel dafür zur Verfügung stellt.

§ 12

Ausgleichszulage

(1) Verringern sich die Dienstbezüge eines Kirchenbeamten, weil

1. er aus dienstlichen Gründen ohne seine Zustimmung versetzt ist oder
2. er zur Vermeidung der Versetzung in den Ruhestand wegen Dienstunfähigkeit anderweitig verwendet wird oder
3. er die vorgeschriebenen besonderen gesundheitlichen Anforderungen, ohne daß er dies zu vertreten hat, nicht mehr erfüllt und deshalb anderweitig verwendet wird oder
4. sich die Zuordnung zu seiner Besoldungsgruppe nach der Schülerzahl einer Schule richtet und diese Voraussetzung wegen zurückgehender Schülerzahlen nicht mehr erfüllt ist oder
5. er in die nächsthöhere Laufbahn aufgestiegen ist,

erhält er eine Ausgleichszulage. ²Sie wird in Höhe des Unterschiedsbetrages zwischen seinen jeweiligen Dienstbezügen und den Dienstbezügen gewährt, die ihm in seiner bisherigen Verwendung zugestanden hätten; Veränderungen in der besoldungsrechtlichen Bewertung bleiben unberücksichtigt. ³Die Ausgleichszulage ist ruhegehaltfähig, soweit sie ruhegehaltfähige Dienstbezüge ausgleicht. ⁴Die Ausgleichszulage wird Kirchenbeamten auf Zeit für die restliche Amtszeit gewährt. ⁵Bei jeder Erhöhung der Dienstbezüge vermindert sich die Ausgleichszulage um ein Drittel des Erhöhungsbetrages, soweit sie für Stellenzulagen und für Zuschüsse zum Grundgehalt für Professoren an Hochschulen gezahlt wird.

(2) ¹Verringern sich die Dienstbezüge eines Kirchenbeamten aus anderen dienstlichen Gründen, erhält er eine Ausgleichszulage. ²Sie wird in Höhe des Unterschiedsbetrages zwischen seinen neuen Dienstbezügen und den Dienstbezügen gewährt, die ihm in seiner bisherigen Verwendung zuletzt zugestanden haben. ³Absatz 1 Satz 3 und 4 gilt entsprechend. ⁴Die Ausgleichszulage vermindert sich bei jeder Erhöhung der Dienstbezüge um die Hälfte des Erhöhungsbetrages. ⁵Sie wird nicht gewährt, wenn die Verringerung der Dienstbezüge auf einer Disziplinarmaßnahme in einem disziplinarrechtlichen Verfahren beruht. ⁶Der Wegfall einer Stellenzulage wird nicht ausgeglichen, wenn der Kirchenbeamte weniger als fünf Jahre zulageberechtigend verwendet worden ist.

(3) Bei der Berufung vom Kirchenbeamten im Ruhestand zum Dienst und bei der Überleitung aus dem Dienst eines anderen Dienstgebers wird dem Kirchenbeamten entsprechend Absatz 1 eine ruhegehaltfähige Ausgleichszulage gewährt, wenn sein neues Grundgehalt niedriger ist als das Grundgehalt, nach dem das zuletzt bezogene Ruhegehalt oder die zuletzt bei dem bisherigen Dienstgeber bezogenen Dienstbezüge bemessen waren.

(4) Dienstbezüge im Sinne dieser Vorschrift sind Grundgehalt, Amts- und Stellenzulagen sowie Zuschüsse zum Grundgehalt für Professoren an Hochschulen. ²Zu den Dienstbezügen rechnen auch Überleitungszulagen und Ausgleichszulagen, soweit sie wegen des Wegfalls oder der Verminderung von Dienstbezügen nach Satz 1 gewährt werden.

5. Familienzuschlag

§ 13

Grundlage des Familienzuschlages

(1) ¹Der Familienzuschlag wird nach der Anlage gewährt. ²Seine Höhe richtet sich nach der Besoldungsgruppe und der Stufe, die den Familienverhältnissen des Kirchenbeamten entspricht.

(2) § 6 Absatz 3 Satz 4 gilt entsprechend.

§ 14

Stufen des Familienzuschlages

(1) ¹Zur Stufe 1 gehören

1. verheiratete Kirchenbeamte,
2. verwitwete Kirchenbeamte,
3. geschiedene Kirchenbeamte und Kirchenbeamte, deren Ehe aufgehoben oder für nichtig erklärt ist, wenn sie aus der Ehe zum Unterhalt verpflichtet sind,
4. andere Kirchenbeamte, die eine andere Person nicht nur vorübergehend in ihre Wohnung aufgenommen haben und ihr Unterhalt

gewähren, weil sie gesetzlich oder sittlich dazu verpflichtet sind oder aus beruflichen oder gesundheitlichen Gründen ihrer Hilfe bedürfen. Dies gilt bei gesetzlicher oder sittlicher Verpflichtung zur Unterhaltsgewährung nicht, wenn für den Unterhalt der aufgenommenen Person Mittel zur Verfügung stehen, die bei einem Kind einschließlich des gewährten Kindergeldes und des kinderbezogenen Teils des Familienzuschlages das Sechsfache des Betrages der Stufe 1 übersteigen. Als in die Wohnung aufgenommen gilt ein Kind auch dann, wenn der Kirchenbeamte es auf seine Kosten anderweitig untergebracht hat, ohne daß dadurch die häusliche Verbindung mit ihm aufgehoben werden soll. Beanspruchen mehrere nach dieser Vorschrift oder nach vergleichbaren Regelungen für Pfarrer und Angestellte des kirchlichen oder außerkirchlichen öffentlichen Dienstes Anspruchsberechtigte wegen der Aufnahme einer anderen Person oder mehrerer anderer Personen in die gemeinsam bewohnte Wohnung einen Familienzuschlag der Stufe 1, eine entsprechende Leistung oder einen Anwärter- oder Vikarsverheiratetenzuschlag, so wird der Betrag der Stufe 1 des für den Kirchenbeamten maßgebenden Familienzuschlages nach der Zahl der Berechtigten anteilig gewährt.

(2) ¹Zur Stufe 2 und den folgenden Stufen gehören die Kirchenbeamten der Stufe 1, denen Kindergeld nach dem Einkommensteuergesetz oder nach dem Bundeskindergeldgesetz zusteht oder ohne Berücksichtigung des § 64 oder § 65 des Einkommensteuergesetzes oder des § 3 oder § 4 des Bundeskindergeldgesetzes zustehen würde. ²Die Stufe richtet sich nach der Anzahl der berücksichtigungsfähigen Kinder.

(3) ¹Ledige und geschiedene Kirchenbeamte sowie Kirchenbeamte, deren Ehe aufgehoben oder für nichtig erklärt ist, denen Kindergeld nach dem Einkommensteuergesetz oder nach dem Bundeskindergeldgesetz zusteht oder ohne Berücksichtigung des § 64 oder § 65 des Einkommensteuergesetzes oder des § 3 oder § 4 des Bundeskindergeldgesetzes zustehen würde, erhalten zusätzlich zum Grundgehalt den Unterschiedsbetrag zwischen der Stufe 1 und der Stufe des Familienzuschlages, der der Anzahl der berücksichtigungsfähigen Kinder entspricht. ²Absatz 5 gilt entsprechend.

(4) ¹Steht der Ehegatte eines Kirchenbeamten als Kirchenbeamter, Pfarrer oder privatrechtlich beschäftigter Mitarbeiter im kirchlichen Dienst oder ist er auf Grund einer solchen Tätigkeit nach beamtenrechtlichen Grundsätzen versorgungsberechtigt und stünde ihm ebenfalls der Familienzuschlag der Stufe 1 oder einer der folgenden Stufen oder eine entsprechende Leistung in Höhe von mindestens der Hälfte des Höchstbetrages der Stufe 1 des Familienzuschlages zu, so erhält der Kirchenbeamte den Betrag der Stufe 1 des für ihn maßgebenden Familienzuschlages zur Hälfte; dies gilt auch für die Zeit, für die der Ehegatte Mutterschaftsgeld bezieht. ²§ 4 Absatz 1 findet auf den nach Satz 1 zu zahlenden Betrag keine Anwendung, wenn einer der Ehegatten vollbeschäftigt oder nach beamtenrechtlichen Grundsätzen versorgungsberechtigt ist oder beide Ehegatten mit jeweils mindestens der Hälfte der regelmäßigen Arbeitszeit beschäftigt sind. ³Ist der Ehegatte des Kirchenbeamten im außerkirchlichen öffentlichen Dienst (§ 40 Absatz 6 des Bundesbesoldungsgesetzes) beschäftigt oder bezieht er auf Grund einer solchen Tätigkeit Versorgungsbezüge nach beamtenrechtlichen Grundsätzen und steht ihm der Betrag nach Satz 1 oder eine entsprechende Leistung zu, so entfällt die Zahlung der Stufe 1 an den Kirchenbeamten.

(5) Stünde neben dem Kirchenbeamten einer anderen Person, die im kirchlichen Dienst steht oder auf Grund einer solchen Tätigkeit nach beamtenrechtlichen Grundsätzen versorgungsberechtigt ist, der Familienzuschlag nach Stufe 2 oder einer der folgenden Stufen zu, so wird der auf das Kind entfallende Betrag des Familienzuschlages dem Kirchenbeamten gewährt, wenn und soweit ihm das Kindergeld nach dem Einkommensteuergesetz oder nach dem Bundeskindergeldgesetz gewährt wird oder ohne Berücksichtigung des § 65 des Einkommensteuergesetzes oder des § 4 des Bundeskindergeldgesetzes vorrangig zu gewähren wäre; dem Familienzuschlag nach Stufe 2 oder einer der folgenden Stufen stehen der Sozialzuschlag für kirchliche Mitarbeiter, eine sonstige entsprechende Leistung und das Mutterschaftsgeld gleich. Auf das Kind entfällt derjenige Betrag, der sich aus der für die Anwendung des Einkommensteuergesetzes maßgebenden Reihenfolge der Kinder ergibt. § 4 Absatz 1 findet auf den nach Satz i zu zahlenden Betrag keine Anwendung, wenn einer der Anspruchsberechtigten im Sinne des Satzes 1 vollbeschäftigt oder nach beamtenrechtlichen Grundsätzen versorgungsberechtigt ist oder mehrere Anspruchsberechtigte mit jeweils mindestens der Hälfte der regelmäßigen Arbeitszeit beschäftigt sind. Steht neben dem Kirchenbeamten einer anderen Person, die im außerkirchlichen öffentlichen Dienst (§ 40 Absatz 6 des Bundesbesoldungsgesetzes) beschäftigt oder auf Grund einer solchen Tätigkeit nach beamtenrechtlichen Grundsätzen versorgungsberechtigt ist, für dasselbe Kind der Familienzuschlag oder einer höheren Stufe oder der Sozialzuschlag zu oder würde er ihr zustehen, so entfällt die Zahlung des Familienzuschlages für das Kind an den Kirchenbeamten. Zur Vermeidung einer unbilligen Härte kann das Konsistorium (Landeskirchenamt) auf Antrag die Berücksichtigung des Kindes zulassen, wenn und solange dem Kirchenbeamten das Sorgerecht für das Kind allein zusteht, er das Kind in seinen Haushalt aufgenommen hat und er das Kindergeld für das Kind nach dem Einkommensteuergesetz oder nach dem Bundeskindergeldgesetz erhält.

(6) Die Absätze 1, 4 und 5 finden entsprechende Anwendung im Falle einer Tätigkeit des Ehegatten oder der anderen Person im Dienst eines sonstigen Dienst- oder Arbeitgebers, der die für den außerkirchlichen öffentlichen Dienst geltenden besoldungsrechtlichen oder tarifrechtlichen Regelungen über Familienzuschläge oder Sozialzuschläge oder vergleichbare Regelungen anwendet, wenn der Bund, ein Land, eine Gemeinde oder andere Körperschaft, Anstalt oder Stiftung des öffentlichen Rechts oder ein Verband von solchen durch Zahlung von Beiträgen oder Zuschüssen oder in anderer Weise beteiligt ist. Soweit sich der Dienst- oder Arbeitgeber des Ehegatten oder der anderen Person ohne Einschränkung nach den für den außerkirchlichen öffentlichen Dienst geltenden besoldungsrechtlichen oder tarifrechtlichen Regelungen über den Familienzuschlag oder den Sozialzuschlag richtet, gelten jeweils die Absätze 4 und 5 entsprechend. Ist dies nicht der Fall, wird der Familienzuschlag des Kirchenbeamten so berechnet, als wäre der Ehegatte oder die andere Person ebenfalls im kirchlichen Dienst beschäftigt.

§ 15

Änderung des Familienzuschlages

Der Familienzuschlag wird vom Ersten des Monats an gezahlt, in dem das hierfür maßgebende Ereignis fällt. Er wird nicht mehr gezahlt für den Monat, in dem die Anspruchsvoraussetzungen an keinem Tage vorgelegen haben. Die Sätze 1 und 2 gelten entsprechend für die Zahlung von Teilbeträgen der Stufen des Familienzuschlages.

6. Mutterschutz und Erziehungsurlaub

§ 16

Besoldung während der Mutterschutzfrist und des Erziehungsurlaubes

81) Die Kirchenbeamtin erhält während der Mutterschutzfristen die bisherige Besoldung weiter.

(2) Während des Erziehungsurlaubes besteht kein Anspruch auf Dienstbezüge.

7. Urlaubsgeld und vermögenswirksame Leistungen

§ 17

Urlaubsgeld

(1) Der Kirchenbeamte erhält, sofern das gliedkirchliche Recht nichts anderes bestimmt, ein Urlaubsgeld.

(2) Das Urlaubsgeld wird gezahlt, wenn der Kirchenbeamte

1. am 1. Juli in einem Dienstverhältnis als Kirchenbeamter steht und
2. seit dem 1. Januar ununterbrochen beruflich im kirchlichen oder außerkirchlichen öffentlichen Dienst beschäftigt war und
3. mindestens für einen Teil des Monats Juli Anspruch auf Bezüge hat.

Das Urlaubsgeld wird auch dann gewährt, wenn der Kirchenbeamte für den gesamten Monat Juli wegen Erziehungsurlaus freigestellt worden ist. Auf die Wartezeit nach Satz 1 Nr. 2 wird die Zeit eines Erziehungsurlaus angerechnet.

(3) Das Urlaubsgeld ist mit den laufenden Bezügen für den Monat Juli zu zahlen.

(4) Die Höhe des Urlaubsgeldes bestimmt der Rat.

§ 18

Vermögenswirksame Leistungen

Der Kirchenbeamte erhält, sofern das gliedkirchliche Recht nichts anderes bestimmt, vermögenswirksame Leistungen. Die vermögenswirksamen Leistungen werden in entsprechender Anwendung der für die Bundesbeamten geltenden Bestimmungen gezahlt.

8. Gesonderte Genehmigungsregelung

§ 19

Rentenversicherungszuschlag

Der Kirchenbeamte erhält einen Zuschlag in Höhe des Versichertenanteils am Pflichtbeitrag zur gesetzlichen Rentenversicherung (Rentenversicherungszuschlag). Das Nähere bestimmt der Rat durch Verordnung.

9. Anwärterbezüge

§ 20

Anwärterbezüge

(1) Kirchenbeamte auf Widerruf im Vorbereitungsdienst (Anwärter) erhalten Anwärterbezüge in entsprechender Anwendung der für die

Anwärter des Bundes geltenden Regelungen. ²Dies gilt für die jährliche Sonderzuwendung, das Urlaubsgeld und die vermögenswirksamen Leistungen nur, soweit das gliedkirchliche Recht diese Zahlungen vorsieht. ³Zu den Anwärterbezügen gehören auch der Kinderbetrag nach Absatz 3 und der Rentenversicherungszuschlag nach § 19.

(2) Steht in Fällen des § 62 Absatz 3 des Bundesbesoldungsgesetzes der Ehegatte in einem Anwärter- oder Ausbildungsverhältnis im außerkirchlichen öffentlichen Dienst, so erhält der Anwärter als Verheiratetenzuschlag den Unterschiedsbetrag zwischen der Summe, die ihm und dem Ehegatten bei gleichzeitiger Ausbildung im außerkirchlichen öffentlichen Dienst zustehen würde, und dem Verheiratetenzuschlag, der dem Ehegatten zusteht.

(3) Für jedes unterhaltsberechtigende Kind, für das dem Anwärter Kindergeld nach dem Einkommensteuergesetz oder nach dem Bundeskindergeldgesetz zusteht oder ohne Berücksichtigung des § 64 oder § 65 des Einkommensteuergesetzes oder § 3 oder § 4 des Bundeskindergeldgesetzes zustehen würde, wird ein Kinderbetrag gezahlt, wenn

1. der Ehegatte des Anwärters über keine eigenen Bezüge verfügt oder
2. der Anwärter unverheiratet ist und von dem anderen Elternteil keine regelmäßigen Unterhaltsleistungen für sein Kind erhält.

(4) Die Höhe des Anwärtergrundbetrages, des Verheiratetenzuschlages und des Kinderbetrages ergibt sich aus der Anlage. ²§ 6 Absatz 3 Satz 4 gilt entsprechend.

Abschnitt 3

Übergangs- und Schlußvorschriften

§ 21

Abweichende Regelungen

Der Rat kann auf Antrag einer Gliedkirche für deren Bereich für einen befristeten Zeitraum durch Beschluß von einzelnen Bestimmungen dieser Verordnung abweichende Regelungen treffen.

§ 22

Anwendung des staatlichen Besoldungsrechts

(1) Soweit nicht in dieser Verordnung Regelungen getroffen sind oder durch sonstiges kirchliches Recht etwas anderes bestimmt ist, finden die für die Bundesbeamten geltenden Besoldungsbestimmungen entsprechend Anwendung. ²Soweit Änderungen der staatlichen Bestimmungen kirchlichen Belastungen entgegenstehen, kann der Rat bestimmen, daß sie vorläufig keine Anwendung finden; innerhalb eines Jahres seit Veröffentlichung der Änderungen ist endgültig zu entscheiden.

(2) Bei der Anwendung des staatlichen Besoldungsrechts ist der kirchliche Dienst wie öffentlicher Dienst zu behandeln.

(3) § 42a und § 67 des Bundesbesoldungsgesetzes finden keine Anwendung, soweit nicht das gliedkirchliche Recht etwas anderes bestimmt.

§ 23

Kirchlicher Dienst, außerkirchlicher öffentlicher Dienst

(1) Kirchlicher Dienst im Sinne dieser Verordnung ist die Tätigkeit bei

- a) kirchlichen Körperschaften, Anstalten und Stiftungen des öffentlichen Rechts innerhalb der Evangelischen Kirche in Deutschland,
- b) beim Bund der Evangelischen Kirchen in der Deutschen Demokratischen Republik, seinen Gliedkirchen und gliedkirchlichen Zusammenschlüssen,
- c) ausländischen evangelischen Kirchengemeinden, die der Evangelischen Kirche in Deutschland oder einer ihrer Gliedkirchen angeschlossen sind,
- d) ausländischen evangelischen Kirchen,
- e) evangelischen Kirchengemeinschaften im In- und Ausland.

²Dem kirchlichen Dienst nach Satz 1 kann die Tätigkeit bei einer anderen christlichen Kirche im In- und Ausland sowie bei missionarischen, diakonischen und sonstigen Werken und Einrichtungen christlicher Kirchen ohne Rückhalt auf deren Rechtsform gleichgestellt werden.

(2) Außerkirchlicher öffentlicher Dienst im Sinne dieser Verordnung ist die Tätigkeit bei einem öffentlich-rechtlichen Dienstherrn (§ 29 BBesG). § 14 Absatz 4 und 5 bleibt unberührt.

§ 24

Mitwirkungspflicht

¹Der Kirchenbeamte ist verpflichtet, der zuständigen Stelle alle Ereignisse, die sich auf die Zahlung seiner Bezüge auswirken können, unverzüglich anzuzeigen und auf Verlangen Auskunft zu erteilen. ²Dazu gehören insbesondere alle Änderungen des Familienstandes und der Verhältnisse, die die Zahlung des Familienzuschlages beeinflussen, die Änderung von Wohnsitz und Konten. ³Kommt der Kirchenbeamte seiner Pflicht gemäß Satz 1 nicht nach, so können die Bezüge ganz oder teilweise einbehalten werden, bis die erforderlichen Angaben vorliegen.

§ 25

Kirchengemeindebeamte

¹Beschlüsse kirchlicher Körperschaften in Angelegenheiten der Kirchengemeindebeamten bedürfen der Genehmigung der kirchlichen Aufsichtsbehörde. ²Die Beschlüsse sind:

1. die Einweisung in einer Planstelle,
2. die Bewilligung von Zulagen.

³Genehmigungsvorbehalte aufgrund anderer Vorschriften bleiben unberührt.

§ 26

Kirchenbeamte im unmittelbaren Dienst der Evangelischen Kirche der Union

(1) Für die Kirchenbeamte, die im unmittelbaren Dienst der Evangelischen Kirche der Union stehen, gelten die Bestimmungen dieser Verordnung mit der Maßgabe, daß anstelle der Gliedkirche die Evangelische Kirche der Union und an die Stelle des Konsistoriums (Landeskirchenamts) die Kirchenkanzlei tritt zuständig ist.

(2) Kirchliche Aufsichtsbehörde für die im unmittelbaren Dienst der Evangelischen Kirche der Union stehenden Kirchenbeamten ist die Kirchenkanzlei.

§ 27**Ausführungs- und Durchführungsbestimmungen**

Zur Ausführung dieser Verordnung erforderliche Rechtsvorschriften erläßt der Rat, die zur Durchführung notwendigen Verwaltungsvorschriften erlassen die Gliedkirchen.

§ 28**Inkrafttreten**

(1) Diese Verordnung tritt für die Evangelische Kirche der Union am 1. April 1993 in Kraft.* Für die Gliedkirchen wird sie vom Rat in Kraft gesetzt, nachdem diese jeweils zugestimmt haben. Mit der jeweiligen Inkraftsetzung treten alle entgegenstehenden Besoldungsvorschriften außer Kraft.

(2) Für Kinder, die vor dem 1. Januar 1991 geboren wurden, bleibt abweichend von § 8 Absatz 4 Nr. 1 die bisherige Regelung in Kraft.

Nr. 6) Veränderte Durchführungsbestimmung zur Vokationsordnung

Pommersche Evangelische Kirche Greifswald, den 13. Juli 1999
Das Konsistorium

D II/2 331-6 - 25/99

Nachstehend veröffentlichen wir die veränderte Durchführungsbestimmung zur Vokationsordnung vom 15. März 1994.

Für das Konsistorium
Almut Klabunde
Konsistorialrätin

Durchführungsbestimmung zur Vokationsordnung vom 5. März 1994 vom 1. August 1999

Zur Durchführung der gemeinsamen Vokationsordnung der Evangelisch-Lutherischen Landeskirche Mecklenburgs und der Pommerschen Evangelischen Kirche vom 5. März 1994 hat das Konsistorium der Pommerschen Evangelischen Kirche gemäß § 8 Abs. 1 der Vokationsordnung folgende Regelungen beschlossen:

§ 1

Die Vokation gemäß § 2 Absatz 2 Buchstabe c kann nur erfolgen, wenn die Schulaufsichtsbehörde nicht widerspricht.

§ 2

(zur § 3 Absatz 1 der Vokationsordnung)

(1) Die Vokation erfolgt auf Vorschlag des zuständigen Referats des Konsistoriums. Die Vokation wird zu dem in der Urkunde bezeichneten Zeitpunkt, jedoch frühestens mit der Aushändigung der Ur-

kunde wirksam. Der Entscheidung soll die Teilnahme des Antragstellers an einer Vokationstagung vorausgehen.

(zu § 3 Absatz 2 der Vokationsordnung)

(2) Der Antragsteller hat einen schriftlichen Nachweis seiner Kirchenzugehörigkeit vorzulegen.

(zu § 3 Absatz 3 der Vokationsordnung)

(3) Der Antragsteller hat neben einem schriftlichen Nachweis seiner Kirchenzugehörigkeit eine schriftliche Erklärung darüber beizufügen, daß er den Religionsunterricht in Übereinstimmung mit den Grundsätzen der Landeskirchen erteilen und im Religionsunterricht nicht für Sonderlehren werben wird.

§ 3

(zu § 4 der Vokationsordnung)

Die Pommersche Evangelische Kirche erkennt die Vokation aller Gliedkirchen der Evangelischen Kirche in Deutschland an.

§ 4

(zu § 5 der Vokationsordnung)

(1) Die vorläufige Beauftragung wird durch das zuständige Referat des Konsistoriums der Pommerschen Evangelischen Kirche erteilt.

(2) Die vorläufige Beauftragung kann nach der ersten Staatsprüfung für das Fach Religion, dem erfolgreichen Abschluß entsprechender Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen oder in begründeten Ausnahmefällen auch ohne die vorgenannten Voraussetzungen erteilt werden, wenn die Schulaufsichtsbehörde nicht widerspricht. Die Regelungen des § 2 Absatz 3 dieser Durchführungsbestimmung gelten entsprechend.

(3) Die vorläufige Beauftragung wird in der Regel mit einer Mentoring verbunden.

(4) Die vorläufige Beauftragung endet zu dem in der Beauftragung genannten Zeitpunkt, durch Abbruch oder mit der Unterbrechung der Ausbildung.

(5) Sie kann widerrufen werden, wenn die Voraussetzungen nicht mehr gegeben sind, die zu der Beauftragung führten: insbesondere bei Austritt aus der Kirche.

§ 5

(zu § 6 Absatz 1 der Vokationsordnung)

Zu den Gründen, die zum Widerruf der Vokation führen, gehört insbesondere der Austritt aus der Kirche.

§ 6

(1) Der Widerruf der Vokation oder der vorläufigen Beauftragung erfolgt durch die Stelle, die die Vokation oder die vorläufige Beauftragung erteilt hat. Vom Widerruf ist die Schulaufsichtsbehörde zu unterrichten.

(2) Der Bescheid über den Widerruf hat schriftlich mit Angabe der Gründe zu erfolgen. Der Bescheid ist mit der Belehrung darüber zu versehen, daß innerhalb von sechs Wochen nach Zugang des Bescheides Beschwerde eingelegt werden kann.

* Diese Vorschrift bezieht sich auf das Inkrafttreten der Kirchenbeamtenbesoldungsordnung vom 31. März 1993. Das Inkrafttreten der späteren Änderungen ergibt sich aus der jeweiligen Änderungsregelung.

(3) Über Beschwerden gegen den Widerruf einer vorläufigen Beauftragung entscheidet das Kollegium. Über die Beschwerden gegen den Widerruf einer Vokation entscheidet der Rechtsausschuß der Pommerschen Evangelischen Kirche.

§ 7

Die Durchführungsbestimmung tritt mit dem 1. August 1999 in Kraft.

Greifswald, den 22. Juni 1999

Das Konsistorium

(L.S.)

Harder
Konsistorialpräsident

Nr. 7) Kirchengesetz zur Ordnung der Arbeit mit Kindern und Jugendlichen in der Pommerschen Evangelischen Kirche

Pommersche Evangelische Kirche Greifswald, den 19. Mai 1999
Das Konsistorium

D I/2 337-2 - 8/99

Nachstehend veröffentlichen wir das Kirchengesetz zur Ordnung der Arbeit mit Kindern und Jugendlichen in der Pommerschen Evangelischen Kirche vom 20. März 1999.

Mit diesem Kirchengesetz tritt die Ordnung der Jugendarbeit vom 6. November 1988 außer Kraft.

Für das Konsistorium
Almut Klabunde
Konsistorialrätin

Kirchengesetz zur Ordnung der Arbeit mit Kindern und Jugendlichen in der Pommerschen Evangelischen Kirche

vom 20. März 1999

Präambel

Die Gemeinde Jesu Christi lebt von der Zuwendung, Annahme und Begleitung durch Jesus Christus in Wort und Sakrament. Sie hat als generationsübergreifende Lebens- und Lerngemeinschaft die Aufgabe, diese Zuwendung, Annahme und Begleitung zu verkündigen und erfahrbar zu machen.

An dieser Aufgabe ist die Arbeit mit Kindern und Jugendlichen, mit Eltern und Familien als Lebens- und Wesensäußerung der Kirche beteiligt. In ihr werden die Lebenssituationen und Fragen der Kinder, Jugendlichen und ihrer Familien aufgenommen und auf das Evangelium bezogen und Lebensmöglichkeiten im Horizont des christlichen Glaubens entwickelt und gestaltet.

Die kirchliche Arbeit mit Kindern und Jugendlichen wirkt darauf hin, Kinder, Jugendliche und Familien am Leben und am Auftrag der Gemeinde zu beteiligen und tritt für sie in Kirche und Gesellschaft ein.

§ 1

Träger der Kinder- und Jugendarbeit

(1) Träger der Arbeit mit Kindern und Jugendlichen sind:

a) die Kirchengemeinden, die Kirchengemeindeverbände und die Kirchenkreise,

b) die Landeskirche durch das Amt für die Arbeit mit Kindern und Jugendlichen,

(2) Träger der Arbeit mit Kindern und Jugendlichen sind auch:

Verbände, Vereine, Stiftungen, Dienste und Werke, soweit sie die Arbeit mit Kindern und Jugendlichen im Sinne kirchlicher Ordnungen ausüben.

(3) Die Träger der Arbeit mit Kindern und Jugendlichen der Pommerschen Evangelischen Kirche sind anerkannte Träger der freien Jugendhilfe nach SGB VIII § 75 (3) und nach Artikel 21 des Vertrages zwischen dem Land Mecklenburg - Vorpommern und der Evangelisch-Lutherischen Landeskirche Mecklenburgs und der Pommerschen Evangelischen Kirche vom 20. Januar 1994.

§ 2

Arbeit mit Kindern und Jugendlichen in den Kirchengemeinden

(1) Bildungsarbeit, kontinuierliche Begleitung und Unterweisung der Kinder und Jugendlichen sowie die Begleitung der Eltern und Familien gehört zu den Aufgaben der Kirchengemeinden und geschieht in verschiedenen Formen.

(2) Der Gemeindekirchenrat erstellt gemäß § 2 Absatz 1 eine Konzeption, die auch personelle und sachliche Voraussetzungen der Arbeit enthält, und sorgt für deren Realisierung.

(3) Zur Wahrnehmung und Begleitung der Arbeit mit Kindern und Jugendlichen kann der Gemeindekirchenrat gemäß Artikel 70 der Kirchenordnung der Pommerschen Evangelischen Kirche einen besonderen Ausschuß bilden.

(4) Die Arbeit mit Kindern und Jugendlichen soll mit den Angeboten im Bereich des Kirchenkreises abgestimmt werden.

§ 3

Arbeit mit Kindern und Jugendlichen im Kirchenkreis

(1) Durch den Kirchenkreis wird eine Arbeitsstelle für die Arbeit mit Kindern und Jugendlichen eingerichtet. Sie koordiniert, begleitet und unterstützt die Arbeit mit Kindern und Jugendlichen und deren Eltern und Familien in den Kirchengemeinden und im Kirchenkreis.

(2) Die Arbeitsstelle nimmt die Fachberatung und Fachaufsicht über die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Arbeit mit Kindern und Jugendlichen in den Kirchengemeinden wahr.

(3) Die Arbeitsstelle für die Arbeit mit Kindern und Jugendlichen arbeitet mit dem Amt für die Arbeit mit Kindern und Jugendlichen der Landeskirche zusammen. Sie hält Kontakt zu anderen Trägern der Kinder- und Jugendhilfe.

(4) Die Kreissynode kann einen Ausschuß für die Arbeit mit Kindern und Jugendlichen bilden. Er berät den Kreiskirchenrat und schlägt eine Konzeption für die Arbeit mit Kindern und Jugendlichen im Kirchenkreis einschließlich der damit verbundenen personellen, strukturellen und finanziellen Konsequenzen vor.

(5) Näheres über die Arbeitsstelle und den von der Kreissynode zu bildenden Ausschuß regeln die Ausführungsbestimmungen.

§ 4

Arbeit mit Kindern und Jugendlichen der Landeskirche

(1) Für die Arbeit mit Kindern und Jugendlichen in der Landeskirche wird das Amt für die Arbeit mit Kindern und Jugendlichen eingerichtet.

(2) Das Amt für die Arbeit mit Kindern und Jugendlichen ist ein Werk der Landeskirche nach Artikel 149 der Kirchenordnung der Pommerschen Evangelischen Kirche.

(3) Das Amt für die Arbeit mit Kindern und Jugendlichen in der Landeskirche ist verantwortlich für Begleitung, Anregung und Förderung der kirchlichen Kinder- und Jugendarbeit auf landeskirchlicher Ebene. Dies geschieht in enger Zusammenarbeit mit den Arbeitsstellen der Kirchenkreise.

Es führt in enger Kooperation mit dem Amt für die Arbeit mit Kindern und Jugendlichen in der Evangelisch-Lutherischen Landeskirche Mecklenburgs und anderen Trägern der freien Jugendhilfe selbst Veranstaltungen für Kinder und Jugendliche im gesamten Bereich der Landeskirche und im Bundesland durch.

(4) Es vertritt - soweit nicht anders geregelt - die Arbeit mit Kindern und Jugendlichen in Kirche und Gesellschaft, insbesondere gegenüber den Trägern der Arbeit mit Kindern und Jugendlichen, bei den Jugendbehörden des Landes, der Verbandsarbeit auf Landes- und Bundesebene und bei sonstigen politischen und staatlichen Organisationen und Verbänden.

(5) Das Amt wirkt mit bei der Gewinnung, Beratung, Begleitung und Fort- und Weiterbildung von haupt-, neben- und ehrenamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Arbeit mit Kindern und Jugendlichen.

(6) Das Amt für die Arbeit mit Kindern und Jugendlichen nimmt die Fachberatung und Fachaufsicht über die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Arbeitsstellen für die Arbeit mit Kindern und Jugendlichen der Kirchenkreise wahr.

(7) Das Amt für die Arbeit mit Kindern und Jugendlichen gibt der Landessynode jährlich einen Bericht über seine Tätigkeit.

(8) Die Landessynode kann einen Ausschuß für die Arbeit mit Kindern und Jugendlichen bilden. Bei der Zusammensetzung sind Jugendliche mit einzubeziehen. Der Ausschuß berät das Konsistorium, die Kirchenleitung und die Landessynode. Er erarbeitet Grundlinien für die Arbeit mit Kindern und Jugendlichen insbesondere unter theologischen, pädagogischen und sozialpolitischen Aspekten. Er schlägt mittel- und langfristige Schwerpunkte vor einschließlich der damit verbundenen personellen, strukturellen und finanziellen Konsequenzen.

(9) Näheres über das Amt für die Arbeit mit Kindern und Jugendlichen wird durch Ausführungsbestimmungen geregelt.

§ 5

Die Arbeit mit Kindern und Jugendlichen in Verbänden, Vereinen, Stiftungen, Diensten und Werken

(1) Die Arbeit mit Kindern und Jugendlichen in Verbänden, Vereinen, Stiftungen, Diensten und Werken geschieht in deren eigener Zuständigkeit und Vertretung.

Die Interessenvertretung der Kindertagesstätten in Trägerschaft von Kirchengemeinden geschieht durch den Fachausschuß des Diakonischen Werkes.

(2) Näheres regeln die Ausführungsbestimmungen.

Schlußbestimmungen

§ 6

Ausführungsbestimmungen zu dieser Ordnung beschließt die Kirchenleitung im Einvernehmen mit dem für die Arbeit mit Kindern und Jugendlichen zuständigen Synodalausschuß und nach Anhörung der Kirchenkreise.

§ 7

(1) Diese Ordnung tritt am 21. März 1999 in Kraft.

(2) Gleichzeitig tritt die Ordnung der Jugendarbeit vom 6. November 1988 außer Kraft.

Greifswald, den 20. März 1999

Elke König (L.S.)

Präses

Nr. 8) Vertrag zur Änderung des „Vertrages über die Bildung eines gemeinsamen Verwaltungsgerichts“

Pommersche Evangelische Kirche Greifswald, den 2. Juli 1999
Das Konsistorium
D II/2 125-4 - 11/99

Die Pommersche Evangelische Kirche, die Evangelische Kirche der schlesischen Oberlausitz und die Evangelische Kirche der Union haben zum 1. Juli 1997 ein gemeinsames Verwaltungsgericht gebildet. Der abgeschlossene Vertrag wurde im Amtsblatt Nr. 7/8 1997 veröffentlicht.

Mit Wirkung vom 1. Mai 1999 ist die Evangelische Landeskirche Anhalts diesem Vertrag beigetreten.

Nachstehend veröffentlichen wir dazu den Vertrag zur Änderung des „Vertrages über die Bildung eines gemeinsamen Verwaltungsgerichts vom 23. Juni / 10. und 18. Juli 1997“.

Harder
Konsistorialpräsident

Die **Evangelische Landeskirche Anhalts**,
die **Pommersche Evangelische Kirche**,
die **Evangelische Kirche der schlesischen Oberlausitz**
und
die **Evangelische Kirche der Union**
schließen den folgenden

Vertrag zur Änderung des „Vertrages über die Bildung eines gemeinsamen Verwaltungsgerichts vom 23. Juni / 10. und 18. Juli 1997“

§ 1

Im Kopf und in § 1 Absatz 1 wird die Evangelische Landeskirche Anhalts als vertragsschließende Kirche eingefügt.

§ 2

(1) Dieser Vertrag tritt am 1. Mai 1999 in Kraft. Er wird in vier Exemplaren ausgefertigt. Jede vertragschließende Kirche erhält ein Exemplar.

(2) Die Kirchenkanzlei wird ermächtigt, den „Vertrag über die Bildung eines gemeinsamen Verwaltungsgerichts“ in der sich durch diesen Vertrag ergebenden Fassung bekannt zu machen.

Für die **Evangelische Kirche Anhalts:**

Dessau, den 18. Mai 1999 (L.S.) Philipps

Für die **Pommersche Evangelische Kirche:**

Greifswald, den 26. Mai 1999 (L.S.) Harder

Für die **Evangelische Kirche der schlesischen Oberlausitz:**

Görlitz, den 14. Juni 1999 (L.S.) Kempgen

Für die **Evangelische Kirche der Union:**

Berlin, den 21. Juni 1999 (L.S.) Hüffmeier

B. Hinweise auf staatliche Gesetze und Verordnungen

C. Personalmeldungen

Berufen:

Pfarrer Johannes **Lehnert** mit Wirkung vom 1. Februar 1999 in die Pfarrstelle Damgarten, Kirchenkreis Stralsund.

Pfarrer Sebastian **Sundhausen** mit Wirkung vom 1. Februar 1999 in die Pfarrstelle Jarmen II, Kirchenkreis Demmin.

Pfarrer Michael **Mahlburg** mit Wirkung vom 1. März 1999 in die Pfarrstelle Eixen, Kirchenkreis Stralsund.

D. Freie Stellen

Der **Kirchenkreis Stralsund**, einer der vier Kirchenkreise in der Pommerschen Ev. Kirche, sucht baldmöglichst eine/n Superintendentin/en. Dienstsitz ist Stralsund. Der/die Superintendent/in bekleidet ein Pfarramt. Sie/Er wird auf Vorschlag eines Ausschusses von der Kreissynode gewählt und von der Kirchenleitung berufen. Es sollen nur Pfarrer/innen berufen werden, die sich im Dienst bewährt haben und mindestens zehn Jahre seit der Ordination im Amt stehen.

Bewerbungen sind zu richten an:

Konsistorium der Pommerschen Ev. Kirche, Bahnhofstraße 35/36, 17489 Greifswald.

Auskünfte erteilt Herr Bischof Berger, Bahnhofsstraße 35/36, 17489 Greifswald, Tel. (0 38 34) 55 47 10.

Die Bewerbungsfrist endet am 6. September 1999 (Datum des Posteingangs).

Die **Pfarrstelle Benz auf Usedom** (100 %) wird zum 1. Januar 2000 durch Vorruhestand des derzeitigen Pfarrstelleninhabers frei. Die Besetzung erfolgt durch das Konsistorium.

Der Gemeindegemeinderat würde sich über einen jungen Pastor/eine junge Pastorin freuen, der/die bereit ist, auf die bei uns lebenden Menschen (1 600) Einwohner in neun kleinen Dörfern, davon ca. 1000 kirchenzugehörig) zuzugehen, mit uns auf dem Land zu leben und zu arbeiten und dabei das Evangelium von Jesus Christus glaubwürdig vertritt.

Er/sie sollte ein besonderes Interesse an Kinder- und Jugendarbeit haben (Kindergarten in Trägerschaft der Kirchengemeinde, Jugend-Freizeit-Scheune auf dem Pfarrhof, umfangreiche Christenlehrearbeit) und aufgeschlossen für die Begegnung mit Urlaubern und Gästen sein.

Bewerbungen sind an das Konsistorium der Pommerschen Ev. Kirche, Bahnhofstraße 35/36, 17489 Greifswald zu richten.

Auskünfte erteilt die stellvertretende Vorsitzende des Gemeindegemeinderates, Frau Anrut Schumacher, Wilh.-Böckler-Str. 5, 17429 Benz, Tel.: (03 83 79) 2 03 09.

Ablauf der Bewerbungsfrist: 17. September 1999.

Die Pfarrstelle der **Kirchengemeinde Richtenberg** ist im Umfang von 75 % wiederzubesetzen. Richtenberg liegt 20 km landeinwärts von Stralsund. Wir wünschen uns eine/n Pfarrer/in, der/die bereit ist, mit uns zu leben und in Richtenberg und in sechs Ortschaften das Gemeindeleben aktiv zu gestalten.

Der Gemeindegemeinderat sieht besondere Schwerpunkte in der

- Kinder-, Konfirmanden- und Jugendarbeit,
- Seelsorge und
- im Besuchsdienst, der gemeinsam wahrgenommen wird.

Der Gemeindegemeinderat wird sie/ihn aktiv bei den vielfältigen pfarramtlichen Aufgaben unterstützen.

Zur Kirchengemeinde gehören 542 Gemeindeglieder bei einer Predigtstelle. Eine geräumige Pfarrwohnung (4 Zimmer, Küche, Bad) kann voraussichtlich Ende Oktober 1999 bezogen werden.

Das Pfarrhaus liegt in landschaftlich besonders schöner Umgebung und bei der Kirche oberhalb des Marktplatzes. Die Stadtpfarrkirche ist das älteste urkundlich erwähnte Gotteshaus auf dem Rügenschen Festland. Grund- und Hauptschule befinden sich am Ort, Realschule und Gymnasium im 4 km entfernten Franzburg.

Die Besetzung erfolgt durch Gemeindegewahl.

Bewerbungen sind an das Konsistorium der Pommerschen Ev. Kirche, Bahnhofstraße 35/36, 17489 Greifswald zu richten.

Weitere Auskünfte erteilen Herr Dr. Fiedler, Küsterstraße 7a, 18461 Richtenberg (Tel. privat: (03 83 22) 2 96, dienstlich: (03 83 26) 5 95 06) und Pfarrer Klaus Piehl, Schulstraße 10, 18510 Elmenhorst (Tel. 803 83 27) 2 59).

Ablauf der Bewerbungsfrist: 12. September 1999.

Die Evangelische **Kirchengemeinde Torgelow** sucht zum 1. Oktober 1999 bzw. zum nächstmöglichen Termin eine/einen

B-Kirchenmusiker/in (80 %)

Ihr Aufgabenbereich umfaßt:

- Organistendienst bei Gottesdiensten und Amtshandlungen
- Leitung des Kirchenchores und des Bläserkreises
- musikalische Mitarbeit in der Kinderkirche (früher Christenlehre)
- Leitung eines Jugend-Gospelchores
- Unterstützung des kirchlichen Kindergartens in musikalischer Hinsicht
- Durchführung und Organisation von Konzerten

Wir wünschen uns:

- Freude an der musikalischen Arbeit mit Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen,
- gute Zusammenarbeit mit Mitarbeitenden vor Ort und in der Region.
- Aufgeschlossenheit für angemessenen Umgang mit neuem geistlichem Liedgut und
- organisatorische Fähigkeiten.

Kirchenmusikalische Kompetenz setzen wir voraus.

Torgelow ist eine „Kleinstadt im Aufbruch“ im Osten Vorpommerns mit ca. 12.000 Einwohnern. Grund-, Haupt- und Realschule sowie Gymnasium und Musikschule sind vor Ort.

Zur Gemeinde zählen etwa 1.500 Gemeindeglieder, darunter viele Aussiedler. Unsere Kirche (110 Jahre alt) hat einen freundlichen hellen Innenraum und eine gute Akustik. Eine Memel-Orgel von 1890 mit zwei Manualen und 14 Registern in der Kirche, ein Positiv im Martin-Luther-Haus und ein elektronisches Klavier im Gemeinderaum stehen für Gottesdienste und für die Probenarbeit zur Verfügung.

Die Vergütung erfolgt nach KVO.

Bei der Wohnungssuche sind wir selbstverständlich behilflich.

Bewerbungen mit den üblichen Unterlagen werden bis zum 15. September 1999 an Gemeindeglieder, z.Hd. Pfarrer Frank Sattler, Wilhelmstraße 23, 17358 Torgelow erbeten.

Auskünfte erteilen: Pfarrehepaar Sattler, Tel. (0 39 76) 20 25 49 und Kreiskirchenmusikwart A. Lehnert, Tel. (03 97 71) 2 34 63.

Die **Pfarrstelle des Kirchenkreises Stormarn** für Seelsorge in den staatlichen Pflegeheimen Jenfeld (Holstenhof) und Wandsbek (Marienthal) wird vakant und ist zum 1. August 1999 mit einer Pastorin oder einem Pastor oder einem Pastorenehepaar in einem jeweils eingeschränkten Dienstverhältnis zu besetzen. Denkbar ist auch die Besetzung mit zwei Pastorinnen oder Pastoren in jeweils eingeschränkten Dienstverhältnissen.

Der derzeitige Stelleninhaber geht zu diesem Zeitpunkt in den Ruhestand. Die Besetzung erfolgt durch Berufung des Kirchenkreisvorstandes für die Zeit von zehn Jahren.

Die Pfarrstelle ist auf Kirchenkreisebene angesiedelt und wird der Ortsgemeinde „Der gute Hirte“/Jenfeld im Bezirk Wandsbek-Rahlstedt im Kirchenkreis Stormarn, in deren Bereich das größere der beiden Heime liegt, zugeordnet.

Die Nähe zur Ortsgemeinde, zum dortigen Kirchenvorstand und zu dem dortigen Kollegen schafft die Voraussetzung für eine intensive wechselseitige Zusammenarbeit zwischen Heimgemeinde und Ortsgemeinde. In den beiden Heimen leben zusammen etwa 800 Menschen, davon im Holstenhof, mit einer Außenstelle für Alkoholranke, etwa 450, in Marienthal etwa 350.

Das Aufgabenfeld umfaßt die seelsorgerlichen und gottesdienstlichen Angebote für die Bewohnerinnen und Bewohner, ihre Angehörigen und die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Heime. Dazu gehören auch die Begleitung Sterbender - einschließlich Beerdigung - und die Begleitung Trauernder.

Es ist wünschenswert, daß Bewerberinnen und Bewerber mit Berufserfahrung eine Ausbildung in klinischer Seelsorge durchlaufen haben oder eine andere entsprechende Seelsorgeausbildung mitbringen. Bereitschaft zur regelmäßigen Supervision wird vorausgesetzt. Außerdem wird die Fähigkeit zur Kooperation mit der Heimleitung, der Leitung von „Pflegen und Wohnen“ und den übrigen Pflegeheimseelsorgerinnen und -seelsorgern der Stadt erwartet, ebenso die Offenheit für den Aufbau und die Begleitung einer ehrenamtlichen Seelsorgearbeit.

Bewerbungen mit ausführlichem, handgeschriebenem Lebenslauf sind über das Konsistorium der Pommerschen Evangelischen Kirche, Bahnhofstraße 35/36, 17489 Greifswald zu richten an den Kirchenkreisvorstand des Kirchenkreises Stormarn, Rockendorf 1, 22359 Hamburg.

Weitere Unterlagen sind auf Anforderung einzureichen. Auskünfte erteilt Pröpstin Grohs, Tel. (0 40) 60 31 43 26.

Ablauf der Bewerbungsfrist: 29. Juni 1999.

In der **Martin-Luther-Kirchengemeinde Iserbrook im Kirchenkreis Blankenese** ist die 2. Pfarrstelle vakant zum 1. November 1999 mit einer Pastorin oder einem Pastor in einem eingeschränkten Dienstverhältnis (50 %) zu besetzen. Die Besetzung erfolgt durch bischöfliche Ernennung.

Die Kirchengemeinde Iserbrook liegt im Westen Hamburgs, hat ca. 5200 Gemeindeglieder, eine Kirche und zwei Gemeindezentren. Für die zweite Pfarrstelle steht eine Pastorat zur Verfügung.

Die Gemeinde hat eine sehr offene, die Selbständigkeit und Eigenaktivität fördernde Atmosphäre. Das rege Gruppenleben wird von vielen Ehrenamtlichen mitgetragen. Wir erwarten eine vertrauensvolle Zusammenarbeit im Kreis von 12 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern und Freude an der Gestaltung der Gottesdienste.

Die Gemeinde hat eine gemischte Bevölkerungsstruktur mit z.T. sozial schwachen Familien, aber auch einem großen Anteil an Einzelhausbebauung. Wir wünschen uns eine Pastorin oder einen Pastor, die/der sich auf die Menschen in Iserbrook einläßt. Ihr/ihm stehen ein aufgeschlossener und engagierter Kirchenvorstand zur Seite.

Bewerbungen mit ausführlichem, handgeschriebenem Lebenslauf sind über das Konsistorium der Pommerschen Evangelischen Kirche, Bahnhofstraße 35/36, 17489 Greifswald zu richten an die Frau Bischöfin für den Sprengel Hamburg über die Frau Pröpstin des Kirchenkreises Blankenese, Postfach 55 05 44, 22565 Hamburg.

Weitere Unterlagen sind auf Anforderung einzureichen. Auskünfte erteilen der Vorsitzende des Kirchenvorstandes, Herr Thomas Beckmann, Tel. (0 40) 8 70 34 20, Frau Pastorin Angela Heine, Tel. (0 40) 8 70 65 25 sowie Frau Pröpstin Malve Lehmann-Stäcker, Tel. (0 40) 86 12 76.

Ablauf der Bewerbungsfrist: 13. Juli 1999.

In der **Kirchengemeinde Bergstedt im Kirchenkreis Stormarn** - Bezirk Bramfeld-Volksdorf - wird die 2. Pfarrstelle vakant und ist zum 1. November 1999 mit einem Pastor oder einer Pastorin zu besetzen. Die Besetzung erfolgt durch bischöfliche Ernennung.

Wir suchen eine Pastorin/einen Pastor, die/der

- den Gottesdienst in der traditionellen Form liebt und lebt, aber zugleich offen ist für neue Formen,
- Lust an der Bibel wie am gesellschaftspolitischen Engagement hat,
- mit dem Kollegen (55 Jahre), dem lebendigen Kirchenvorstand und der regen Mitarbeitergruppe denkt, plant und handelt und Gemeinschaft lebt,
- den eigenen Begabungen und Neigungen entsprechend Akzente setzt und die Aktivitäten anderer ermutigt und mitträgt,
- gern Konfirmandenunterricht erteilt und mit den zahlreichen Jugendgruppenleitern zusammenarbeitet,
- den Besuch bei Alten der Gemeinde pflegt und das Gespräch mit den jungen Familien sucht und führt,
- mit Freude zahlreiche Taufen und Trauungen durchführt,
- die/der Bestehendes bewahrt und neue Impulse gibt ...

zumindest eine Pastorin/einen Pastor, die/der möglichst viel davon verwirklichen möchte!

Bergstedt ist eine Gemeinde am nordöstlichen Stadtrand Hamburgs, in der etwa 8000 Menschen (ca. 4000 Gemeindeglieder) wohnen um einen alten Dorfkern herum mit seiner über 800jährigen Kirche. Zu den Eingewessenen haben sich in den 30er, 40er und 60er Jahren Menschen in Einzelhäusern und mehreren Genossenschaftssiedlungen gesellt. Sie geben der Gemeinde ein bürgerliches Gepräge. Bergstedt ist Zuzugsgebiet, in den kommenden Jahren werden einige Siedlungsvorhaben realisiert.

Unter alten Linden liegen die Kirche, ein kleineres Gemeindezentrum und die beiden Pastorate, der Friedhof schräg gegenüber. Die Kirchengemeinde unterhält einen Kindergarten mit 1,5 Gruppen.

Eine kleine Zahl von hauptamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern wird unterstützt durch eine ungewöhnlich große Zahl von Ehrenamtlichen. Schwerpunkte in über 40 Gruppen sind das rege kirchenmusikalische Leben, Kindergottesdienstgruppe, ehrenamtliche Jugendarbeit unter Betreuung eines Diakons (gemeindeübergreifend), Konfirmandenreiseteam, Altengruppen sowie die Betreuung von Alten und Pflegebedürftigen durch einen diakonischen Kreis und z.Z. drei Zivis.

Bewerbungen mit ausführlichem, handgeschriebenem Lebenslauf sind über das Konsistorium der Pommerschen Evangelischen Kirche, Bahnhofstraße 35/36, 17489 Greifswald zu richten an die Bischöfin für den Sprengel Hamburg über den Propst des Kirchenkreises Stormarn - Bezirk Bramfeld-Volksdorf - Rockenhof 1, 22359 Hamburg.

Weitere Unterlagen sind auf Anforderung einzureichen. Auskünfte erteilen der Vorsitzende des Kirchenvorstandes, Herr Pastor Wolfgang Wunnenberg, Bergstedter Kirchenstraße 7, 22395 Hamburg, Tel. (0 40) 6 04 92 93 (Büro: 6 04 91 56) und der stellvertretende Vorsitzende, Herr Volker Wendt, Tel. (0 40) 6 04 92 88 sowie der Vorsitzende des Kirchenkreisvorstandes, Propst Helmer-Chr. Lehmann, Tel. (0 40) 60 31 43 43.

Ablauf der Bewerbungsfrist: 13. Juli 1999

Die Pfarrstelle in der **Kirchengemeinde Warlin** wird gemäß § 4 Abs. 2 des Pfarrstellenübertragungsgesetzes (Kirchl. Amtsblatt 1997 S. 61) zur Wiederbesetzung durch Wahl des Kirchgemeinderates ausgeschrieben. Der Dienstumfang in der Kirchengemeinde beträgt 50 % und kann verbunden werden mit einer 50 %-Anstellung in der Seelsorge im Strafvollzug Neubrandenburg.

Bewerbungen sind über das Konsistorium der Pommerschen Ev. Kirche, Bahnhofstraße 35/36, 17489 Greifswald an den Oberkirchenrat, Postfach 11 10 63, 19010 Schwerin zu richten.

Ablauf der Bewerbungsfrist: 15. Juli 1999

In der **Versöhnungs-Gemeinde zu Hamburg-Eilbek im Kirchenkreis Alt-Hamburg** - Bezirk Süd-Ost ist die 2. Pfarrstelle vakant und zum 1. Januar 2000 mit einem Pastor oder einer Pastorin zu besetzen. Die Besetzung erfolgt durch die Wahl des Kirchenvorstandes.

Die Versöhnungskirche hat etwa 3.400 Gemeindeglieder und liegt in einem reinen Wohngebiet östlich der Außenalster. Wir sind eine aktive Gemeinde, die sich seit ihrer Gründung vor 75 Jahren auf den missionarischen Gemeindeaufbau konzentriert.

Wir haben eine große Zahl von ehrenamtlichen Engagierten, die mit den hauptamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern vertrauensvoll zusammenarbeiten und selbständig wichtige Aufgaben in der Gemeinde wahrnehmen. Schwerpunkte unserer Arbeit sind bisher die verschiedenen Gottesdienste, die Altenarbeit, die Kinder- und Familienarbeit, Hauskreise sowie Glaubens- bzw. Alphakurse.

Darüber hinaus besteht guter Kontakt zu den beiden Eilbeker Nachbargemeinden, der über die bisherige Kooperation im Bereich der Kirchenmusik und des gemeinsamen Gemeindebriefs hinaus vertieft werden soll.

Von der neuen Pastorin/ dem neuen Pastor wünschen wir uns:

- christuszentrierte Verkündigung,
- ein Herz für missionarische Arbeit und Erfahrungen in der Umsetzung,
- die Fähigkeit und den Willen zum Brückenbauen, d.h. das Alte zu bewahren und das Neue zu wagen,
- Leitungskompetenz und Teamfähigkeit.

Neben unserer Kirche stehen eine Vielzahl von gemeindeeigenen Räumen zur Verfügung. Das renovierte Pfarrhaus ist ein neben der Kirche liegendes Gebäude mit viel persönlicher Atmosphäre und einem ruhigen Garten direkt am Eilbeker Kanal. Alle Schulen, öffentliche Verkehrsmittel und Einkaufsmöglichkeiten sind leicht erreichbar.

Bewerbungen mit ausführlichem handgeschriebenen Lebenslauf sind über das Konsistorium der Pommerschen Evangelischen Kirche, Bahnhofstraße 35/36, 17489 Greifswald zu richten an den Herrn Propst des Kirchenkreises Alt-Hamburg -Bezirk Süd/Ost -, Neue Burg 1, Postfach 11 12 33, 20412 Hamburg.

Weitere Unterlagen sind auf Anforderung einzureichen. Auskünfte erteilen die Vorsitzende des Kirchenvorstandes, Frau Monika Nehl, Tel. (0 40) 20 89 69 und Propst Karl Günther Petters, Tel. (0 40) 36 89 - 2 72/3.

Ablauf der Bewerbungsfrist: 12. August 1999.

In der **Oster-Kirchengemeinde Altona im Kirchenkreis Altona** ist die 1. Pfarrstelle zum 1. Oktober 1999 mit einem Pastor oder einer Pastorin oder einem Pastoren-Ehepaar mit jeweils eingeschränktem Dienstverhältnis - 50 % - zu besetzen. Die Besetzung erfolgt durch bischöfliche Ernennung. Die 2. Pfarrstelle ist auf Dauer unbesetzt.

Die Oster-Kirchengemeinde ist eine untypische Innenstadtgemeinde unweit des Altonaer Bahnhofs. Von den ca. 9.000 Bewohnern des Viertels gehören knapp 2.000 zur Gemeinde. Ungefähr 35 % der Bewohner sind nicht deutscher Herkunft; ca. 75 % sind entweder moslimisch oder gehören keiner größeren Religionsgemeinschaft an. So stellen die Bewohner eine bunte Mischung in religiös-kultureller und sozialer Hinsicht dar. Charakteristisch für unseren Stadtteil sind viele Initiativen und Selbsthilfegruppen.

Die Gemeindegarbeit ist stadtteilbezogen. Das Gemeindehaus ist offen für alle Bewohner und Gruppen, die im Stadtteil leben. Zu unserer Gemeinde gehört ein Kindertagesheim mit 72 Plätzen, in dem viele nicht-deutsche Kinder aufgenommen sind. Unsere Gemeinde ist aktiv in der Flüchtlingsarbeit.

Wir suchen eine Pastorin oder einen Pastor, die/der bereit ist, gemeinsam mit engagierten Mitarbeitern und einem ebensolchen Kirchenvorstand die Aufgaben der Gemeinde fortzuführen und neue Wege im gemeindlichen Selbstverständnis und für die Arbeit zu gehen. Wir suchen einen herzlichen Menschen, der Lust hat, sich unterschiedlichsten Menschen zuzuwenden und geistliche Arbeit mit sozialem Engagement zu verbinden. Kenntnisse und Erfahrungen in der Gemeindeleitung sind erforderlich.

Bewerbungen mit ausführlichem handgeschriebenen Lebenslauf sind über das Konsistorium der Pommerschen Evangelischen Kirche, Bahnhofstraße 35/36, 17489 Greifswald zu richten an die Frau Bischöfin für den Sprengel Hamburg über den Herrn Propst des Kirchenkreises Altona, Eggersallee 3, 22763 Hamburg.

Weitere Unterlagen sind auf Anforderung einzureichen. Auskünfte erteilen die Vorsitzende des Kirchenvorstandes, Frau Hörnicke, Tel. (0 40) 39 67 04 und Propst Dr. Gorski, Tel. (0 40) 30 69 72-22.

Anlauf der Bewerbungsfrist: 12. August 1999.

In der **St. Martins-Kirchengemeinde zu Tellingstedt im Kirchenkreis Norderdithmarschen** ist die 1. Pfarrstelle vakant und umgehend mit einem Pastor oder einer Pastorin zu besetzen. Die Besetzung erfolgt durch bischöfliche Ernennung.

Die Gemeinde umfaßt ca. 4.800 Gemeindeglieder und hat zwei Pfarrstellen. Zum Bezirk der 1. Pfarrstelle gehören neben einem Teil von Tellingstedt die Orte Dellstedt, Süderdorf und Wrohm.

In Tellingstedt hat die Gemeinde eine schöne Feldsteinkirche aus dem 12. Jahrhundert, Kindergarten und Gemeindehaus sowie einen kirchlich getragenen Friedhof. In Wrohm gibt es eine kleine moderne Kirche mit Gemeinderaum und einen ev. Kindergarten, in Dellstedt ebenfalls einen kirchlichen Kindergarten.

Zu den Aufgabenfeldern der Gemeinde gehören Gottesdienste in unterschiedlicher Form, Amtshandlungen, Konfirmandenunterricht, Kinder-, Kindergarten-, Senioren-, Gesprächsgruppen-, Frauen- und Öffentlichkeitsarbeit.

Die Kirchengemeinde befindet sich zur Zeit in einem Gemeindeentwicklungsprojekt und erwartet, daß der neue Pastor bzw. die neue Pastorin sich in diesen Prozeß und die Umsetzung seiner Ergebnisse einbringt. Weiter braucht der Pastor bzw. die Pastorin die Bereitschaft, sich auf das Leben und die Fragestellungen dörflicher Gemeinschaft einzulassen. Sie oder er sollte Freude an volkskirchlicher Arbeit haben und die Fähigkeit zu kollegialer Zusammenarbeit mitbringen.

Ein familiengerechtes Pastorat in ruhiger Lage steht in Tellingstedt zur Verfügung. Am Ort gibt es alle wichtigen Einkaufsmöglichkeiten, Grund-, Haupt- und Realschule, in der Kreisstadt Heide (14 km entfernt) zwei Gymnasien.

Bewerbungen mit ausführlichem, handgeschriebenen Lebenslauf sind über das Konsistorium der Pommerschen Ev. Kirche, Bahnhofstraße 35/36, 17489 Greifswald, zu richten an den Herrn Bischof für den Sprengel Schleswig, Dr. Hans Christian Knuth, Plessenstr. 5 a, über den Herrn Propst Jörn Engler, Markt 27, 25746 Heide.

Weitere Unterlagen sind auf Anforderung einzureichen. Auskünfte erteilen der Vorsitzende des Kirchenvorstandes, Herr Hartmut Meier, Tellingstedter Str. 27, 25782 Westerborstel, Tel. (0 48 38) 8 49, die Pastorin Jutta und Jürgen Jessen-Thiesen, Kirchplatz 22, 25782 Tellingstedt, Tel. (0 48 38) 3 72 sowie Propst Engler, Tel. (04 81) 68 91 10.

Ablauf der Bewerbungsfrist: 13. September 1999

Zum baldmöglichen Zeitpunkt ist die Stelle eines Pfarrers oder einer Pfarrerin in der **Circus- und Schaustellerseelsorge der Evangelischen Kirche in Deutschland** zu besetzen.

Der Arbeitsbereich umfaßt die Süddregion mit den Landeskirchen Baden, Bayern, Hessen und Nassau, Kurhessen-Waldeck, Pfalz, Rheinland und Württemberg. Dienstsitz ist Feuchtwangen in Bayern. Dort steht ein Pfarrhaus zur Verfügung.

Die Aufgaben liegen in der seelsorgerlichen Betreuung der Circusangehörigen, Schausteller und Schaustellerinnen auf ihren Reisen, bei Gastspielen in den Städten, auf Volksfesten usw. Der Schwerpunkt liegt in der Durchführung von Gottesdiensten, Amtshandlungen und in der Einzel- und Familienseelsorge.

Mit diesem Auftrag ist verbunden die Leitung der Geschäftsstelle der Circus- und Schaustellerseelsorge und die Vertretung der Circus- und Schaustellerseelsorge der EKD insgesamt nach außen. Mit den

Seelsorgern der Nord- und Ostregion ist eng zusammenzuarbeiten. Weiterhin ist das Schulprojekt für Cirkuskinder, das in Verbindung mit der Ev. Kirche im Rheinland durchgeführt wird, für einen Übergangszeitraum zu begleiten.

Persönliche Voraussetzungen sind neben allgemeiner Berufserfahrung als Pfarrer oder Pfarrerin die Fähigkeit, auf die Lebenssituation der „Gemeinde unterwegs“ einzugehen und die Bereitschaft, selbst unterwegs zu sein.

Die Übertragung der Aufgabe ist zunächst für 5 Jahre vorgesehen. Die Besoldung erfolgt nach den Regelungen der Landeskirche, die für den Dienst der Circus- und Schaustellerseelsorge der EKD freistellt.

Rückfragen sind möglich im Kirchenamt der EKD bei Oberkirchenrätin Petra Fichtmüller bzw. Diakon Günter Vogelsang, Tel. (05 11) 27 96-2 06 bzw. 2 08.

Ihre Bewerbung mit den üblichen Unterlagen erbitten wir bis zum 30. September 1999 an die Evangelische Kirche in Deutschland - Kirchenamt, Herrenhäuser Str. 12, 30419 Hannover.

Das **Evangelisch-Lutherische Missionswerk Leipzig e.V.** sucht eine Pfarrerin/einen Pfarrer zur Leitung des Indien-Referates im Missionswerk zum baldmöglichsten Termin.

Arbeitsschwerpunkte sind:

- Pflege der Arbeitsbeziehungen zur Evangelisch-Lutherischen Tamil-Kirche (Südindien), zu den mit uns verbundenen Theologischen Hochschulen und anderen kirchlichen Organisationen in Indien, fern er zur Evangelisch-Lutherischen Bethlehemsgemeinde in Yangon (Burma);
- Bildungsarbeit und Gemeindedienste im Bereich der Trägerkirchen (Evang.-Luth. Landeskirche Mecklenburgs, Evang.-Luth. Landeskirche Sachsens, Evang.-Luth. Kirche in Thüringen), u.a. Vortragstätigkeit, Gottesdienste, Tagungen, Veranstaltungen und Begleitung von Frauenkreisen, die mit unserem Werk verbunden sind;
- Leitung und Verwaltung des Referates sowie Zusammenarbeit mit fachbezogenen Ämtern und Gremien der Trägerkirchen, Bereitstellung von Arbeitsmaterialien.

Für die Tätigkeit sind erwünscht:

- gute englische Sprachkenntnisse
- Erfahrungen in der Gemeindefarbeit sowie in den Bereichen Ökumene und Entwicklung
- Kreativität und Teamfähigkeit

Die Besoldung erfolgt in Anlehnung an die in der Evang.-Luth. Landeskirche Sachsens geltenden Bestimmungen. Der Dienort ist Leipzig. Bei der Beschaffung einer Wohnung ist das Werk behilflich.

Bewerbungen sind bis zum 31. August 1999 zu richten an: Evang.-Luth. Missionswerk Leipzig e.V., Paul-List-Straße 19, 04103 Leipzig.

Auskünfte erteilt der Direktor Pfarrer Peter Große (Tel. (03 41) 9 94 06 22) oder bei Abwesenheit der stellvertretende Direktor Pfarrer Klaus Poppitz (Tel. (03 41) 9 94 06 40).

Arbeitsbeschreibung Indienreferat/LMW

1. Leitung des Referates

1.1 Referatsbezogene Verwaltungsarbeit (Schriftverkehr, Haushaltsplan und Finanzierungsüberweisungen, Aktenführung, etc.)

- Schriftverkehr mit den überseeischen Partnern:
 - Tamil Evangelical Lutheran Church
 - Gurukul Theol. College/Madras/Chennai
 - Tamil Theologica College, Madurai
 - United Theological College, Bangalore
 - Henry Martyn Institute of Islamic Studies, Hyderabad
 - Kodaikanal International Christian School
 - United Evangelical Lutheran Church in India
 - Inter Church Service Association
 - Lutheran Bethlehem Church Yangon, Burma/Myanmar

- Regelmäßige Abstimmungen mit den Europäischen Partnern:
 - Evangelisch-Luth. Missionswerk Niedersachsen
 - Church of Sweden Mission

1.2 Planung und Durchführung von Auslandsdienstreisen zu den Partnern in Übersee und in Europa (Indien, Burma, Schweden etc.)

1.3 Nacharbeiten, z.B. die sich aus einer Reise ergebende Folgearbeit.

1.4 Planung, Begleitung und Durchführung bei Besuchen überseeischer Gäste aus dem Arbeitsgebiet, u.a.

2. Beratung, Begleitung und Vorbereitung von Indienreisenden (PraktikantInnen, StudentInnen, Studienreisen u.a.) z.B. Vorbereitungsseminare, Nacharbeit.

3. Projektbeschreibungen und Spendeneinwerbung, z.B. Missionsstiftung München etc.

4. Gemeindedienste (ca. 65 % der Arbeitszeit) für: Gruppen und Gemeinden (inkl. Frauenmissionskreise, Regionalkonferenzen), Missionswochen, Aktionskreise, u.a. Auch hier Schriftverkehr, Vor- und Nachbereitungen, z.B. umfassende Vortragstätigkeit bei Seminaren, Urania und Fachtagungen.

5. Planung, Vorbereitung und Teilnahme an eigenen und von anderen veranstalteten Seminaren und Tagungen (inkl. Frauenmission).

6. Beratung, Bereitstellung von Arbeitsmaterialien, inkl. Erstellung und Versand der „Frauenmissionspost“ (ca. 5 Tage x 4 - 20 Arbeitstage).

7. Redaktion und Versand von Rundbriefen, Fürbittenbriefen und Zeitungsartikeln.

8. Planung, Vorbereitung und Durchführung des Basarartages mit der Basararbeitsgruppe.

9. Planung (Kontaktaufnahme und Verhandlungen mit Gemeinden in Leipzig) und Mitverantwortung des Jahresfestes.

10. Organisation und Durchführung der Vortragsreihe „Weltmission heute“ (ca. 10 - 11 x jährlich).

11. Vorbereitung, Mitarbeit und Nachbereitung der „Koje Weltmission“ als Gemeinschaftsaufgabe des EMW.

12. Gremienarbeit

12.1

- Missionsvorstand (2 x monatlich)
- Missionsausschuß (3 - jährlich)
- andere

12.2

- Missionarisch-Ökumenische Konferenz/Evang.-Luth. Landeskirche Mecklenburgs
- Arbeitskreis „Indien“/Goßner Mission
- EEB Sachsen, AK Frauenmissionsarbeit
- Indienreferententreffen, EMW und VELKD
- Kommission „Frauen in der Mission“/EMW

12.3

- European Partners Meeting
- India Committee
- Lutheran Mission Coordination/India

E. Weitere Hinweise

Nr. 9) Theologisches Kolloquium zur 50. Wiederkehr der Gründung des Katechetischen Oberseminars - später Kirchlichen Hochschule Naumburg

Die Kirchenleitung der Evangelischen Kirche der Kirchenprovinz Sachsen lädt anlässlich der 50. Wiederkehr der Gründung des Katechetischen Oberseminars, später Kirchliche Hochschule Naumburg, ein zu einem Theologischen Kolloquium:

Donnerstag, den 16. September 1999 in Naumburg in den Räumen der St. Moritz und St. Othmarsgemeinde.

Kultur und Kirche

- 10.00 Uhr Eröffnung durch den Bischof
- 10.15 Uhr Hauptvortrag Dozent Dr. Ingo Klaer
„Der christliche Beitrag zur Kultivierung des Lebens“
- 12.30 Uhr Mittagessen
- 14.00 Uhr Werstattgespräche in der St. Othmarskirche
- Werkstattgespräch 1
Der Kemberger Altar und seine Neugestaltung
Bildende Kunst als Träger biblischer Botschaft
Frau Dr. Seyderhelm, Magdeburg
- Werkstattgespräch 2
Die Kantaten Bachs „Wachet auf ruft uns die Stimme“ und „Ach wie flüchtig“
Musik als Träger biblischer Botschaft
Herr Dr. Petzold, Leipzig
- Werkstattgespräch 3
Der Gottesdienst in den Medien

Kirche und biblische Botschaft in den Medien (Fernsehen)

Öffentlichkeitsbeauftragter der KPS, Sendebeauftragter der Evangelischen Kirchen beim MDR und Redakteur des MDR

16.00 Uhr

Konzert der Kurende der Kirchlichen Hochschule Naumburg mit Aufführung der Bachkantaten „Wachet auf ruft uns die Stimme“ und „Ach wie flüchtig“ in der St. Moritzkirche

Segenswort

18.00 Uhr

Empfang (Begegnungen, Gespräche)

Anschließend Möglichkeit zu Treffen ehem. Studierender der Hochschule bei eigener Organisation.

Magdeburg, den 3. Juni 1999
P-AE - 3139

Für das Konsistorium
Lippold

Nr. 10) Luther-Akademie e.V. Ratzeburg

Über die Religion Schleimacher und Luther

Einladung und Programm der Herbsttagung 1999 der Luther-Akademie e.V. Ratzeburg von Mittwoch, den 6. Oktober, bis Samstag, den 9. Oktober 1999 (Vorträge im Rokokosaal des Herrenhauses, Domhof)

Mittwoch, den 6. Oktober 1999

10.00 Uhr Gemeinsame Vorstands- und Kuratoriumssitzung der Luther-Akademie e.V. Ratzeburg

nachmittags: Anreise der Teilnehmer

18.30 Uhr Abendbrot im CVJM-Heim, Domhof 36

19.30 Uhr Mitgliederversammlung der Luther-Akademie im CVJM-Heim anschließend Complet im Dom

Donnerstag, den 7. Oktober 1999

ab 7.45 Uhr Morgenkaffee

8.30 Uhr Mette im Dom
Auslegung: Pfarrer Josua von Gottberg (Bückeberg)

9.15 Uhr Prof. Dr. Theodor Jørgensen (Kopenhagen/Dänemark)
Theologie der Religionen.
Überlegungen an Hand von Schleiermachers 5. Rede über die Religion und Luthers Erklärung zum 1. Gebot im Großen Katechismus
Anschließend Aussprache

12.30 Uhr Mittagessen

15.00 Uhr Kaffeetrinken

15.30 Uhr Førsteamanuensis Dr. Oddvar Johan Jensen (Bergen/Norwegen) Gott und Glaube.
Das 1. Gebot bei Luther im Vergleich mit Schleiermacher
Anschließend Aussprache

18.30 Uhr	Abendbrot	, den
	Anschließend geselliger Abend	An das Sekretariat der Luther-Akademie e.V. Ratzeburg Postfach 1404 23904 Ratzeburg
22.00 Uhr	Complet im Dom	
<u>Freitag, den 8. Oktober 1999</u>		
ab 7.45 Uhr	Morgenkaffee	Hiermit melde ich mich zur Teilnahme an der Theologentagung der Luther-Akademie e.V. Ratzeburg vom 6. bis 9. Oktober 1999 an.
8.30 Uhr	Gottesdienst mit Heiligem Abendmahl im Dom Predigt: Propst Peter Godzik (Ratzeburg)	Ich treffe ein am mit Bahn/Pkw und erbitte Übernachtung für die Zeit:
10.00 Uhr	Prof. Dr. Albrecht Beutel (Münster) Religion zwischen Luther und Schleiermacher. Bemerkungen zur Semantik eines theologiegeschicht- lichen Schlüsselbegriffs	6./7. Oktober 7./8. Oktober
	Anschließend Aussprache	8./9. Oktober
12.30 Uhr	Mittagessen	Vor- und Zuname:
15.00 Uhr	Kaffeetrinken	Straße und Wohnort:
15.30 Uhr	Prof. Dr. Dietz Lange (Göttingen) Religion und Lehre bei Schleiermacher	Teil-Nr.:
	Anschließend Aussprache	Beruf:
18.30 Uhr	Abendbrot	Alter:
19.30 bis 21.30 Uhr	Aussprache zu den bisherigen Vorträgen	(Unterschrift)
22.00 Uhr	Complet im Dom	

**Nr. 11) Intensivseminar des Konfessionskundlichen Instituts des
Evangelischen Bundes**

Pommersche Evangelische Kirche Greifswald, den 23. Juni 1999
Das Konsistorium

D I/Nx. 396 - 7/99

8.30 Uhr	Mette im Dom Auslegung: Pastor Heiko Boysen (St. Peter-Ording)
9.15 Uhr	Prof. em. Dr. Hans Martin Müller (Burgdorf) Evangelischer Gottesdienst nach Luther und Schleiermachers Verständnis des christlichen Cultus
	Anschließend Aussprache
12.00 Uhr	Mittagessen Nach dem Mittagessen Abreise

Wir möchten hinweisen auf ein Intensivseminar des Konfessions-
kundlichen Instituts des Evangelischen Bundes vom 24. bis 27. Ja-
nuar 2000 in Bensheim. Dieses Intensivseminar kann ohne
konfessionskundliche Vorkenntnisse besucht werden.
Auskünfte erteilt: Pfarrer Dr. Fleischmann-Bisten, Geschäftsführer
des Evangelischen Bundes und des Konfessionskundlichen Instituts.
Postfach 1255, 64625 Bensheim, Tel. (0 62 51) 84 33-12, Fax (0 62
51) 84 33-28

Für das Konsistorium
Dr. Nixdorf
Oberkonsistorialrat

Tagungsbeitrag:

230,- DM einschließlich Unterkunft und Verpflegung,
Studenten zahlen die Hälfte.

Wenn Hotelunterkunft gewünscht wird, ist eine zusätzliche Bezah-
lung erforderlich in Höhe der Mehrkosten für die Hotelunterkunft.

**Nr. 12) Millenniumsausstellung „Nordelbiens Schätze“
Kalenderedition 2000**

Liebe Schwestern und Brüder, sehr geehrte Damen und Herren,
wie Sie wissen veranstaltet die Nordelbische Kirche als zentralen
Beitrag zum Millennium die Ausstellung „Nordelbiens Schätze“, die
vom 30. April bis 30. Juli 2000 in Kiel Tauf- und Abendmahlsgeräte,
Bücher, Bilder und andere Objekte aus allen Sprengeln der NEK zei-
gen wird.

Wir haben für Sie zusammen mit dem Wachholtz-Verlag einen Kalender editiert, der schon im Vorhinein eine Auswahl der Objekte, die in der Ausstellung gezeigt werden, präsentiert. Es soll Ihnen als vielseitig geeignetes Geschenk und zugleich zur Einstimmung in die Ausstellung dienen. Dazu liegen das farbige Titelblatt des Kalenders mit weiteren Informationen und ein Faxformular für Ihre Bestellung bei. Wir freuen uns, Ihnen diesen Kalender zum Sonderpreis von 19,80 DM statt 39,80 DM (Ladenpreis) anbieten zu können.

Wir bitten Sie, die Ausstellung im Jahr 2000 in Ihre Planungen für Gemeindeausflüge, Konfirmandenprojekte etc. schon jetzt einzubeziehen. Wir bieten Ihnen Führungen mit verschiedenen Themenschwerpunkten und für unterschiedliche Zielgruppen an. Die Ausstellung wird an allen Tagen im oben genannten Zeitraum geöffnet sein.

Weitere Informationen gibt Ihnen gern die Arbeitsstelle „Nordelbische Schätze“, Herr Pastor Wolf Werner Rausch, Tel. (04 31) 97 97-7 30 im Nordelbischen Kirchenamt. Dort können Sie sich bereits anmelden.

Für das Vorbereitungsteam

KR Dr. Bertold Höcker

Antje Grewolls

F. Mitteilungen für den Kirchlichen Dienst

Nr. 13) 23. Kirchbautag - Artikelserie für Kirchengebetspresse etc.

Sehr geehrte Damen und Herren,

auf Wunsch des Arbeitsausschusses des Ev. Kirchbautages übersende ich Ihnen eine kleine Artikelserie, die in Absprache mit der Nordelbischen Kirchenzeitung entstand.

Sie haben alle Freiheit, diese Serie zur Vorbereitung des Kirchbautages dem bei Ihnen zuständigen Organ der Kirchengebetspresse zur Verfügung zu stellen - oder sonst damit zu verfahren, wie Sie es für sinnvoll und nützlich halten.

Selbstverständlich können Sie die Serie bei uns auch auf Diskette im von Ihnen gewünschten Format abrufen.

Mit herzlichem Dank und freundlichem Gruß!

A. Nohr, P.

23. ev. Kirchbautag 15. - 19. September 1999
Öffentlichkeitsarbeit

Kirchengebetspresse

**Nordelbische ev.-luth. Kirche
Arbeitsstelle Kirchbautag**

Andreas Nohr, Pastor
c/o Bischofskanzlei, Neue Burg 1
Postfach 110867, 20408 Hamburg
Tel. (0 40) 3 68 92 49, Fax 37 31 09
Od. Tel/Fax (0 40) 20 97 83 99

Monat	Kirchbautag	Raumthematik
April	Kirchbautag - was ist das?	Räume als Schätze fürs nächste Jahrtausend
Mai	Exkursionen	Räume als Geschichtenerzähler
Juni	Kunst	Räume als Lebensdeuter
Juli	Bauten der 50er und 60er Jahre	Räume als Diener
August	Vermieten, Verpachten, Verkaufen	Räume als Objekte
September	Öffentlichkeit	Räume als „Gemeinbesitz“

April - Kirchbautag - was ist das?
Räume als Schätze fürs nächste Jahrtausend

„Ach - so etwas kann sich die Kirche noch leisten?“

„Nie gehört - was ist denn das?“

„Baut man denn heutzutage noch Kirchen?“

Seit es meine Aufgabe ist, den 23. Ev. Kirchbautag vorzubereiten, übe ich, diese drei Standardfragen zu beantworten. Zur letzten Frage etwas zu sagen, fiel mir nicht schwer. Selbstverständlich baut man heute noch Kirchen. Wenn auf der grünen Wiese ein neuer Stadtteil für zehntausend Menschen entsteht, wird man selbstverständlich alle Anstrengungen unternehmen, dort eine Kirche zu bauen. Nicht, weil die Kirche dort sein will, wo die Menschen sind. Denn das klingt ja gerade so, als gäbe es auf der anderen Seite die Kirche und auf der anderen die Menschen. Sondern weil zwischen dreißig und siebzig Prozent der Bewohner jenes neuen Stadtteils Mitglieder der Kirche sind und Anrecht darauf haben, daß sie ihrer Religion und ihrem Glauben Raum geben können - im wörtlichen Sinn, wie alle anderen Kirchenmitglieder auch.

Es ist auch nicht schwer, zu erklären, was der Kirchbautag eigentlich ist: Die Evangelischen Kirchbautage entstanden in der Nachkriegszeit aus dem Wunsch und der Notwendigkeit nach einem qualitätsvollen und sachgerechten Bauen heraus.

Die Veranstaltungen hatten und haben starke Impulse für die Gemeindegarbeit gegeben, sowie neue Perspektiven aufgezeigt und stehen stets unter einem bestimmten Thema.

Mit den Kirchbautagen sollen die Pastorenschaft, kirchliche Mitarbeiter, Mitarbeiter von Bauämtern, freie Architekten, Studierende und Persönlichkeiten aus dem öffentlichen Leben als Teilnehmer angesprochen werden; es werden ca. 500 Teilnehmer aus dem Bundesgebiet erwartet.

In den Jahren des Wiederaufbaus traf man zu Kirchbautagen jährlich, später alle 3 bis 4 Jahre zusammen. So fand im heutigen Bereich der Nordelbischen Kirche in Lübeck 1949 der 4. Kirchbautag statt, bei dem der „Evangelische Kirchbautag“ offiziell gegründet und ein Arbeitsausschuß aus Theologen, Architekten, Künstlern und Juristen gebildet wurde. Dieser Arbeitsausschuß verantwortet seit-

dem gemeinsam mit der gastgebenden Landeskirche die jeweiligen Kirchbautage, legt die Theamtik fest und erarbeitet das Tägungsprogramm.

Der 11. Kirchbautag zum Thema „Kirchbau und Ökumene“ wurde 1961 in Hamburg ausgerichtet. Lübeck war dann 1979 wieder Tagungsort des 17. Kirchbautages mit dem Schwerpunkt „Bauen mit Geschichte“. Der nächste Kirchbautag, es ist der 23., dessen Vorbereitungen jetzt angelaufen sind, steht unter dem Motto:

„Kirchliche Präsenz im öffentlichen Raum.

Glaube und Architektur im 21. Jahrhundert.“

Anfangs fiel es mir allerdings nicht so leicht, auf das Erstaunen zu reagieren, daß die Kirche sich eine solche Veranstaltung noch leisten kann. Mir ist aber rasch klar geworden, daß die Kirche es sich nicht leisten kann, sich eine solche Veranstaltung etwa nicht zu leisten. Warum nicht?

Denken Sie sich einen Abenteurer, der einen großen Schatz gefunden hat - wird er nicht alles dafür tun, ihn vollständig nach Hause zu bringen, ihn dort sorgfältig aufbewahren und ihn schließlich so sinnreich und nutzbringend verwenden, wie es ihm irgend möglich ist?

Die größten Schätze der Kirche aber sind ihre Kirchräume - und dies keinesfalls nur in materieller Hinsicht. So ist der Kirchbautag ein einzigartiger, großer „Runder Tisch“, an welchem daran gearbeitet wird, daß diese Schätze nicht verlorengehen - weder auf Grund finanzieller Krisen, noch durch mancherlei Nachlässigkeit oder Unerfahrenheit, oder gar einfach mit Hilfe des Zahns der Zeit. Solchen Tisch sich nicht zu leisten, ist Verrat an der eigenen Sache.

Apropos Schätze: Der Kirchbautag findet vom 15. bis 19. September in der „Freien und Abrißstadt Hamburg“ statt, dies die Begrifflichkeit von Alfred Lichtwark. Das war unter anderem auf den Hamburger Dom gemünzt, nein, auf den anderen, den wirklichen Dom, das „bedeutendste Gesamtkunstwerk“ der mittelalterlichen Stadt. Die Hamburger rissen ihn ab, kaum daß sie seiner endlich habhaft wurden, nachdem man ihn zuvor fachmännisch ausgeweidet, d. h. seine Wertgegenstände mit hanseatischer Gründlichkeit verscherbelt hatte. Was übrig blieb, wurde - wie eine später wieder aufgefundene gotische Madonna - einfach in den Boden gerammt. Der offiziellen Abrißbegründung: „aufällig!“ widersprach der Dom übrigens höchstselbst, dessen Gewölbe und Mauerwerk sich nämlich als außergewöhnlich standhaft erwiesen.

Sie glauben, das Beispiel wäre etwas weit hergeholt? Nun ja: Auf Grund übermäßigen Kirchbaus der letzten Jahrzehnte werden demnächst in Hamburg einige Kirchen übrig sein - folgt dann der bewährte Hanseatengriff zur Abrißbirne? Das sei diesmal der Kirchbautag vor!

Mai - Exkursionen Räume als Geschichtenerzähler

„Übrigens: Kirchräume können sprechen!“

„Wie - sprechen?“

„Ja wirklich, Räume können richtig reden!“

„Unsinn - höchstens im übertragenen Sinn!“

Der mir so antwortete, hat natürlich recht - Kirchräume können nicht sprechen! Anfangs dachte ich genauso. Jeder vernünftige Mensch denkt so. Heute bin ich mir nicht so sicher, wie vernünftig ich noch sein möchte, und das kam so: -

Während des 23. Ev. Kirchbautages im September 1999 in Hamburg werden die ca. 500 Teilnehmer am ersten Tag auf vier verschiedenen Routen durch den Stadtstaat Hamburg fahren und jeweils drei oder vier Kirchen besuchen - ich habe gelernt, so etwas „Exkursionen“ zu nennen. Zur Vorbereitung dieser Exkursionen konnte ich mir in den letzten Monaten alle Kirchen ausführlich ansehen, die auf dem „Programmzettel“ stehen. Fast immer war einer der ortsansässigen Pastoren zugegen und erzählte von der Kirche, und davon, wie unterschiedlich die Gemeinde mit ihr zurecht kommt.

Da waren neugotische Kirchen, wie man sie im letzten Jahrhundert überall zu bauen pflegte, in Hamburg vor allem an den Rändern der damals expandierenden Stadt. Ganz anders die Neubauten nach dem letzten Krieg; viel freier in Grundriß und Form; der Wiederbeginn forderte einen Neuanfang auch im Kirchbau. Und wieder dehnte sich die Stadt im „Wirtschaftswunder“ aus; die entstehenden großen Randsiedlungen erhielten gleichfalls ihre Kirchen, die aber kaum mehr als solche zu erkennen waren: Ende der sechziger Jahre begann man, Gemeindehäuser zu bauen, in welche ein Kirchraum - mehr oder weniger abgeschlossen - integriert war; auf Kirchtürme verzichtete man aus Furcht, zu klerikal zu wirken.

So unterschiedlich die Räume also waren, die ich besuchte, so häufig begegnete ich bei meinen Besuchen derselben Sorge, ob man sich nämlich künftig den Kirchraum noch leisten können. Oder ob man sein Gemeindehaus verkauft, und sich mit dem Erlös Gemeinderäume in die Kirche hineinbauen läßt, die so nicht länger mehr „nur“ für Gottesdienste genutzt würde. Wieder andere suchten dem wachsenden Kostendruck durch Vermietung der Kirchräume beizukommen - für kulturelle Veranstaltungen oder auch nur für Betriebsfeste irgendwelcher Firmen. Oder - hier und da munkelt man es hinter vorgehaltener Hand - ob man nicht gleich die ganze Kirche verkauft ...

Mit den Kirchenräumen wird künftig also alles Mögliche möglich, so wurde mir deutlich. Aber plötzlich taten mir die Räume leid, die so mir nichts dir nichts hin- und hergeschoben werden, oder demnächst gar verramscht? Immerhin sind diese Räume der größte Schatz der Gemeinden, dachte ich - und fragte mich plötzlich: Wieso eigentlich?

Weil sie reden können. Die prächtige Hauptkirche weckt Staunen. Die verfallene Dorfkirche schmerzt. Räume, die ich betrete, lassen mich nie unverändert. Sie erfreuen, verärgern, auf jeden Fall bewegen sie jeden, der sie betritt, und wer sie verläßt, ist nicht mehr ganz derselbe wie zuvor.

So weit klingt alles noch ganz vernünftig. Aber es geht ja noch weiter: Die Räume erzählen von Menschen, die sie benutzen. Altäre, die von vorne aus der Front in die Gemeindemitte gerückt wurden, erzählen von einem gewandelten Sakraments- und Gemeindeverständnis. Dasselbe tun beispielsweise die Bilder von Hauptpastoren, die nicht mehr in ihren Kirchen aufgehängt wurden. Die Raumgestaltung redet mit deutlicher Stimme von ihren Gestaltern - und findet dabei nicht immer nur gute Worte.

Auch das mag noch passabel sein. Aber wenn man viel Zeit hat und sich still in eine Ecke des Kirchraums setzt, erzählen die Räume auch

noch ganz andere Geschichten: die von einem armen Kind, das man taufte im Wissen, daß dieses Kind kein Jahr alt werden würde, oder die Geschichte von jener Frau, welche der Predigt des Pastors nicht zuhören konnte, weil sie so sehr mit sich selbst beschäftigt war, beim Verlassen der Kirche aber beschlossen hatte, ihren Beruf zu wechseln. Oder die Geschichte des Mannes, die erst hier in der Stille des Raumes endlich zu den Tränen fand, die er sich draußen als Mann zu weinen nicht traute.

Unzählige Geschichten, ganz leise, schlimme und gute, wenn man nur sein Gehör schulte, sie zu verstehen ...

„Kirchräume können sprechen!“

„Unsinn!“

Wirklich Unsinn? Der Kirchbautag wird hoffentlich Zeit finden, nicht nur pragmatisch über künftige Nutzungen von Kirchräumen nachzudenken, sondern auch über ihre - Würde.

Juni - Kunst Räume als Lebensdeuter

„Das ist doch keine Kunst. Das kann ich auch!“

„Sie tun es aber nicht!“

Räume sprechen - aber sie erzählen nicht allein die Geschichten jener, die in ihnen ein- und ausgingen und in ihnen lebten. Sondern Räume fragen auch, befragen jeden, der sie betritt. Kirchräume tun das vor allem durch die Kunst, welche die Räume ausrichtet, gestaltet und interpretiert.

Kein Wunder also, daß der Kunst am 23. Ev. Kirchbautag 1999 in Hamburg viel Platz „eingeräumt“ wird. Im Südschiff der Hauptkirche der St. Jacobi beispielsweise wird der Hannoveraner Künstler Hans Wesker eine Klanginstallation einrichten, die nicht beschrieben, sondern nur erlebt werden kann. Gleiches gilt für die Ausstellungen zeitgenössischer Kunst, die in drei der Kirchen zu sehen sein werden, die während der Exkursionen von den Teilnehmern besucht werden.

Nun wird man einräumen: Nicht alle Kunst gefällt. Aber ich habe lernen müssen: Zu gefallen ist die Absicht der Kunst keineswegs, zumindest nicht in erster Linie. Seltsam nur, daß man gerade in der Kirche darauf immer wieder hinweisen muß. Oder „gefällt“ dem Betrachter etwa ein gotisches Triumphkreuz, selbst wenn es aus der Hand Bernd Notkes stammt und den Lübecker Dom „ziert“? Ist etwa Hans Multschers Schmerzensmann im Ulmer Münster schön? Bei solchen Fragen geht es mir, als hätte einer die falsche Schublade aufgezogen oder kratzte mit der Gabel über den Kochtopfboden.

Nein - beide Kunstwerke fragen eindringlich nach dem Leiden, dem des Erlösers, dem der Menschen - und darin aber immer auch kritisch nach der erlebbaren Wirklichkeit der Erlösung, die sonst nämlich recht fad wäre.

Man kann auch aus einer anderen Ecke kommen: Gelegentlich begegnet man Exponaten, die in ein Vorfahrtsschild, allein dadurch, daß sie es in einen musealen oder sakralen Raum stellen, zur Kunst erklären.

Dann eben hört man bisweilen die eingangs zitierte Frage, auf die John Cage einmal geantwortet haben soll: „Sie tun es aber nicht!“ Salopp - aber brilliant! Mit dieser Antwort nämlich inszeniert sich Cage selbst als „Kunstwerk“, denn er weist auf den Frager zurück und stellt ihn seinerseits in Frage.

Dasselbe tun die Exponate, die auf dem Kirchbautag zu sehen sein werden. Die in sie einbeschlossene Perspektive und Sichtweise fragt laut und deutlich den Betrachter: Und du? Wie siehst du das? Stimmt du meiner Sichtweise, meiner Deutung zu? Oder nicht? Oder ist deine Perspektive eine ganz andere?

Sakralräume eröffnen also Dialoge, vor allem mit ihren Kunstwerken. In einer Zeit, da die Kunst weitgehend ins Museum gesperrt wird, brauchen nicht nur die Christen dringend Räume, die Kunst zum Sprechen bringen. Und jeder Kirchoraum, der nicht zugänglich ist, der verfällt, geschlossen, verkauft oder sonstwie „mißbraucht“ wird, ist ein unersetzlicher Verlust, weil da einer seine Sprache verliert und das Verstummen Raum gewinnt. Als könnten ausgerechnet wir es uns leisten, auch nur eine Stimme zum Schweigen zu bringen, die mit uns über die Perspektiven und Gewichtungen unseres Lebens ins Gespräch kommen will!

Juli - Bauten der 50er und 60er Jahre Räume als Diener

„Kirchräume sind so wichtig wie Suppenlöffel!“

„Wie bitte?“

Mein mit kirchlichen Dingen nicht sehr vertrautes Gegenüber hatte mich nach der Bedeutung der Kirchräume für ihre Benutzer gefragt, meinend, einen Fachmann für Kirchräume vor sich zu haben. Hierin irrte er zwar, dennoch glaubte ich mich aus meinen Vorbereitungen des 23. Kirchbautages heraus zu der etwas legeren Antwort berechtigt: „Ja, so wichtig wie ein Suppenlöffel!“ Das freilich hatte ich selbst einem Kirchenfremden zu erklären.

Im Kölner Dom erfreut der goldene Dreikönigsschrein, in Dresden entzücken die Silbermannorgeln und in Hamburg überrascht im norddeutschen Michel der Barock - und zwar täglich Tausende, die sich nämlich auf Reisen und im Urlaub daran die Augen ausschauen. Dieselben touristischen Betrachter kämen zu Hause freilich nicht im Traum darauf, ihre heimische Kirche zu besuchen - schon gar nicht zum Gottesdienst.

Schade eigentlich, allerdings haben die Stadtteilkirchlein auch nicht mit derlei Domschätzen aufzuwarten. Dennoch haben sie ihren Wert, unter anderem eben den eines Löffels.

Einen Löffel hat man nämlich in der Regel zur Hand, wenn man ihn braucht. Fehlt er allerdings einmal, und die Suppe steht dampfend auf dem Tisch, gäbe man viel darum - wäre nur jetzt ein Löffel aufzutreiben.

Nach dem 2. Weltkrieg fehlten die Kirchen in Deutschland. Viele waren zerstört, wurden wieder aufgebaut; andere mußten neu errichtet werden. Die Jahre dazwischen, als der Löffel fehlte, hatten die meisten Menschen den Wert der Kirchengebäude deutlich gemacht. Denn diese Gebäude nützen. Sie leisten einen Dienst, dessen Wert man erst begreift, wenn der Dienst einmal ausbleibt.

Wenn diese neuen Kirchen in den 50er Jahren auch über Grundrisse errichtet wurden, deren Vielgestaltigkeit kaum eine Epoche vorher je gekannt hatte, waren diese Bauwerke doch nach außen hin als Kirchen noch deutlich erkennbar, hatten einen Turm zur Seite und waren mit Glocken und Orgel klanglich ausgestaltet. Man hatte Fluchträume gebaut, Ruheräume, Rückzugsräume, wie man sie eben braucht, wenn noch das Geräusch splitternder Bomben im Ohr ist, und man um den Sohn trauert, der nicht zurückgekehrt ist.

Wenig später schon baute man anders. Im Aufbruch der 60er Jahre wollte man Bewegungsräume, Begegnungsräume, Aktionsräume. Doch auch hier diente der Kirchbau, und es entstanden Gemeindezentren, die sich so selbstverständlich in ihre Umgebung fügten, daß man ihnen die Kirchlichkeit kaum mehr ansehen konnte. Der, gottesdienstliche Raum war nur mehr einer neben anderen Funktionsräumen eines Gemeindezentrums, ein möglichst offener, selbstverständlicher Raum, der auch keinesfalls allein für gottesdienstliche Zwecke zu nutzen war.

Die Kirchen der 50er Jahre mit dem Akzent auf Flucht, Ruhe und Rückzug, gleichermaßen aber auch die Kirchen der 60er Jahre mit ihrem Akzent auf Bewegung, Begegnung und Aktion zeigt der kommende Kirchbautag mit prägnanten Hamburger Beispielen - auf Exkursionen, mittels einiger Vorträge, wozu sich manches Gespräch in Arbeitsgruppen gesellen wird.

Warum soviel Gewicht auf diesen Bauten? Weil diese Kirchen hinter den Domen und Kathedralen der Touristen stets zurückstehen müssen? Gewiß, aber das allein ist es ja nicht. Etwa um die architektonische Balancierstange des Kirchbaus zwischen Rückzugsräumen und Begegnungssälen zu putzen? Wohl kaum.

Sondern um an den Dienst von Räumen zu erinnern, der unersetzlich ist und so unendlich viel erlaubt, daß zwischen den Extremen „Rückzug“ und „Begegnung“ noch eine breite Farbpalette zu öffnen wäre. Und welche Farbe für das kommende Jahrtausend anzumischen wäre - darüber sich Gedanken zu machen, ist hohe Zeit.

Mancher, vor allem in ländlichen Räumen der Neuen Länder, könnte bewegende Geschichten beitragen, wie es ist, wenn Kirchräume ihre Dienste zwischen Begegnung und Rückzug nicht mehr leisten können - weil sie verfallen, weil ihre Instandsetzung zu teuer ist. Schlimm genug. Wer aber kann die Befürchtung leichthin von der Hand weisen, daß in den Ballungsräumen dergleichen Räume demnächst nicht mehr zur Verfügung stehen, weil sie zu teuer werden?

Tatsächlich erlaubte ich mir, gegenüber meinem schon erwähnten nichtkirchlichen Gesprächspartner am Ende hervorzuheben, daß ich allen Ernstes der Meinung wäre, in Ballungsräumen wie z.B. Hamburg wären nicht etwa zuviel, sondern zu wenig solcher Räume vorhanden.

„Im Ernst?“

„Oh ja - denn ich wüßte viele Menschen in Hamburg zu nennen, die kennen den dienstbaren Wert eines Löffels sehr genau, weil er ihnen nämlich fehlt!“

„Das kann ich nicht glauben - angesichts der Tatsache, daß es doch bei euch in jedem Stadtteil mehrere Kirchen gibt!“

„Ich könnte mehr als fünfzehn afrikanische Gemeinden nennen. mehr als fünf koreanische Gemeinden. mehr als eine indonesische Gemein-

de, um von allen Ausländergemeinden zu schweigen, die aus Mangel an Mitgliederzahlen und zu geringen finanziellen Mitteln über keinen eigenen Sakralraum verfügen und bei deutschen Gemeinden in der Regel leider mehr schlecht als recht untergebracht sind - denn „zu Gast sein“ kann man das nicht nennen. Sie essen die Suppe ohne Löffel, seit sie hier sind, und kennen daher seinen Wert wie sonst keiner!“

In der Tat: Über den dienenden Wert von Kirchen redet man am besten mit ausländischen Gemeinden ...

August - Vermieten, Verpachten, Verkaufen Räume als Objekte

„Aber wenn eine Kirchengemeinde kein Geld mehr hat - warum sollte sie dann ihre Kirche nicht verkaufen?“

„Weil ein Vater doch seine Kinder nicht verkauft, nur weil er Hunger hat!“

Gewiß, diese Antwort war ein wenig barsch. Denn zwischen einem steinernen Gebilde und einem lebendigen menschlichen Wesen wüßte ich immerhin einige Verschiedenheiten zu nennen, die ich mit meiner Antwort auch keinesfalls überspielen wollte. Vor allem wird man eingestehen müssen, daß im Unterschied zu Kindern die Räume - neben allen, was sie sonst noch sein mögen - eben auch: Handelswaren sind. Und das legt es nahe, darüber nachzudenken, ob man Kirchräume, Gemeindehäuser und Pfarrhäuser nicht besser bewirtschaften kann als das bisher der Fall war - und sie nicht gegebenenfalls auch vermieten, verpachten oder gar verkaufen sollte.

Der Ev. Kirchbautag wird sich dazu in Hamburg einige Gedanken machen müssen. Denn in Hamburg wie in allen Metropolen - und keineswegs dort allein - geht der Kirche und ihren Gemeinden mehr und mehr das Geld aus. Kein Wunder, daß man irgendwann auch ans Familiensilber denkt.

Die Vermietung von Kirchen zu Betriebsfesten oder Tanzveranstaltungen bringt natürlich Geld in die Kassen - ist das schon Legitimation genug? Der Einbau von Gemeinderäumen in Kirchen bei gleichzeitigem Verkauf des Gemeindehauses senkt zwar mittelfristig vielleicht die Kosten für die Bauunterhaltung, verändert solche Umgestaltung aber den Sakralraum nicht unumkehrbar? Der Verkauf von Kirchen mag erst einmal die größten Haushaltslöcher stopfen - aber um den Preis von Wohnungen, Arztpraxen, Fotostudios und die Skala hinab bis zu Schlimmeren noch, wofür es bereits einige Beispiele zu nennen gibt?

In welche Richtung wird angesichts dieser drängenden Probleme der Kirchbautag denken? Wird er die Grenzen zu beschreiben suchen, die sich im Umgang mit Sakralräumen stellen? Oder wird er alle Umnutzung verdammen und in der Hoffnung auf bessere Zeiten das Hinüberretten empfehlen? Oder wird er einfach die Augen vor dem Problem verschließen und die Gemeinden mit ihren Sorgen im Stich lassen?

Ich hoffe, der Kirchbautag wird nichts von alledem tun. Ich wünschte statt dessen, dem Kirchbautag würde es gelingen, zunächst einmal dem Irrglauben zu wehren, mit einer wirtschaftlichen Nutzung der Räume allein wäre etwa die kirchliche Finanzkrankheit zu heilen, denn deren Gründe liegen anderswo - und müssen deshalb auch anderswo angegangen werden.

Vor allem aber wünschte ich, daß es dem Kirchbautag gelänge, die Würde von Sakralräumen herauszustellen.

Ganz recht, die Würde.

Zwar kommt dem gottesdienstlichen Raum in protestantischer Tradition keine sakramentale Bedeutung zu - deshalb hätte er keine Bedeutung, die über seinen Warencharakter hinausginge? Keineswegs. Denn die Räume, die sprechen und reden; Räume, die unzählige Geschichten von Menschen bergen, die in ihnen gelacht und geweint haben; Räume, die Ruhe bieten und Räume, die Begegnungen ermöglichen; Räume, die das Leben deuten und Perspektiven aufweisen: Solche Räume sollten den Gemeinden, den Menschen des Stadtteils, ja der Öffentlichkeit insgesamt so wertvoll sein wie ihre eigenen Kinder - und Kinder haben keinen „Warencharakter“

So ähnlich, wie man im Umgang mit Kindern von mir aus alles tun darf, was man will, solange man nur ihre Würde nicht angreift oder verletzt, so sollte man auch mit den Sakralgebäuden verfahren, denn sie sind allesamt Kunstschätze exzeptioneller Art mit ganz eigener Würde - und sie sind übrigens ähnlich wehrlos wie Kinder.

Natürlich weiß ich nicht, ob sich der Kirchbautag in Hamburg dazu verstehen mag, sich selbst gewissermaßen als „Kinderschutzbund für Kirchen“ zu konstituieren. Schön wäre es ja. Doch weiß ich mit großen Schmerzen auch, daß selbst der Verbund aller Kinderschutzbünde der Welt das bisher nicht verhindern konnte, was es leider trotzdem gibt: Kinderhandel.

September - Öffentlichkeit Räume als „Gemeinbesitz“

„Wissen Sie, was der größte Skandal ist?“

„Nein - was denn?“

„Daß evangelische Kirchen meist verschlossen sind!“

Ein Blick zurück: Im September 1996 verabschiedete der 22. Evangelische Kirchbautag in Magdeburg und Zerbst ein Grundsatzpapier, in dem es unter anderem heißt: „Hunderte von historisch wertvollen Kirchbauten, die Identifikationspunkte von Städten und Dörfern, werden in den nächsten Jahren verschwinden, wenn nicht alle zu ihrem Erhalt beitragen. Es liegt in der Verantwortung und in den Möglichkeiten jeder Bürgerin und jedes Bürgers dieser Republik - Christen wie Nichtchristen -, daß dies nicht geschieht. Kirchen sind Seen und Gedächtnis des Gemeinwesens.“

Dem ist im Grunde nichts hinzuzufügen. Dennoch wird man beim 23. Ev. Kirchbautag in Hamburg dabei nicht stehenbleiben können, denn weder hat die Öffentlichkeit jenes Manifest bisher ausreichend zur Kenntnis genommen, geschweige denn, sich zu eigen gemacht, noch haben die Kirchen selber seine Konsequenzen etwa verstanden.

Mehr als bisher, und vor allem mit deutlich hörbarer Stimme, ist die Öffentlichkeit in die Pflicht zu nehmen, nicht nur in romanischen Basiliken und gotischen Domen, sondern in jeder kleinen Dorfkirche und jedem Kirchneubau aus den 50er und 60er Jahren das zu sehen, was sie alle sind: Denkmale, ja Kunstwerke mit ureigener Würde, Freiräume, ja „Denkräume“, auf die zu verzichten sich keine „Öffentlichkeit“ bei eigenem Schaden leisten kann. Die damit gegebene, auch finanzielle Verpflichtung ist mit Vehemenz einzuklagen.

Glaubwürdig wäre das alles freilich nur, wenn auch nach innen, in Landeskirchen und Gemeinden hinein, vernehmlich Verhaltensänderungen eingeklagt werden. Der Skandal als Beispiel: Natürlich kenne ich sämtliche Gründe, warum evangelische Kirchen in der Regel verschlossen sind, wenn keine Veranstaltungen darin stattfinden. Letztlich aber münden alle Argumentationen, wenn nicht in pure Bequemlichkeit, so doch in die Überzeugung: „Es gibt Wichtigers!“ In Wahrheit aber erweist sich jener, der ohne die Öffentlichkeit - also: allein! - darüber befindet, wann ein öffentlicher Frei- und Denkraum zugänglich ist und wann nicht, als dessen denkbar schlechtester Verwalter. Als solchen aber, und nicht als selbstherrlichen Besitzer, wird sich jede einzelne Kirchengemeinde künftig ungleich mehr verstehen müssen als bisher; hier ist wahrhaftig ein „Paradigmenwechsel“ gefordert.

Zu der äußerlichen Öffnung der Kirchengebäude müßte also eine innere Öffnung zu treten. Nur dürften dabei nicht gleich wieder hektische Planungen irgendwelcher Kuschelveranstaltungen in den üblichen Kirchentonarten vorgenommen werden. Statt dessen hätten wohl die Kirchen sich auf die öffentlichen Sprachen und Denkweisen erst einmal hörend einzustellen, denn die Kirchen und Gemeinden selber reden eine Sprache, die draußen weitgehend nur mehr als exotische Fremdsprache belächelt wird - und zwar in einem Maß, das hinter dicken kirchlichen Gewohnheitsmauern kaum wahrgenommen wird.

Raumöffnungen, Sprachöffnungen - wer weiß, welche sonst noch notwendigen Öffnungen zur Öffentlichkeit hin der Kirchbautag wird aufzählen müssen: damit eine Verpflichtung der Öffentlichkeit zum Erhalt der Kirchen überhaupt gelingen kann.

Andreas Nohr

Nr. 14) Zwei Grundsatzreferate aus kirchenrechtlicher und theologischer Sicht zum Entwurf der „Ordnung des Kirchlichen Lebens in der EKV“

Pommersche Evangelische Kirche Greifswald, den 19. Mai 1999
Das Konsistorium

D I/Nx 300-1 - 10/98 I

Nachstehend veröffentlichen wir zwei Grundsatzreferate aus kirchenrechtlicher und theologischer Sicht zum Entwurf der „Ordnung des kirchlichen Lebens in der Evangelischen Kirche der Union“, die anläßlich der Synodaltagung, die vom 4. bis 6. Juni 1998 stattfand, gehalten wurden.

Für das Konsistorium
Dr. Wolfgang Nixdorf
Oberkonsistorialrat

Auftrag und Aufgabe der Ordnung des kirchlichen Lebens in kirchenrechtlicher Perspektive

Referat vor der Synode der Evangelischen Kirche der Union
am 5. Juni 1998

Referent: Vizepräsident Rainer Bürgel, Berlin

A. Allgemeiner Teil

I. Einleitung

1) Als ich mich mit dem Gedanken vertraut machte, zu diesem Thema auf der EKU-Synode 1998 zu sprechen, wurde mir bewußt, daß mich beruflich die Thematik Lebensordnung schon seit mehr als 20 Jahren intensiv begleitet. Also muß es sich doch um eine ergiebige und schwierige Materie handeln. Wir begannen in der Arnoldshainer Konferenz im Februar 1976 mit der Arbeit an den Amtshandlungen Taufe, Konfirmation, Trauung und Bestattung und hörten dazu grundlegende Vorträge des Theologen Manfred Seitz, des Soziologen Günter Matthes und des Kirchenjuristen und Theologen Albert Stein. Die Amtshandlungen oder Kasualien waren in dieser Zeit unversehens in den Mittelpunkt kirchlichen Interesses gerückt. Unter anderem löste die Schrift Rudolf Bohrens „Unsere Kasualpraxis - eine missionarische Gelegenheit?“ (Theologische Existenz heute 83, 1960) theologische Debatten aus, Ihm zufolge seien die Kasualien für die Pfarrerschaft „unmenschliche Ungelegenheiten“, die Christen ohne Kirche und tote Gemeinden produzierten. Zur Illustration bezog sich Bohren dabei auf das Gedicht „Hochzeit“ von Kurt Marti:

Die Glocken dröhnen ihren vollsten Ton
und Photographen stehen knipsend krumm.
Es braust der Hochzeitsmarsch von Mendelssohn.
Ein Pfarrer kommt. Mit ihm das Christentum.

Im Dome knien die Damen schulternackt,
noch im Gebet kokett und photogen,
indes die Herren, konjunkturbefrachtet,
diskret nach ihren Armbanduhren sehn.

Sanft wie im Kino surrt die Liturgie
zum Fest von Kapital und Eleganz.
Nur einer flüstert leise: Blasphemie!
Der Herr. Allein, ihn überhört man ganz.

Waldemar Wilken freilich sah die Probleme an anderer Stelle: Schlecht präparierte Pastoren, die die Amtshandlungen theologisch in Frage stellten, hätten mit lieblosen Ansprachen die Zuhörer vergrault. (Evangelische Kommentare 1974, S. 47)

Doch die Wirklichkeit im damaligen Westen Deutschlands sah noch einmal anders aus. Auch die Soziologen belehrten alle Zweifler eines Besseren. Die EKD-Studie „Wie stabil ist die Kirche?“ Stellte nüchtern fest: Die am weitesten reichende Gemeinsamkeit der Evangelischen im Verhältnis zu ihrer Kirche sind die Amtshandlungen. Und die Schlußfolgerung daraus lautete: Es scheint unausweichlich, daß die Bedeutung dieser kirchlichen Handlungen ... von der evangelischen Kirche neu eingeschätzt und aufgewertet wird.

Die Arnoldshainer Konferenz hat dies getan. Sie erarbeitete nach einem Entwurf von Enno Obendiek eine Studie Amtshandlungen und entschied sich später aufgrund dieser Studie, Musterordnungen für die Amtshandlungen zu erarbeiten. Deren wesentliche Neuerung besteht darin, daß sie die Amtshandlungen in ihrer missionarischen Dimension und als sogenannte „gestreckte Handlungen“ begreifen, bei denen die vorangehenden Gespräche und die nachgehende Seelsorge konstitutive Elemente sind. Die vier Musterordnungen der Amtshandlungen wurden in den Jahren 1984 - 1987 erstellt und durch einen weiteren Auftrag der Vollkonferenz um ein breites, weiteres Spektrum von Lebensordnungstexten ergänzt. Dabei spielte thematisch vor allem der inzwischen erschienene Entwurf des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR „Mit der Kirche leben“ eine wichtige Rolle. Die Arbeiten der Arnoldshainer Konferenz sind am 8. Mai dieses Jahres zum Abschluß gekommen.

2) Die Lebensordnungsmuster der Arnoldshainer Konferenz sowie der Entwurf der EKU wurden von Ausschüssen verfaßt, in denen Theologen und Juristen zusammenwirkten. Denn diese Materie ist gerade als klassisches Beispiel dafür zu bezeichnen, daß in der Kirche Theologie und Recht zusammengehören und aneinander gewiesen sind. Freilich wird das keinesfalls von allen so gesehen. Amtshandlungen, Gottesdienst, Unterweisung usw. seien theologisch, seelsorgerlich und missionarisch zu begreifen und bedürften keiner rechtlichen Regelungen, ist eine weit verbreitete Meinung. Hier gehe es nicht um Recht, sondern allenfalls um Hilfen zur Orientierung im Umgang mit Problemfällen. Auch die geltende Lebensordnung der EKU leistet in ihrem Vorspruch eher der Auffassung Vorschub, hier handele es sich nicht um rechtliche Bestimmungen. Zitat: „Sie ist kein Gesetz, das jede einzelne Entscheidung in der Gemeinde schematisch regelt und die seelsorgerliche Verantwortung einschränkt oder gar aufhebt.“

Von dem bekannten Kirchenrechtler Ulrich Scheuner ist im Blick auf die Fülle kirchlicher Regelungen folgendes Bonmot überkommen: „Während oben in den Zweigen des Baumes des Kirchenrechts die Vögel zwitschern, nagt unten an der Wurzel immer noch der Wurm des Sohmschen Zweifels“. Wahrscheinlich liegt es weitgehend an dem Sohmschen Zweifel, das heißt, an der These des Rechtslehrers Rudolf Sohm (1841 - 1917), das Kirchenrecht stünde mit dem Wesen der Kirche im Widerspruch, daß eine wissenschaftliche Klärung dessen, was Amtshandlungsrecht oder Lebensordnungsrecht eigentlich sei, noch aussteht. Albert Stein hat in seinem Vortrag vor der Arnoldshainer Konferenz seinerzeit ausgeführt, das Amtshandlungsrecht stelle die Gretchenfrage an das Evangelische Kirchenrecht, in welchem Sinne es sich überhaupt als Recht verstehe. Es sei zwar der am häufigsten angewandte Teil des Kirchenrechts; dem entspreche aber weder seine wissenschaftliche Klärung noch seine gesetzgebende Ausgestaltung. Wörtlich: „Es ist in der Zeit nach dem Kriege nicht gelungen, auch nur annähernd im Konzept, in der Methode, in der Zielsetzung, geschweige denn in der Ausdrucksweise und in den selbst gesetzten Grenzen des Kirchenrechts zu einer opinio communis in diesen Fragen zu gelangen“.

II. Der Befund

1) Wie recht Stein mit seinen Ausführungen hatte, erkennt man un schwer an dem unterschiedlichen Charakter der Bestimmungen in den Landeskirchen. Die geltenden Regelungen reichen vom geistlichen Ratschlag bis zum Verfassungssatz. Lebensordnungen im gebräuchlichen Sinn, die nicht nur die Amtshandlungen, sondern das kirchliche Leben der Gemeindeglieder insgesamt zum Inhalt haben, kennen im Bereich der AKf neben der EKU nur Baden, Hessen und Nassau und Lippe. Andere Kirchen haben Einzelanordnungen erlassen (z.B. Pfalz: Gesetz über die Ordnung der Konfirmandenarbeit) oder Rundverfügungen zu bestimmten Einzelfragen (z.B. Evangelisch-reformierte Kirche: Rundschreiben des Landeskirchenrates betr. die Kirche und die aus ihr Ausgetretenen vom 26. März 1975). Im Bereich der lutherischen Kirchen der VELKD gibt es die Lebensordnung der VELKD vom 27. April 1955. Sie ist eine Richtlinie für gliedkirchliche Regelungen, die unterschiedlich in den Gliedkirchen der VELKD rezipiert wurde. Die Hannoversche Landeskirche hat z.B. zu den Aushandlungen je eigene Gesetze erlassen. Der neue Entwurf der VELKD, der gegenwärtig allen Gliedkirchen der VELKD zur Stellungnahme vorliegt, verwendet den Begriff Ordnung nicht mehr, sondern redet von „Leitlinien“.

2) Der komplette Typ Lebensordnung ist ein Produkt des deutschen Protestantismus im 20. Jahrhundert und in der Ökumene, soweit ich sehe, nicht bekannt. Man unterscheidet dabei gern drei Generationen von Lebensordnung (vgl. Alfred Burgsmüller, Eine neue Generation von Lebensordnungen? in: Zeitschrift für evangelisches Kirchenrecht 30. 1985, S. 354 ff). Die erste Generation entsteht in den zwanziger Jahren aufgrund von Veränderungen und Auflösungserscheinungen nach dem Ersten Weltkrieg aus dem Wunsch heraus, Sitte und Ordnung der Kirche zu festigen (man hat im Nachhinein von „Bewahrungsordnungen“ gesprochen). Kirchenzucht soll als Disziplinierungs- und Abwehrmittel eingesetzt werden. Die zur ersten Generation gehörende Altpreußische Ordnung des kirchlichen Lebens vom 12. März 1930 ist ein Ergebnis der Bemühungen um die Revision der Kirchenzucht. Sie war von den Provinzialsynoden gefordert worden, und zwar aus ganz unterschiedlichen Motiven heraus, z.B.:

- Unter dem Einfluß freidenkerischer Kreise und als Auswirkung der Einrichtung weltlicher Schulen mehrten sich die Fälle, in denen Familien ihre schulpflichtigen Kinder vom Religionsunterricht fernhielten. Gegen solche Eltern wurden verschärfte Maßnahmen der Kirchenzucht gefordert.
- Kontroversen in der Mischehenfrage weckten den Wunsch, gegen Gemeindeglieder, die sich den Forderungen der katholischen Kirche gebeugt hatten, Kirchenzucht zu üben.

Freilich hatte man auch damals schon Einsicht, daß mit Mitteln der Kirchenzucht allein verlorengegangene kirchliche Lebensformen nicht wiederzugewinnen sind. In einer sogenannten „Ansprache“ des Kirchensenats zur Ordnung des kirchlichen Lebens vom 4. November 1930 wurde den Pfarrern und Gemeindegliedern daher zur Pflicht gemacht, für das christliche Leben seelsorgerlich zu werben und das Verständnis für die kirchliche Ordnung zu wecken.

3) Die zweite Generation der Lebensordnung entsteht nach 1945 in einem zeitlichen und auch sachlichen Zusammenhang mit den neuen Kirchenverfassungen, in einer Zeit relativer Einheit von Kirche und Gesellschaft, in denen Gottesdienst, Gemeinde und christliche Existenz der getauften Gemeindeglieder noch in Eins gesetzt werden konnten. Auch die Ordnung des kirchlichen Lebens der EKU vom 6. Mai 1955 gehört zu dieser zweiten Generation. Sie ist von den Erfahrungen des Kirchenkampfes geprägt, als das Gemeindebewußtsein belebt und das Verständnis für Kirchenzucht neu geweckt wurde. Die Ordnung des kirchlichen Lebens der EKU von 1955 gilt nicht in den Gliedkirchen Rheinland und Westfalen, die in der Kontinuität ihrer Sondertraditionen seit 1835 die einer Lebensordnung entsprechenden Bestimmungen in ihre Kirchenordnung eingearbeitet haben. Sie gilt auch nicht in Anhalt, weil Anhalt sie nach dem Beitritt zur EKU im Jahre 1960 nicht übernahm. Doch ist an dieser Stelle darauf hinzuweisen, daß die Evangelische Kirche im Rheinland 1996 eine wichtige Neuordnung durchgeführt hat, indem sie ihre Kirchenordnungsartikel über Inhalte einer Ordnung des Lebens in der Kirchengemeinde reduziert und ein Lebensordnungsgesetz mit 30 Paragraphen erlassen hat, das sich stark an die Musterordnungen der Arnoldshainer Konferenz orientiert. Die Kirchenordnung der westfälischen Kirche vermeidet den Ausdruck Lebensordnung und regelt den gesamten einschlägigen Stoff am Ende der Kirchenordnung unter der Überschrift „Der Dienst an Wort und Sakrament“.

4) Der Entwurf des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR von 1985, die Musterordnungen der Arnoldshainer Konferenz und

der Entwurf der EKU gehören zur dritten Generation der Lebensordnungen dieses Jahrhunderts. Der Entwurf des Bundes entspricht in seiner Gestaltung, nämlich dem Ineinander von theologischen und rechtlichen Elementen, den Ordnungen der EKU und der VELKD (vgl. Alfred Burgsmüller, a.a.O. S. 364). Inhaltlich geht er jedoch weit über die Lebensordnungen von EKU und VELKD hinaus.

Die Besonderheit und das Neue bei den Musterordnungen der Arnoldshainer Konferenz und bei dem EKU-Entwurf liegt formal nun darin, daß eine pastoraltheologische Handreichung und der rechtliche Extrakt daraus nebeneinandergestellt werden. Es werden also weder nur seelsorglich formulierte Ratschläge gegeben oder nur kirchengesetzliche Bestimmungen vorgeschlagen, sondern es wird ein vermittelnder Typ konzipiert (Christoph Thiele in: Die Arnoldshainer Konferenz: Struktur und Funktion eines gliedkirchlichen Zusammenschlusses aus rechtlicher Sicht. Göttingen, Univ., Diss., 1997, und Frankfurt a.M.: Lang, 1997, S. 126). Die Diskussion über diese Konzeption war intensiv, auch kontrovers, führte aber zu dem einmütigen Ergebnis, die Musterordnungen in vier Artikeln zu gliedern:

Artikel I:	Theologische Grundlegung
Artikel II:	Gegenwärtige Praxis
Artikel III:	Besondere Probleme
Artikel IV:	Rechtliche Regelung

Ausschlaggebend waren dabei die Bedürfnisse der Praxis: Das, was gilt oder gelten soll, der rechtliche Extrakt also, soll sofort erkennbar sein, der Weg dorthin bedarf eines gründlicheren Studiums.

Der EKU-Entwurf folgt diesem Schema, nimmt jedoch eine Dreiteilung vor mit den Kapiteln: „Station und Auftrag der Kirche“, „Biblich-theologische Begründung“, und „Richtlinien und Regelungen“. Soweit ich sehe, findet diese Konzeption in den gliedkirchlichen Stellungnahmen allgemein Zustimmung, und dieser Grundansatz ist das eigentlich Neue an dem vorliegenden Entwurf: indem er deutlich macht, daß die rechtlichen Regelungen ein Extrakt der vorhergehenden Teile sind, wird der Vorrang der theologisch-seelsorgerlichen Elemente einer Lebensordnung klarer als bei der Vermischung theologischer und rechtlicher Gesichtspunkte in den bisherigen Lebensordnungen (vgl. Albert Stein, Evangelisches Kirchenrecht, 3. Auflage, Neuwied 1992 S. 34)

III. Der Auftrag

1) Die Frage nach dem Auftrag des Kirchenrechts und damit nach dem Auftrag einer Lebensordnung beantwortet die 3. Barmer These, wonach die christliche Gemeinde „mit ihrem Glauben wie mit ihrem Gehorsam, mit ihrer Botschaft wie mit ihrer Ordnung mitten in der Welt der Sünde als die Kirche der begnadigten Sünder zu bezeugen (hat), daß sie allein sein Eigentum ist, allein von seinem Trost und seiner Weisung in Erwartung seiner Erscheinung lebt und leben möchte.“ Das Votum des Theologischen Ausschusses der EKU von 1980 zu Barmen III spricht in diesem Zusammenhang vom Zeugnischarakter kirchlichen Rechts. Diese Bezeichnung sei nach Meinung des Votums noch deutlicher als der bis dahin vorherrschende Begriff des bekennenden Kirchenrechts, mit dem gemeinhin der besondere Charakter des evangelischen Kirchenrechts beschrieben werde. Das Votum stützt sich im übrigen auf die These, Kirchenrecht sei gegenüber dem weltlichen Recht nicht nur eigenständiges, sondern eigengeartetes Recht. Es folgt damit den großen Entwürfen für eine Be-

gründung des evangelischen Kirchenrechts, die relativ bald nach dem Zweiten Weltkrieg von Erik Wolf, Johannes Heckel und Hans Dombois vorgelegt worden sind.

Diese Spaltung des Rechts in einen doppelten Rechtsbegriff - dort Welt, hier Kirche, dort westliches Zwangsrecht, hier Liebesrecht -, wie sie vornehmlich im Konzept von Johannes Heckel vertreten wird, hat uns im Rechtsausschuß der Arnoldshainer Konferenz gerade auch zu Beginn der Lebensordnungsarbeit beschäftigt. Letztlich trägt diese rechtstheoretische Frage für die praktische Handhabung des kirchlichen Gesetzgebers oder Anwenders nichts aus. Heute überwiegt in der Kirchenrechtswissenschaft zudem unter Verweis auf Barmen I - Jesus Christus der Herr der Welt und der Kirchen - eher die Auffassung vom einheitlichen Rechtsbegriff.

Kirchliches Recht hat danach keine höhere Dignität oder andere Qualität als anderes Recht, aber es hat den spezifischen kirchlichen Auftrag zu erfüllen. Deshalb wird heute häufiger vom Antwortcharakter des evangelischen Kirchenrechts gesprochen (vgl. Klaus Schlaich, Kirchenrecht und Kirche, ZevKR 28. 337 (353)). Kirchenrecht ist menschliches Recht, aber es ist Antwort auf das Evangelium („antwortende Entsprechung“, so Wolfgang Huber: Die wirkliche Kirche. Das Verhältnis von Botschaft und Ordnung als Grundproblem des evangelischen Kirchenverständnisses im Anschluß an die 3. Barmer These, in: Burgsmüller (Hg.), Barmen III, Bd. I Anm. 48 S. 251). Es antwortet auf das Evangelium nach dem Maß menschlicher Einsicht und ist auf das ausgerichtet, was der Gemeinde dient (Martin Honecker, Theologische Realenzyklopädie 18. 1990. S. 743). Die Ordnungen der Kirche sind deshalb nicht beliebig, sondern stehen mit ihrer Identität in untrennbarem Zusammenhang. Doch ist kirchliches Recht wirkliches Recht. Es unterliegt der allgemeinen Rechtsidee, hat Teil an allgemeinen Rechtsgrundsätzen und speist sich wie das staatliche Recht aus Rechtsquellen.

2) Die Lehre von den Rechtsquellen gehört zur Rechtslehre; diese zu entfalten, ist hier nicht der Ort. Nur soviel: Die Rechtsquellen stehen in einer hierarchischen Rangordnung, d.h., die nächsthöhere Rechtsquelle geht der vorigen im Range vor. Nach der Rechtsquellenlehre werden an erster Stelle die Rechtsgrundsätze genannt. Sie sind fundamentale Normen, die auch als „überpositives Recht“ bezeichnet werden, z.B. im Grundrechtskatalog des Grundgesetzes ihren Niederschlag gefunden haben. Auch der Grundsatz von Treu und Glauben des Bürgerlichen Gesetzbuches ist ein fundamentaler Rechtsgrundsatz. Doch gelten diese Grundsätze trotz ihres höchstens Ranges nur subsidiär, weil z.B. allein aufgrund der Prinzipien von Treu und Glauben kein Streitfall entschieden werden könnte. Vielmehr bedarf es dazu der Ableitung von Rechtssätzen aus den Grundsätzen. Eine Rechtsfrage ist deshalb zunächst nach den speziellen Rechtsquellen zu entscheiden. Erst wenn diese keine hinreichende Entscheidungsgrundlage bilden oder ein offener Widerspruch zu höher-rangigen Rechtsgrundsätzen zu erkennen ist, kann auf sie zurückgegriffen werden (Hans-Jürgen Wolff, Verwaltungsrecht, Band I 7. Auflage 1968, § 25). Auf diesem Prinzip beruht im deutschen Recht die Normenkontrolle durch das Bundesverfassungsgericht. In der Skala der Rechtsquellen folgt im staatlichen Recht den Rechtsgrundsätzen das Gewohnheitsrecht, das Staatengemeinschaftsrecht, das richterliche Urteilsrecht, die Gesetze, die Rechtsverordnungen, die Satzungen.

3) Im Kirchenrecht findet diese Skala ihre Entsprechung, wenn auch nur teilweise, weil z.B. das richterliche Urteilsrecht nur eine untergeordnete Rolle spielt. Jeder kirchenrechtlichen Regelung vorgeordnet ist der Auftrag, das Evangelium zu bezeugen. Deshalb sind die

Grundsätze von Schrift und Bekenntnis als am ranghöchsten zu bezeichnen. Sie werden in der Kirchenrechtswissenschaft als biblische Weisungen definiert, wie z.B. der Verkündigungsauftrag, der Taufbefehl, das Liebesgebot (vgl. die Zusammenstellung bei Albert Stein, a.a.O., S. 24 ff.). Die Grundsätze von Schrift und Bekenntnis sind der bestimmende Faktor allen kirchlichen Rechts, und durch sie wird auch die Gemeinschaft in der Ökumene bestimmt. Deswegen stellen Kirchenverfassungen die Bindung an Schrift und Bekenntnis allen weiteren Artikeln voran. Auch in der Rechtsanwendung sind Schrift und Bekenntnis oberste Instanz. Auf einer Tagung der Arnoldshainer Konferenz für Richter an Kirchengerichten haben wir 1982 diese Thematik unter der Fragestellung „Inwieweit sind Schrift und Bekenntnis höherrangige Normen gegenüber dem positiven Recht?“ erörtert. Dabei erzählte Landesbischof Engelhardt von dem Vikar, der die staatliche Eheschließung ablehnte und unter Berufung auf Schrift und Bekenntnis nur kirchlich getraut werden wollte. Das ist ein gutes Beispiel dafür, daß auch in der Kirche bei der Rechtsanwendung zunächst die speziellen Vorschriften zum Zuge kommen.

IV. Die Rechtsqualität

1) Um welche Art von Rechtsquellen handelt es sich nun bei der kirchlichen Lebensordnung? Oder anders gefragt: Welches ist die Rechtsqualität von Lebensordnungen? Diese Frage stürzt uns Juristen in einige Verlegenheit. Sie läßt sich nur differenziert beantworten. Denn Lebensordnungen wollen auf der einen Seite möglichst kein Recht, sondern seelsorgerliche Orientierung sein, doch läßt sich auf der anderen Seite nicht übersehen, daß sie rechtliche Wirklichkeit ausstrahlen. Sie haben deshalb einen schillernden Charakter (Hans Liermann, Die kirchliche Lebensordnung, in: Lutherische Monatshefte 1967, S. 63 ff.). Dieser Zustand wird dadurch verstärkt, daß eine Vielzahl von Sachgebieten und Adressaten in der Lebensordnung enthalten ist und in der dritten Generation von Lebensordnungen eher eine Vermehrung als eine Verminderung der Sachgebiete Platz greift wie z. B. im neuen Entwurf der EKV das Kapitel 8 „Geld und Besitz“.

Die geltende Lebensordnung ist als ein Kirchengesetz in Paragraphenform von der Synode erlassen worden, doch unterstreicht der Vor-spruch, daß die Lebensordnung kein Gesetz sei. Wie ist dieser Widerspruch aufzulösen?

2) Juristen unterscheiden zwischen Gesetzen in materiellem und in formellem Sinn. Gesetz im materiellen Sinn ist jeder positive Rechts-satz oder jede Rechtsnorm, die mit dem Anspruch auftritt, verbindlich zu sein. Rechtsnormen formulieren ihrem Sinne nach: jedesmal, wenn ein bestimmter Tatbestand erfüllt ist, soll eine Rechtsfolge gesetzt oder hingenommen werden.

Gesetz im formellen Sinn ist ein in einem verfassungsgemäßigen Gesetzgebungsverfahren zustande gekommener Willensakt der Gesetzgebungsorgane ohne Rücksicht auf seinen materiellen Charakter. Die geltende Lebensordnung ist nach dieser Definition ein formelles Gesetz, weil es von der Synode als gesetzgebendem Organ geschäftsordnungsgemäß nach zweimaliger Beratung und Beschlußfassung erlassen wurde. Die Lebensordnung ist aber nur bedingt ein materielles Gesetz, weil ihr der normative Charakter im beschriebenen Sinn weithin fehlt. Der Grund dafür ist schlicht und einfach: Es wird das Leben der Christen zum Ausgangspunkt genommen, und Leben, das geordnet werden soll, läßt sich eben nur zu einem geringen Teil in Rechtssätze fassen. Es geht in erster Linie um geistliche, sakramentale, seelsorgerliche und pastoraletische Anweisungen und Hilfen, bei denen rechtliche Kategorien zurückstehen (Günter Wendt,

Zur kirchenrechtlichen Problematik der Ordnung des kirchlichen Lebens, in: ZevKR 10. 1963/64 S. 10 ff.).

Deshalb fragt auch Friedrich Winter in seinem Aufsatz „Die Problematik einer kirchlichen Lebensordnung“ (Theologische Literaturzeitung 1972 S. 642 ff.) die Bezeichnung Ordnung an. Doch meine ich, daß gerade die Kombination geistlicher und rechtlicher Elemente eine kirchliche Ordnung ausmacht, übrigens auch eine „Kirchenverfassung“ oder „Grundordnung“, und deshalb zu Recht am Begriff Ordnung festgehalten wird. Auch der zitierte Entwurf des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR „Mit der Kirche leben“ verwendet für sich den Begriff Ordnung. Hinzu kommt die Erwägung, daß die Lebensordnung kein isoliertes Dasein führt, sondern in das Gesamtgefüge theologisch verantworteter kirchlicher Ordnungen eingebunden ist, vor allem in das kirchliche Verfassungsrecht, in das Dienstrecht, in das Lehrbeanstandungs- und Visitationsrecht.

3) Wie ausgeführt, läßt sich die Frage nach der rechtlichen Qualität von Lebensordnungsbestimmungen nur differenziert beantworten. Es kommt jeweils darauf an, ob es sich um Rechtsnormen oder nur um Aussagen oder Feststellungen handelt. Dies muß anhand der Bestimmungen jeweils untersucht werden, wobei darauf hinzuweisen ist, daß auch Aussagen Rechtsnormcharakter haben können. Wenn es z.B. in Art. 1 bei der Bestattung (S. 62) heißt, daß der Pfarrer oder die Pfarrerin mit den Hinterbliebenen ein seelsorgerliches Gespräch führt, ist das eine Aussage oder Feststellung, aber zugleich eine Verpflichtung der Seelsorger und Seelsorgerinnen. Der Entwurf der neuen Lebensordnung vermeidet in der Überschrift zum jeweils dritten Teil das Wort Recht oder Rechtsgrundsätze, sondern spricht von Richtlinien und Regelungen. Darin liegt eine gewisse Verlegenheit beschlossen, weil Oberbegriffe gefunden werden müssen, die den Normcharakter offen lassen. Deshalb scheint es mir nützlich und notwendig zu sein, interpretatorische Hilfestellungen unter Hinweis auf die Kategorien Muß-Vorschrift und Kann-Vorschrift zu geben.

4) Bestimmungen der Lebensordnungen, die als Rechtsnormen zu qualifizieren sind, finden sich z.B. im Amtshandlungsrecht bei den Versagungsgründen, im Abschnitt Seelsorge, Beratung und Beichte, aber auch in dem neuen Abschnitt Geld und Besitz.

Muß-Vorschriften verlangen vom Adressaten ein bestimmtes Verhalten. Es ist ein rechtlicher Befehl, dessen Nichtbeachtung i.d.R. Sanktionen nach sich zieht. Freilich kommen Muß-Vorschriften in einer Lebensordnung weniger vor und dort, wo sie vorkommen, sind sie meistens eine Wiederholung von andernorts geregelten gesetzlichen Bestimmungen. So verhält es sich z.B. mit der seelsorgerlichen Schweigepflicht und dem Beichtgeheimnis. Diese sind Bestandteil des Dienstrechts, manchmal auch des Verfassungsrechts. Die Verletzung des Beichtgeheimnisses durch Ordinierte ist eine Amtspflichtverletzung, die disziplinarisch geahndet wird. Dies ist jedoch zunächst nicht aus der Lebensordnung abzuleiten, sondern aus den genannten höherrangigen Rechtsquellen.

5) Weitere Muß-Bestimmungen, wenn auch ganz anderer Art, sind in Artikel 5 des Abschnitts über die Taufe enthalten. Nach Absatz 1 ist die Taufe zurückzustellen, wenn die Eltern das Taufgespräch verweigern oder wenn Sorgeberechtigte der Taufe widersprechen oder wenn die evangelische Erziehung des Kindes abgelehnt wird. Nach Absatz 2 darf die Taufe eines Kindes, dessen Eltern nicht der evangelischen Kirche angehören, nur vollzogen werden, wenn die Eltern damit einverstanden und Patinnen und Paten oder andere Gemeindeglieder bereit und in der Lage sind, Verantwortung für die evangelische Erziehung des Kindes zu übernehmen. Andernfalls muß die Taufe zu-

rückgestellt werden. Nach Absatz 3 ist die Taufe von Erwachsenen zurückzustellen, wenn sie an der Taufunterweisung nicht teilgenommen haben oder wenn das Taufgespräch ergibt, daß das Begehren nicht ernsthaft ist.

Alle drei Absätze des Artikels 5 sind Muß-Vorschriften; gleichwohl ist die Spannung unübersehbar zwischen der Qualifizierung als Muß-Vorschrift und der Aussage, die Lebensordnung sei kein Gesetz. Ist also die genannte Bestimmung des Artikels 5 keine Norm und nicht verbindlich? Bevor ich antworte und im nächsten Abschnitt das Thema „Verbindlichkeit“ behandle, will ich noch die anderen beiden Typen Soll- und Kann-Vorschriften erläutern. Bei beiden handelt es sich um Ermessensformen. Der Unterschied zwischen Soll- und Kann-Vorschriften liegt aber darin, daß von Soll-Vorschriften nur ausnahmsweise mit wohl erwogenen Gründen abgewichen werden kann, während Kann-Vorschriften einen Ermessensspielraum eröffnen, der aber nicht ad libitum oder gar willkürlich gebraucht werden darf, sondern sich am Gesamtzweck der Rechtsmaterie orientiert. Es ergibt sich aus der Natur der Lebensordnung, daß die Rechtssätze, die Ermessungsentscheidungen erlauben, überwiegen. Soll-Vorschriften finden sich z.B. beim Patenamts, beim Gottesdienst, bei der Bestattung Ungetaufter. Ausdrückliche Kann-Bestimmungen sind im Regelungsteil des Kapitels 1 über Gottesdienst und Abendmahl enthalten (z.B. Artikel 6 Absatz 4) sowie im Kapitel Kirchenmitgliedschaft (Artikel 11). Bei Ermessungsentscheidungen im weltlichen Recht sind leitende Rechtsgrundsätze, von denen ich vorher im anderen Zusammenhang gesprochen habe, eine wesentliche Hilfe bei der Entscheidungsfindung. Dies gilt noch viel mehr für die Lebensordnung in ihrem Eingebettetsein in kirchliches Verfassungsrecht und in die Grundsätze von Schrift und Bekenntnis.

V. Die Verbindlichkeit

1) Bei der Vorbereitung dieser Synodaltagung vor etwa einem Jahr sollte das rechtlich zu verhandelnde Thema „Die Verbindlichkeit kirchlicher Lebensordnungen“ heißen. Die Frage nach der Verbindlichkeit ist also diejenige, die uns Juristen immer wieder gestellt wird. Ich habe versucht, im vorhergehenden Abschnitt Rechtsqualität unter Verwendung juristischer Kategorien der Muß-, Soll-, und Kann-Vorschriften eine Antwort zu geben. Rechtsqualität und Verbindlichkeit stehen in einer engen Beziehung zueinander. Ein Rechtssatz, der sich in einer Norm verdichtet, muß, soll oder kann befolgt werden. Er ist verbindlich. Unverbindliche Rechtsnormen gibt es nicht. Bloße Aussagen oder Feststellungen können nicht verbindlich sein.

2) Inwiefern gilt das nun für die kirchliche Lebensordnung, die auch Rechtsnormen als Muß-, Soll- und Kann-Vorschriften enthält und doch kein Gesetz sein will? Hier befindet sich der Kirchenjurist in einem Dilemma. Albert Stein begegnete ihm in seinem Vortrag vor der Arnoldshainer Konferenz durch Übernahme der Begriffe „Handlungsentwurf“ und „Regelungsmodell“ aus der modernen Rechtsphilosophie (Rudolf Bäuml: Staat, Recht und Geschichte, Zürich 1961, S. 24; Werner Maihofer, Realistische Jurisprudenz in: G. Jahr - W. Maihofer, Rechtstheorie, Frankfurt 1971, S. 427 ff.). Recht wird hier nicht als Satz verstanden, der von oben nach unten etwas zu erzwingen sucht, sondern als Anleitung, „einem Problem der Wirklichkeit nach Möglichkeit gerecht zu werden, indem Handlungen voraus entworfen und für Konfliktmöglichkeiten eine Regelung angeboten wird“. Andere Autoren setzen sich dafür ein, die Dispens aus dem kanonischen Recht als Institut des evangelischen Lebensordnungsrechts einzuführen, wofür es bereits Ansätze gibt, wie z.B. bei der Bestattung Ausgetretener (vgl. Hartwig Niemann in: ZevKR 29. 1984 S. 123).

Überzeugender erscheint mir ein Rückgriff auf die Kategorien der Rechtsphilosophie zur Geltung von Rechtsnormen. Der Geltungsbegriff umfaßt danach drei Modalitäten: die moralische, die sozial-ethische und die obrigkeitliche Geltung. Die moralische Geltung beansprucht das eigene Gewissen, daß die gerechte Norm auch ohne Sanktionen als Pflicht ins Bewußtsein hebt. Die sozialetische Geltung einer Norm meint die Anerkennung der in einem Volk herrschenden Anschauung und Wertvorstellung, und die obrigkeitliche Geltung meint ihre Erzwingbarkeit (vgl. Reinhold Zippelius in: Ev. Staatslexikon, 2. Aufl. 1975, S. 1983 ff).

3) Es ist deutlich, daß Lebensordnungsnormen nicht mit Zwang durchsetzbar sind. Die Mittel, die in der Kirche zur Durchsetzung kirchlichen Rechts zur Verfügung stehen, sind ohnehin gering: bei Gemeindegliedern der Entzug kirchlicher Rechte, bei Gemeindegemeinderäten die Auflösung wegen erheblicher Rechtsverstöße, bei Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern dienstrechtliche bzw. arbeitsrechtliche Konsequenzen. Doch die moralischen und sozialetischen Kategorien einer Geltung rechtlicher Bestimmungen haben ihre Legitimation auch und gerade in der Rechtsgemeinschaft Kirche. Außerdem treten spezifisch geistliche und kirchliche Kategorien hinzu, wenn es im Vorspruch heißt, um der Liebe willen solle die Ordnung eingehalten werden. Ihr solle sich niemand ohne gewichtigen Grund entziehen. Bischof Jänicke, der frühere Bischof der Kirchenprovinz Sachsen, schrieb vor vierzig Jahren im Auftrag seiner Synode einen persönlichen Brief an seine Schwestern und Brüder im Amt. Der Brief trug die Überschrift „Zur Frage der Verbindlichkeit kirchlicher Ordnungen“ (Johannes Jänicke: Kirche in der Zeit 1961 S. 328). Mit einem Zitat aus diesem Brief will ich den ersten Teil des Vortrages abschließen: „Kirchliche Ordnung ist verbindlich, weil die Liebe zu den Schwestern und Brüdern verbindlich ist und uns zu gemeinsamem Weg und Handeln verpflichtet, und „daran wird jedermann erkennen, daß ihr meine Jünger seid, so ihr Liebe untereinander habt, spricht der Herr“ (Joh. 13,35).

B. Besonderer Teil

Im zweiten Teil möchte ich aus rechtlicher Sicht über den Themenkatalog von Lebensordnungen sprechen und einige Artikel des vorliegenden Entwurfs kommentieren.

Die geltende Lebensordnung der EKV von 1955 weist nach dem Vorbild der Lebensordnung der Altpreußischen Union von 1930 zehn Abschnitte auf: Chronologisch behandelt sie das Christenleben von der Taufe bis zur Bestattung. Den Schlußabschnitt bilden Aufnahme in die Kirche und Kirchengaustritt.

- I. Von der Heiligen Taufe
- II. Von der evangelischen Erziehung und von der Konfirmation
- III. Von der Jungen Gemeinde
- IV. Vom Gottesdienst
- V. Vom Heiligen Abendmahl
- VI. Von der Seelsorge, von der Beichte und von der kirchlichen Zucht.
- VII. Vom Leben und Dienst unter dem Wort
- VIII. Von der Trauung
- IX. Von der kirchlichen Bestattung
- X. Von der Aufnahme in die Kirche und den Folgen des Austritts

Der neue Entwurf enthält neun Kapitel und weicht von dem chronologischen Schema ab. Er faßt im ersten Kapitel Gottesdienst und Abendmahl zusammen, behandelt im zweiten die Kirchenmitgliedschaft und die Beteiligung am Gemeindeleben. Es folgen die Amtshandlungen im Kapitel 3, 4 und 6. Seelsorge, Beratung und Beichte sind im Kapitel 5 enthalten. Neu sind die Abschnitte 7: Dienst, Mitarbeit und Leitung, 8: Geld und Besitz, und schließlich 9: Verantwortung in Öffentlichkeit, Gesellschaft und Politik.

Gottesdienst und Abendmahl (Kapitel 1)

Die herausragende Bedeutung von Gottesdienst und Abendmahl wird durch die Platzierung an erster Stelle deutlich. Der Entwurf knüpft damit an das Lehr- und Handbuch des Kirchenrechts von Erik Wolf an, das wie folgt einsetzt: „Bekennendes Kirchenrecht ist Ordnung des Gottesdienstes. Systematisch - nicht nur historisch - ist alles Kirchenrecht im Grunde Gottesdienstordnung“. Von rechtlicher Relevanz ist in diesem Kapitel zunächst der Artikel 1 über die Gottesdienstzeiten. Grundsätzlich wird am Sonntagsgottesdienst festgehalten. Orte und Zeit bestimmt der Gemeindegemeinderat. Soll jedoch der Gottesdienst immer an einem anderen Tag als am Sonntag stattfinden, bedarf dies der Zustimmung des Kreiskirchenrates. Wie aktuell diese Bestimmung in ihrer praktischen Notwendigkeit ist, bedarf in der gegenwärtigen Situation - vor allem im Osten Deutschlands - keiner besonderen Begründung. Nach Artikel 3 ist die Verkündigung im Gottesdienst an die Heilige Schrift gebunden. Die biblischen Lesungen sollen in der eingeführten Bibelübersetzung vorgetragen werden. Die geltende Lebensordnung schreibt in Artikel 36 noch die Verwendung von Luthers Übersetzung der Heiligen Schrift vor. Von besonderer Bedeutung ist in diesem Kapitel Artikel 6 über die Teilnahme am Abendmahl. In Absatz 1 wird festgeschrieben, daß grundlegende Voraussetzung für die Teilnahme die Taufe ist. Mir fällt auf, daß dieser Satz in der biblisch-theologischen Grundlegung nicht problematisiert wird, obwohl die Frage - kein Abendmahl ohne Taufe - immer wieder einmal virulent ist.

Die weiteren Absätze über das Abendmahl während der Konfirmandenunterweisung und über das sogenannte Kinderabendmahl sind wortgleich aus dem Muster der Arnoldshainer Konferenz übernommen worden. Es ist erfreulich, daß inzwischen über diese Fragen eine so breite Übereinstimmung besteht. Die Möglichkeit eines Ausschlusses vom Abendmahl ist im Kapitel 2 Kirchenmitgliedschaft (§ 6 Absatz 1 S. 1) enthalten. Ob das die richtige Platzierung ist, sollte noch einmal überprüft werden.

Kirchenmitgliedschaft und Beteiligung am Gemeindeleben (Kapitel 2)

1) Ein Charakteristikum der Lebensordnungen ist der enge Zusammenhang mit der Kirchenmitgliedschaft, denn es geht in den Lebensordnungen zunächst einmal um die christliche Existenz der getauften Gemeindeglieder in einzelnen Abschnitten und Situationen ihres Lebens. So setzt der Wahrnehmungsteil (...) auch damit ein: „Theologisch verstanden ist die Kirche die geistliche Gemeinschaft der in Jesus Christus verbundenen Gemeindeglieder“, und der biblisch-theologische Teil (II) unterstreicht, daß die Taufe die Zugehörigkeit zur Kirche konstituiert. Eine Weiterentwicklung gegenüber der geltenden Lebensordnung ist darin zu erkennen, daß der missionarische Impuls auch Nichtchristen einbezieht, wenn es in Teil II heißt: „Mit ihrem öffentlichen Wirken, mit ihrer Verkündigung, ihren diakonischen und kulturellen Angeboten wendet sich die Kirche an alle Menschen“ (Seite 24). Es überrascht allerdings, daß im Regelungsteil wenig von der angemahnten Öffnung für Nichtmitglieder übrig bleibt: Artikel 10 handelt von dem Dienst an Ausgetretenen. Die Gemeinde wird in Pflicht genommen, „Ausgetretenen nachzugehen, sie zu informieren, für sie zu beten und sie immer wieder auch zur Rückkehr in die Kirche einzuladen“. Und in Artikel 11 über die gastweise Mitarbeit kann ein Nichtmitglied auf Wunsch als mitarbeitender Gast in ein Register der Kirchengemeinde, des Kirchenkreises oder einer anderen kirchlichen Einrichtung eingetragen werden. Kirchliche Einrichtungen und Kirchengemeinden können mitarbeitenden Gästen bestimmte Rechte der Beratung und Mitwirkung einräumen.

2) In diesem Zusammenhang gehören auch weitere, neue Fragen der Kirchenmitgliedschaft, die im Entwurf nicht vorkommen, aber von den östlichen Kirchen in die Diskussion gebracht wurden, nämlich z.B. die Einführung einer gestuften Mitgliedschaft, die unterschiedliche Grade der Beteiligung am kirchlichen Leben ermöglichen soll (vgl. „Minderheit mit Zukunft“ - Zwischenbilanz und Anregungen zur Weiterarbeit in den Kirchen. Im Auftrag des Kirchenamtes der EKD herausgegeben von Helmut Zeddies u.a.). Die Tatsache, daß sich in der Gemeinde Getaufte und Ungetaufte zusammenfinden, war für die Kirchen in Ostdeutschland zu einer fast alltäglichen Erfahrung geworden. Deshalb sind schon vor der Wende Überlegungen angestellt worden, ob und wie den Ungetauften rechtlich eine Mitwirkung in der Gemeinde ermöglicht werden kann. Gleichzeitig wurde vielfach der zwingende Zusammenhang zwischen der durch die Kindertaufe begründeten Mitgliedschaft und den späteren rechtlichen Pflichten, insbesondere der Kirchensteuerverpflichtung, problematisiert. Jörg Winter hat in einem Vortrag bei der letzten Richtertagung der Arnoldshainer Konferenz im Mai 1997 diese Problematik im einzelnen abgehandelt und darauf verwiesen, wie schwierig es sei, mit den soziologischen Veränderungen theologisch und juristisch angemessen umzugehen. Die Zeiten, in denen es zur bürgerlichen Wohlständigkeit gehörte, Mitglied einer der beiden großen Kirchen zu sein, seien auch im Westen endgültig vorbei. Die im Kindesalter ohne eigenes Zutun erworbene Kirchenmitgliedschaft werde immer weniger als lebenslange Verpflichtung akzeptiert. Die Beibehaltung der Mitgliedschaft werde vielmehr im Sinne eines sozialen Tauschverhältnisses einem Kosten-Nutzen-Denken unterworfen, das der Logik von Leistung und Gegenleistung folgte. Zu Recht kritisierte er, auch die Kirche selbst lasse sich in zunehmendem Maße auf die Denkweise ein, wenn wie selbstverständlich vom Markt der Weltanschauungen gesprochen werde, auf dem man sich behaupten müsse.

3) Anfang der achtziger Jahre hat es im Bund der Evangelischen Kirchen in der DDR Bemühungen gegeben, ein Kirchenmitgliedschaftsgesetz zu erlassen und dabei neue Formen von Kirchenmitgliedschaft zu beschreiben. Das ist nicht geglückt. Man hat sich nicht darüber verständigen können, in welcher Weise Menschen, die nicht getauft sind, als Quasi-Mitglieder behandelt werden können. Ob hier rechtliche Differenzierungen im Sinne einer gestuften Mitgliedschaft überhaupt weiterhelfen können, ist mir fraglich. Dazu sind die Verhältnisse im Einzelfall zu verschieden. So verdienen Katechumenen eine andere Betrachtungsweise als Menschen, die das Bedürfnis nach einer „Schnupperkirche“ haben. Rechte und Pflichten entstehen eben erst bei vollständiger Mitgliedschaft. Deswegen finde ich es im Ergebnis richtig, wenn der vorliegende Entwurf von der Begrifflichkeit der gestuften Mitgliedschaft absieht.

Trotzdem sollte sich der Ausschuß den Fragen der Beteiligung von Nichtmitgliedern noch einmal unter Berücksichtigung der Studie „Kirche mit Hoffnung“ - Leitlinien künftiger kirchlicher Arbeit in Ostdeutschland - im Auftrag des Kirchenamtes der EKD herausgegeben von Helmut Zeddies (1998) widmen. Darin heißt es (S. 25): „In der Gemeinde müssen auch die Ungetauften willkommen sein ebenso wie die, die nur Kirche bei Gelegenheit suchen. Sie kommen, ohne sich zu binden, weil sie nicht wissen, wie lange sie bleiben wollen. Auch sie haben ein Recht, dabei zu sein, ernst genommen zu werden und auch mitarbeiten zu können.“

4) Besondere Aufmerksamkeit in diesem Kapitel verdienen die Artikel 4 und 6. Artikel 4 handelt von den Rechten der Kirchenmitglieder. Eine solche Bestimmung ist neu. Bisher bestehen die Berechtigungen fast nur darin, Beschwerde gegen die Ablehnungen von Amtshandlungen einzulegen. Der Katalog der fünf Spiegelstriche des Artikels 4 unterstreicht hingegen die Teilnahmebefugnis der Kirchen-

mitglieder am kirchlichen Leben und an der Gemeindeleitung durch Ausübung des kirchlichen Wahlrechts.

Die Frage, ob Berechtigungen der Gemeindeglieder ausdrücklich in die kirchliche Rechtsordnung aufgenommen werden sollen, ist seit einigen Jahren aktuell. Insbesondere bei der Gestaltung von Kirchenverfassungen, geht es um die Frage, ob Grundrechte der Kirchenmitglieder in die Verfassungen aufgenommen werden sollen, „ob die Kirche für ihre innere Ordnung, die sich aus dem Verkündigungsauftrag ergibt und an ihm ihr Maß hat, Forderungen berücksichtigen muß, die dem Menschenrechtsgedanken entstammen“ (Wolfgang Huber/Heinz Eduard Tödt, Menschenrechte, München 1977 S. 199.) Im Recht der römisch-katholischen Kirche, im Corpus Iuris Canonici sind Grundrechte wie selbstverständlich festgeschrieben, auch wenn die Rechtsstellung der Katholiken sich differenziert in die allen Kirchengliedern gemeinsamen Rechte, in die Rechte der Laien, der Kleriker und der Ordensleute, und auch, wenn die Rechte der Katholiken ihre Schranken in der kirchlichen Autorität finden.

In der evangelischen Kirche wird eine Debatte über das Thema Grundrechte seit etwa 25 Jahren geführt. Die Evangelisch-reformierte Kirche hat als einzige Gliedkirche der EKD bisher eine Grundrechtsbestimmung in ihre Verfassung von 1988 aufgenommen. § 2 trägt die Überschrift „Grundrechte“ und lautet:

(1) Die Botschaft der Heiligen Schrift Alten und Neuen Testaments gilt allen Menschen. Darum hat jeder das Recht, am Gottesdienst und am ganzen Leben der Kirchengemeinde teilzuhaben. Jeder hat das Recht, Glied der Kirchengemeinde zu werden. Niemand darf gegen sein Gewissen zur Mitgliedschaft gezwungen werden.

(2) Als Gemeinschaft von Schwestern und Brüdern bezeugt die Evangelisch-reformierte Kirche (Synode evangelisch-reformierter Kirchen in Bayern und Nordwestdeutschland) Jesus Christus als das Haupt der Kirche. In ihm haben alle Unterschiede der Menschen ihre trennende Bedeutung verloren. Darum darf niemand wegen seiner Herkunft oder seines Geschlechtes benachteiligt werden.

(3) Die Evangelisch-reformierte Kirche (Synode evangelisch-reformierter Kirchen in Bayern und Nordwestdeutschland) hat in ihrer Ordnung und in ihrem Handeln die Würde jedes einzelnen Menschen zu achten und für sie einzutreten. Sie sucht das Gespräch mit anderen Menschen und Gruppen, die nach der Wahrheit fragen und Wege der Gerechtigkeit, des Friedens und der Bewahrung der Schöpfung gehen wollen.

Während der von mir eingangs zitierte Staats- und Kirchenrechtler Ulrich Scheuner eine grundrechtliche Sicherung von Christenrechten mit der Begründung ablehnt, Grundrechte seien im Staat als Abwehrrechte entstanden und hätten deshalb im kirchlichen Bereich keinen Platz (in: Zeitwende 1967 S. 378), halten neuere Autoren die Anerkennung von Grundrechten oder Christenrechten in der Kirche mit dem Hinweis auf die 3. Barmer These für unverzichtbar (Dietrich Pirson, Grundrechte in der Kirche, in: ZevKR 17. 1972 S. 358 (366), Klaus Obermayer, Aufgabe einer evangelischen Kirchenverfassung in dieser Zeit, in: ZevKR 32. 1987 S. 5 ff.) Die Stellung aller einzelnen in der Kirche werde damit als Freiheit (der Kinder Gottes), als Gleichheit (von Schwestern und Brüdern) und als aktive Teilhabe (der Glieder am Leibe Christi) bestimmt (Wolfgang Huber, Gerechtigkeit und Recht, Gütersloh 1996 S. 434 ff.) Es wird dementsprechend ein Grundrechtskatalog entwickelt, an dessen erster Stelle das Recht auf Zugang zum Glauben und auf Teilnahme am Gottesdienst sowie auf christliche Unterweisung und Seelsorge steht. In der Evangelische Kirche in Hessen und Nassau wird gegenwärtig der Ent-

wurf einer Lebensordnung beraten, der einen umfangreichen Katalog von Christenrechten aufweist, der bis zur Inanspruchnahme von Gemeinderäumen für private Zwecke der Kirchenmitglieder reicht. Nun zurück zu unserem Ausgangspunkt, Artikel 4. Er trägt die Überschrift „Rechte der Kirchenmitglieder“, formuliert im Text jedoch keine Rechtsansprüche, sondern leitet die Berechtigungen der fünf Spiegelstriche mit der Formulierung ein: „Sie (die Kirchenmitglieder) sind berufen, am kirchlichen Leben teilzunehmen“ usw. Es bleibt also im Dunkeln, ob hier Christenrechte in dem von mir beschriebenen Sinne gemeint sind. Auch die vorangegangenen beiden Teile, insbesondere die theologische Begründung, gibt dazu keine Hinweise. Der Ausschuß sollte sich der Thematik noch einmal annehmen.

5) Artikel 6 des Kapitels „Kirchenmitgliedschaft) handelt vom Verlust der kirchlichen Rechte. In Absatz 1 wird als Beispielfall der Verlust des Rechts auf Teilnahme am Abendmahl genannt. Diese Bestimmung ist gewissermaßen der Rest der Kirchengliederung, die ja inzwischen zum Fremdwort geworden ist, obwohl sie in der ersten und zweiten Generation der Lebensordnungen geradezu Motiv der Ordnungen war. Artikel 6 Absatz 1 ist eine Kann-Bestimmung und nennt als Kriterien für den möglichen Verlust der kirchlichen Rechte „die Wahrheit des Evangeliums leugnen, die Kirche unglaubwürdig machen oder die kirchliche Gemeinschaft zerstören“. Sie gibt die Entscheidung in die Hand des Gemeindegemeinderates und verweist in Absatz 3 auf gliedkirchliches Recht. Ich habe gegen die Bestimmung erhebliche rechtliche Bedenken, weil sie zu unbestimmt ist. Welche Rechte sind es denn, die verloren werden können, die in Artikel 4 genannten (auch das Recht auf Teilnahme am kirchlichen Leben?) Oder noch andere?

6) Einer besonderen Kommentierung aus rechtlicher Sicht bedarf ferner Artikel 9: Wiederaufnahme in die Kirche. Sie wird merkwürdigerweise im Wahrnehmungsteil und im Teil Biblisch-theologische Orientierung gar nicht behandelt, obwohl die Wiederaufnahme Ausgetretener glücklicherweise keine Rarität ist. Der geltende Artikel 80 ist seit langem obsolet geworden. Die darin enthaltenen hohen Hürden (u.a. Teilnahme am Gemeindeleben und an einem Unterricht, um die Ernsthaftigkeit des Wiederaufnahmebegehrens zu beweisen, drei Monate Wartezeit) sind gefallen, und der einladende Charakter hat in der neuen Wiederaufnahmeregelung seinen Niederschlag gefunden (Artikel 9). Er ermöglicht auch den Wiedereintritt in zentralen Eintrittsstellen, die den Wiedereintritt nicht nur vermitteln, sondern ihn auch vollziehen. Es wäre wünschenswert, wenn dieser Vollzug EKD weit Wirkung entfalten könnte, konkret gesprochen, wenn ein Düsseldorfer im Berliner Dom seinen Kirchenreintritt so vollziehen könnte, daß er bei sich zu Hause in Düsseldorf gilt.

Amtshandlungen (Kapitel 3, 4 und 6)

1) Der Entwurf vermeidet den Begriff „Amtshandlungen“ oder „Kasualien“, doch empfiehlt es sich, ihn für eine zusammenfassende Darstellung beizubehalten. Amtshandlungen sind Gottesdienste aus einem bestimmten Anlaß. Diese inzwischen wohl geklärte theologische Position ist Ausgangspunkt der kirchlichen Handlungen Taufe, Konfirmation, Trauung und Bestattung. Sie sind fester Bestandteil jeder Lebensordnung und haben rechtlich eine Reihe von Gemeinsamkeiten.

a) sie sind erbetene gottesdienstliche Handlungen, das heißt in der Juristensprache, es gibt sie nicht von Amts wegen, sondern nur auf Antrag, und in ihrem Vollzug sind außer den Hauptbetroffenen in der Regel viele andere Menschen mit hineingenommen.

b) Sie sind gottesdienstliche Handlungen, für die Pfarrerinnen und Pfarrer zuständig sind, und zwar örtlich diejenigen, in deren Bezirk die Betroffenen wohnen. Wird von den Betroffenen eine andere Pfarrerin oder ein anderer Pfarrer gewählt, ist ein Dimissoriale des zuständigen Pfarramts erforderlich. Frage: Wer ist eigentlich für die wohnungslosen Kirchenglieder zuständig?

c) Amtshandlungen können versagt werden. Bei Taufe und Konfirmation spricht der Regelungsteil von Zurückstellen von der Taufe bzw. der Konfirmation, während bei der Eheschließung und bei der Bestattung von Versagung und Versagungsgründen die Rede ist.

d) Wird eine Amtshandlung versagt, können die Betroffenen Beschwerde bei der Superintendentin oder beim Superintendenten einlegen. Eine kirchengerichtliche Nachprüfung findet in keinem Falle statt. Die einschlägigen gliedkirchlichen Gesetze über die kirchliche Verwaltungsgerichtsbarkeit verbieten dies ausdrücklich, weil Entscheidungen im Rahmen des Amtshandlungsrechts keine Verwaltungsakte sind. Zuständig für die Entscheidung ist nach dem neuen Entwurf bei der Taufe, bei der Konfirmation und bei der Trauung der Gemeindegemeinderat, wenn die Pfarrerin oder der Pfarrer Bedenken gegen den Vollzug dieser Amtshandlungen hat. Dies ist eine erhebliche Veränderung gegenüber dem geltenden Recht, die ich ausdrücklich begrüße. Doch finde ich es nicht schlüssig, daß über die Beschwerde gegen die Entscheidung eines Gemeindegemeinderates nur die Superintendentin oder der Superintendent entscheidet. Konsequenter wäre es jedenfalls, eine Entscheidung des Kreiskirchenrates herbeizuführen. Bei der Bestattung liegt aus praktischen Gründen die Entscheidung bei der Pfarrerin oder beim Pfarrer. Allerdings sollen sie bei Bedenken gegen eine kirchliche Bestattung das Gespräch mit Mitgliedern des Gemeindegemeinderates suchen.

2) Zu einigen rechtlichen Aspekten im einzelnen:

a) Die Taufe

Sie ist Basis und Ausgangspunkt christlicher Existenz. Ungeachtet der Divergenzen in der Tauflehre stimmt das Taufrecht innerhalb der EKD in seinen Grundzügen überein. Das gilt nun auch für die Gleichrangigkeit von Kinder- und Erwachsenentaufe. Die Taufe begründet die Kirchenmitgliedschaft und ist das stärkste Band der ökumenischen Gemeinschaft.

b) Die Konfirmation

Die christliche Gemeinde konfirmiert aufgrund ihrer Verantwortung für die Taufe. Der vorliegende Entwurf verlangt für die Teilnahme am Konfirmandenunterricht nicht mehr den Nachweis über eine Taufe oder die Teilnahme an der Christenlehre bzw. am Religionsunterricht. Die Konfirmation berechtigt zur selbständigen Teilnahme am Abendmahl und zur Übernahme des Patenamtes.

c) Die Trauung

Am Beispiel des Kapitels Lebensgemeinschaft, Ehe und kirchliche Trauung wird der geschichtliche Wandel besonders deutlich, der sich zwischen der zweiten und dritten Generation von Lebensordnungen vollzogen hat. Der Wandel ist an den Artikeln 6 Abs. 2 Trauung Geschiedener und Artikel 5 Abs. 2 Eheschließung mit einem Nichtchristen ablesbar. Nach der geltenden Ordnung kann die Trauung Geschiedener nur ausnahmsweise geschehen. Heute ist das Regelausnahmeprinzip umgekehrt. In der Regel werden Geschiedene getraut. Ausnahmsweise ist aus seelsorgerlichen Gründen eine Versagung möglich. Das Thema Mischehen kommt bezeichnenderweise im Regelungsteil gar nicht mehr vor. Die Eheschließung zwischen Christen und Nichtchristen ist in Form eines Gottesdienstes zur Ehe-

schließung nach einer eigenen liturgischen Ordnung möglich. Die in den Teilen I und II verhältnismäßig ausführlich behandelten Themen, nämlich eheähnliche Lebensgemeinschaften und Segnung homosexueller Paare finden im Regelungsteil noch keinen Niederschlag. Das ist gut so. Denn solange hierüber kein Konsens gefunden wurde, sollte ein rechtlicher Regelungsversuch vermieden werden. Dieser Gesichtspunkt sollte für die gesamte Ordnung gelten.

d) Die Bestattung

Bei der kirchlichen Bestattung ist aus rechtlicher Sicht die Frage der Kirchenmitgliedschaft das zentrale Thema. Dürfen Nichtmitglieder und vor allem aus der Kirche Ausgetretene kirchlich bestattet werden? In den Ausschüssen der Arnoldshainer Konferenz haben wir darüber lange debattiert und uns am Ende nur in der Weise einigen können, daß wir in die Musterordnung Alternativen geschrieben haben:

- Alternative 1: Bestattung aus seelsorgerlichen Gründen möglich.
 Alternative 2: Bestattung ausnahmsweise nur dann möglich, wenn der Verstorbene den Wunsch zu erkennen gegeben hat, der evangelischen Kirche wieder angehören zu wollen.

In Artikel 4 des Entwurfs der EKU wird das Regel-Ausnahmeprinzip weiter entwickelt, das ansatzweise schon in der Lebensordnung der APU gegolten hat. In der Regel werden nur Kirchenmitglieder bestattet. Es gibt nach der geltenden Lebensordnung aber drei Ausnahmefälle

- der Verstorbene befand sich im Taufunterricht,
- der Verstorbene war zwar aus der Kirche ausgetreten, hatte aber vor dem Pfarrer oder einem Ältesten die Bitte um Wiedereintritt ausgesprochen,
- der Verstorbene gehört einer anderen christlichen Kirche an.

Artikel 4 des Entwurfs verbindet geschickt die beiden Alternativen der Arnoldshainer Konferenz. Er annonciert zunächst in seinem ersten Absatz durch das Wort grundsätzlich, daß Ausnahmen möglich sind, verweist den Ausnahmefall der Zugehörigkeit des Verstorbenen zu einer anderen christlichen Kirche in einem besonderen Absatz 5 und nennt in Absatz 2 vier Kriterien für weitere Ausnahmefälle. Durch eine redaktionelle Veränderung sollte klargestellt werden, daß die vier Kriterien kumulativ beachtet werden müssen und nicht je für sich als Entscheidungsgrundlage ausreichen.

Seelsorge, Beratung und Beichte (Kapitel 5)

Die rechtliche Relevanz dieses Kapitels ist verhältnismäßig gering. Es sind im wesentlichen Aussagen und Appelle aufgeschrieben worden. Interessant finde ich Absatz 4 von Artikel 2, wonach Landeskirchen und Gemeinden dafür sorgen, daß theologisch und für den Umgang mit Menschen besonders vorgebildete Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (Beraterinnen und Berater) für die Seelsorge zur Verfügung stehen. Offenbar ist hier an eine „flächendeckende Versorgung“ gedacht, deren Verwirklichung in einer Diaspora-Situation oftmals aussichtslos ist.

Artikel 7 behandelt die seelsorgerliche Schweigepflicht und das Beichtgeheimnis. Wie schon erwähnt, sind diese Verpflichtungen Bestandteil des Pfarrdienstgesetzes und haben dort ihren normativen Platz. Die Besonderheit in der Lebensordnung liegt darin, daß jeder Christ zur Seelsorgerin oder zum Seelsorger von anderen werden kann und nichtordinierte Christen ebenfalls verpflichtet sind, über das zu schweigen, was ihnen in der Beichte anvertraut wird. Diese

Verpflichtung kann freilich rechtlich nicht durchgesetzt werden.

Dienst, Mitarbeit und Leitung (Artikel 7)

Dieses Kapitel möchte vor allem unter Bezugnahme auf die Barmer Thesen VI und IV die Zeugnis- und Dienstgemeinschaft der kirchlichen Mitarbeiterschaft herausstellen. Soweit normative Bestimmungen vorkommen wie z.B. in Artikel 1 Absatz 3, wonach die Beschäftigung im kirchlichen Dienst die Zugehörigkeit zur evangelischen Kirche voraussetzt, oder Artikel 5 über die Gemeindeleitung, handelt es sich um Wiederholungen von anderen gesetzlichen Bestimmungen, insbesondere auch der Kirchenverfassung, die der Lebensordnung im Range vorgehen.

Geld und Besitz (Kapitel 8)

Mit diesem Kapitel wird Neuland betreten. Bestimmungen über den Umgang mit Geld, insbesondere Kirchensteuern und Kollekten, gibt es selbstverständlich an vielen Stellen kirchlicher Ordnung. Aus rechtlicher Sicht verdient besonderes Interesse der Artikel 3 über die Auftragsbindung der Verwaltung. So wie er formuliert ist, kann er nur appellativen Charakter haben, weil er keine Adressaten benennt. Soll die Vorschrift greifen, muß sie in die kirchliche Gesamtordnung eingebunden werden.

Verantwortung, Öffentlichkeit, Gesellschaft und Politik (Kapitel 9)

Dieses Kapitel braucht aus rechtlicher Sicht nicht kommentiert zu werden. Er enthält einen in Artikel gefaßten Katalog zur Öffentlichkeitsarbeit und zur evangelischen Publizistik und wiederholt in Artikel 11 Satz 3 eine Amtspflicht der Pfarrerinnen und Pfarrer im Blick auf die Äußerungen zu Fragen des öffentlichen Lebens und zu politischer Betätigung.

Nach diesen rechtlichen Anmerkungen zu den neuen Kapiteln des Entwurfs schulde ich noch eine Antwort auf die Frage, wie denn die rechtlichen Perspektiven einer kirchlichen Lebensordnung aussehen. Sind nicht die rechtlichen Implikationen eher auf dem Rückzug? Zeigt die Entwicklung der drei Generationen von Lebensordnungen nicht gerade, daß rechtliche Kategorien immer mehr zurücktreten, so daß eine vierte Generation von Lebensordnungen, sagen wir im Jahr 2025, wahrscheinlich überhaupt keine Regelung von einigermaßen verbindlichem Charakter mehr kennen wird?

Ich meine, daß die Antwort darauf auch in 25 Jahren aktuell aus der Barmer Theologischen Erklärung gewonnen werden wird. Die Ordnung des Lebens der Christen und der christlichen Gemeinde leitet sich von der Botschaft her. Die Botschaft selbst ist keine Kirchenordnung oder positives Recht mit rechtsförmlicher Bestimmtheit. Doch da, was Gemeinde Jesu Christi konstituiert, ist vorgegeben: Predigt, Taufe, Abendmahl, Diakonie, Geschwisterliebe, Einheit. Das gilt für alle christlichen Kirchen und das gilt zu aller Zeit. Deshalb sollt der Katalog der Kapitel des Lebensordnungsentwurfs mindestens um die Bereiche Diakonie und Mission, aber auch Ökumene, ergänzt werden.

Zum Schluß möchte ich noch einmal aus dem Brief von Bischof Jänicke zitieren. Ich tue dies deshalb besonders gern, weil ich ihm verdanke, daß ich in den kirchlichen Dienst getreten bin und diese Synode meine letzte im aktiven Dienst der EKU ist. So schließt sich

der Kreis. In dem folgenden Zitat gebraucht Jänicke das schöne Bild von den kirchlichen Ordnungen als Gefäßen des Evangeliums: Er schreibt: „Kirchliche Ordnungen sind Gefäße für den köstlichen uns anvertrauten Schatz des Evangeliums. Ich könnte auch sagen: Sie wollen dem Herrn Christus und seinem Leben in der Gemeinde dienen. Sie wollen ihn groß machen und seine Gaben vor Mißbrauch und Verächtlichmachung schützen ... Gott erhalte uns das einhellige und klare Zeugnis der Wahrheit, das allein im Hören aufeinander, in der Liebe untereinander gegeben werden kann.“

Auftrag und Aufgabe der Ordnung des kirchlichen Lebens in theologischer Perspektive

Referat vor der Synode der
Evangelischen Kirche der Union am 5. Juni 1998

Referent: Prof. Dr. Joachim Mehlhausen,
Liebermeisterstr. 12, 72076 Tübingen

Hohe Synode, sehr geehrte Schwestern und Brüder,

mein Referat ist in drei Abschnitte gegliedert. In einem ersten Teil erlaube ich mir, noch einmal auf die Situation einzugehen, in der Sie über den Entwurf einer neuen Ordnung des kirchlichen Lebens beraten und zu entscheiden haben. Dies deshalb, weil aus der Situationsanalyse Fragen von grundsätzlicher Bedeutung für unser Thema abgeleitet werden können. In einem zweiten Teil skizziere ich ganz kurz das Verhältnis von Ordnung und Lehre nach reformatorischem Verhältnis, weil hier die wohl maßstabsetzenden Leitlinien für Auftrag und Aufgabe einer Lebensordnung aufgefunden werden können. Im dritten Teil versuche ich aufzuzeigen, warum es überhaupt notwendig wurde, Lebensordnungen komplementär zu den bei uns in Geltung stehenden Kirchenordnungen bzw. Kirchenverfassungen zu entwickeln und ob diese Notwendigkeit auch für heute noch Gültigkeit hat.

1. Zur Situation

Karl Barth eröffnete im Jahre 1955 den Paragraphen 67.4 seiner Kirchlichen Dogmatik mit den Worten: „Wir reden von Ordnung da, wo bestimmte Verhältnisse und Beziehungen als der Sache, um die es geht, entsprechend und insofern als notwendig sich erweisen und als gültig erkannt werden, sich als solche von Fall zu Fall bestätigen, als solche Anerkennung und Nachachtung fordern und finden. Die Erbauung der Gemeinde, das Ereignis der Gemeinschaft der Heiligen vollzieht sich in solchen bestimmten Verhältnissen und Beziehungen und insofern eben: in Ordnung.“ Diese Sätze sind damals - wie der gesamte nachfolgende Abschnitt der Kirchlichen Dogmatik über die „Ordnung der Gemeinde“ - von vielen Laien und Theologen als große Entlastung und Ermutigung aufgefaßt worden. Als Entlastung, weil sie dem Begriff der kirchlichen Ordnung einen sehr nüchternen Sinn gaben, der sich wohltuend abhob von den hohen Aussagen einer Theologie gottgewollter Ordnungen, die ihre Vertreter in den Jahren zwischen 1933 und 1945 zu höchst problematischen politischen und kirchenpolitischen Haltungen veranlaßt hatte. Der gesamte Paragraph 67.4 der Kirchlichen Dogmatik löste in der damaligen Situation für viele seiner Leserinnen und Leser das Gebot der 3. These der Barmer Theologischen Erklärung ein, in der es heißt: „Die christliche Kirche ... hat mit ihrem Glauben wie mit ihrem Gehorsam, mit ihrer Botschaft wie mit ihrer Ordnung mitten in der Welt der Sünde als die Kirche der begnadigten Sünder zu bezeugen, daß sie allein

sein (Jesu Christi) Eigentum ist, allein von seinem Trost und von seiner Weisung in Erwartung seiner Erscheinung lebt und leben möchte.“ Als Ermutigung konnte das nüchterne Ordnungsverständnis Karl Barths für alle diejenigen wirken, die in der frühen Nachkriegszeit daran gingen, für jene Landeskirchen neue Grundordnungen zu erarbeiten, deren Ordnungsgefüge durch die Kirchenwirren der Jahre 1933/34 zerstört worden war.

Gerade vor der Synode der Evangelischen Kirche der Union ist es wohl angemessen, ein von dieser Synode erbetenes Referat über „Auftrag und Aufgabe der Ordnung des kirchlichen Lebens in theologischer Perspektive“ mit diesen Erinnerungen zu eröffnen. Denn wie tiefgreifend sich die Situation in Theologie und Kirche seither auch geändert haben mag, so bleiben doch die Thesen der Barmer Theologischen Erklärung und die hinter ihnen stehende Theologie des großen Baseler Lehrers ein traditionsbegründendes Element für die Kirche der Union, von dem sie sich allenfalls unter genauester Angabe der Gründe verabschieden dürfte. Vor diesem Hintergrund läßt eine Durchsicht der umfangreichen Materialien, die für Ihre diesjährige Synodaltagung bereitgestellt wurden, drei unter theologischen Gesichtspunkten zu diskutierende gewichtige Problemkreise erkennen:

1.1 In den sich nun schon über mehrere Jahre hinziehenden Beratungsprozeß über den Entwurf einer neuen „Ordnung des Kirchlichen Lebens“ sind keine Argumente von grundsätzlicher theologischer Art eingebracht worden, die eine solche Lebensordnung von vornherein in Frage gestellt hätten. (Mir ist bekannt, daß die Kirchenleitung der Pommerschen Evangelischen Kirche „Einwände, Zweifel und Bedenken“ angemeldet hat; da mir deren Begründung nicht vorliegt, kann ich sie hier nicht berücksichtigen.) Aus dem großen Konsens im Grundsätzlichen kann man folgern, daß der uns allen vor Augen stehende Prozeß der zunehmenden Pluralisierung und Ausdifferenzierung in unseren Kirchen und Gemeinden bislang nicht dazu geführt hat, daß man in den verantwortlichen Leitungsgremien das Konzept einer gesamtkirchlichen Lebensordnung für überholt hält. Dennoch wird sich die hier versammelte Synode mit Tendenzen auseinandersetzen müssen, die in die Richtung eines eher kongregationalistischen Lösungsmodells zielen. Solche Tendenzen melden sich überall dort zu Wort, wo auf besondere Erfahrungen im Leben der Gliedkirchen und ihrer Gemeinden verwiesen wird, die in der Lebensordnung berücksichtigt werden müßten. Sie verbinden sich mit bestimmten Stichworten wie: Volkskirche - Minderheitskirche; Gemeindeerfahrung Ost - Gemeindeerfahrung West; Situation Stadt - Situation Land; Kirche in der Perspektive eines franziskanischen Armutsideals - Kirche unter dem Leitbild der klugen Haushalterschaft - und so fort.

Wenn die hier und jetzt versammelte Synode Beschlüsse fassen wird, die darauf hinauslaufen, die im Entwurf vorliegende „Ordnung des kirchlichen Lebens der Evangelischen Kirche der Union“ in Geltung zu setzen, dann wird sie sich m. E. insbesondere vor Augen halten müssen, daß diese neue Ordnung in den kommenden Jahren und Jahrzehnten nicht so sehr wegen einzelner Bestimmungen der Kritik ausgesetzt sein wird, sondern wegen ihres Anspruchs, für den Gesamtbereich der Gliedkirchen der EKV einheitlich zu gelten. Eben dieser Anspruch auf einen gesamtkirchlichen Geltungsbereich haben aber die früheren Lebensordnungen der ApU erhoben. Es war ihr erklärtes Ziel, die Zusammengehörigkeit der Gemeinden und Gliedkirchen auf wichtigen Handlungsfeldern des kirchlichen Lebens nicht bloß zu postulieren, sondern zu fördern. Dies gilt in besonders hohem Maße für die zwischen 1952 und 1955 entstandene dritte Lebens-

ordnung der EKU. Sie diene nicht zuletzt dem Ziel, die Kirchengemeinschaft über die deutsch-deutsche Grenze hinweg zu erhalten. Es fragt sich heute, ob eine zu weitgehende Öffnung und Ausdifferenzierung einer kirchlichen Lebensordnung nicht dazu führt, daß ein zum Wesen einer derartigen Ordnung gehörender Auftragsbestandteil - nämlich integrierend zu wirken - verloren geht.

In gegenläufiger Entscheidung zu der Forderung nach Differenzierung hören wir gegenwärtig aber auch die Frage: Greift eine „Ordnung des kirchlichen Lebens der Evangelischen Kirche der Union“ nicht zu kurz? Müßte nicht mit aller Konzentration weiterhin der Versuch unternommen werden, eine Lebensordnung gemeinsam mit der VELKD zustandezubringen - und dies in ökumenischer Offenheit bis hin zu anderen christlichen Gemeinschaften in unserem Lebens- und Sprachraum? Auch dieser Wunsch nach Ausweitung des Geltungsbereichs einer Lebensordnung ist gegenüber den früheren Ordnungen etwas Neues und muß auf seine grundsätzlichen theologischen Aspekte hier sorgfältig durchdacht werden. Die entscheidende Frage lautet m. E.: kann eine Lebensordnung das leisten, was doch zunächst im Bereich der Lehre und des Bekenntnisses der Kirchen geklärt werden müßte? Ich begnüge mich hier damit, diese Frage gestellt zu haben.

1.2 Weil die gegenwärtige Situation von zwei in entgegengesetzte Richtungen weisende Erwartungen mitbestimmt wird, die man auf der einen Seite als Partikularisierung und auf der anderen als Universalisierung der Lebensordnungen bezeichnen kann, ist es wohl wichtig, noch einmal an die theologischen Grundzüge der älteren Lebensordnungen zu erinnern. Der zeitliche Abstand zu diesen Ordnungen ist offenkundig so groß geworden, daß eine Historisierung dieser Texte vielen von uns leicht fällt. Vor allem die starke Herausarbeitung der Kirchenzucht in der Ordnung des Jahres 1955 mit ihrer deutlichen Abgrenzung zwischen Kirche und Welt hat ihre „Selbstverständlichkeit verloren“ (Entwurf 4). Aber man wird die älteren Ordnungen nicht nur unter dem Aspekt der Kirchenzucht ansehen dürfen. Sie hatten - wie der beste Kenner der Geschichte dieser Ordnungen, Michael Plathow, herausgearbeitet hat - zumindest vier theologische Aspekte. Diese waren:

a) Lebensordnung als Eschatologische Ordnung. „Als Richtlinien des eschatologischen Gottesvolks stehen sie im Dienst des Umkehrrufes des Wortes Gottes, des *usus theologicus legis*. Mittelbar, nicht unmittelbar, üben sie die Schlüsselgewalt aus.“

b) Lebensordnung als Evangelische Ordnung. Lebensordnungen sind „evangelische Ordnungen“, weil sie „im Dienst des Evangeliums um des Friedens“ willen stehen. „der aus der Liebe hervorgeht“ und sie zu „evangelischen Liebesordnungen“ macht.

c) Lebensordnung als Parakletische Ordnung. Lebensordnungen haben einen parakletischen Charakter, weil sie „im Dienst des erhaltenden und erneuernden Wirkens des Heiligen Geistes“ für die Erneuerung gemeindlichen Lebens in den jeweiligen Wirklichkeitsbereich hinein Stärkung und Klärung bringen wollen und können.

d) Lebensordnung als Bekennende Ordnung. Lebensordnungen sind „bekenkende Ordnungen“, weil sie im „Bekenntnisvollzug christlichen Lebens“ die verschiedenen Antworten des Glaubens auf die Herausforderungen der jeweiligen gesellschaftlichen und politischen Wirklichkeit konzentriert zum Ausdruck bringen (Zitate nach M. Plathow: TRE 20 (1990) 579).

Auf diese in den älteren Lebensordnungen enthaltenen theologischen Elemente habe ich deshalb noch einmal hingewiesen, damit der kon-

statierte und konstaterbare Konsens im Blick auf eine Historisierung der Vorgänger-Ordnungen nicht kurzschlüssig dazu führt, daß es mit der Distanzierung von der Kirchenzucht-Perspektive zugleich auch zu einer unbemerkten Verabschiedung von anderen theologischen Kriterien einer Lebensordnung kommt.

1.3 Die besondere Bedeutung des Entwurfs einer neuen Ordnung des kirchlichen Lebens in den Gliedkirchen des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR aus dem Jahre 1985 steht uns allen vor Augen. Mit diesem Text unter der Überschrift *Mit der Kirche leben* sollte eine „neue Generation“ von Lebensordnungen entstehen. Die Ereignisse der Jahre 1989/90 haben dazu geführt, daß diese Ordnung nicht förmlich in Kraft treten konnte. Zur Erhellung der gegenwärtigen Situation ist es wichtig, daß wir uns bewußt machen, welcher neue Weg hier beschritten worden ist. Nach einem Wort von Johannes Hempel handelte es sich bei dem Entwurf des Bundes um eine „Öffnungsordnung“, die primär einen Angebotscharakter haben sollte. Dieser Text will informieren und einladen, „sich auf evangelischen Glauben einzulassen und mit der Kirche zu leben“. Der Regelungscharakter der Ordnung tritt demgegenüber stark zurück, „weil die örtlichen kirchlichen Situationen verschieden sind“. Zugleich wird aber hervorgehoben, daß diese Ordnung „Ausdruck gewachsener Zeugnis- und Dienstgemeinschaft“ sei und „das größere Maß an Einheit“ widerspiegele, „das diese Kirchen gewonnen haben“. Schließlich wollte diese Ordnung im Entwurf „Christen und Gemeinden darin bestärken, das Evangelium von Jesus Christus in einer nicht-christlichen Umwelt zu leben“.

Der Text *Mit der Kirche leben* hat mit besonderem Nachdruck die Frage nach dem Adressaten einer kirchlichen Lebensordnung vor uns gestellt. Diese Frage ist auch in der Stellungnahme der Theologischen Fakultät der Universität Leipzig zum Entwurf der VELKD thematisiert worden. Bei der Frage nach dem Adressaten handelt es sich um eine Weichenstellung von weitreichender Bedeutung. Es waren ja nicht nur die staatlichen Zensurbestimmungen im Osten Deutschlands, die es notwendig machten, daß die Lebensordnung der EKU aus dem Jahre 1955 den Vermerk auf dem Titelblatt trug: „Nur für den kirchlichen Dienstgebrauch“. Im „Vorspruch“ wurden damals die „Pfarrer, Gemeindekirchenräte (Presbyterien) und Gemeindebeiräte“ als Zielgruppe beim Namen genannt. Die Kirchenleitung selbst blieb gleichsam an einem dritten Ort. Denn - so hieß es im gleichen „Vorspruch“ - in Zweifelsfragen sollte der Benutzer dieser Ordnung „den Rat seiner Kirchenleitung“ einholen.

Auch hier hat es seither eine bemerkenswerte Entwicklung gegeben. Im Beschluß der Synode der EKU zur Revision der Lebensordnung vom 16. Juni 1996 wurde als „Empfehlung“ festgehalten: „Auch wenn sich eine Lebensordnung in erster Linie an einen innerkirchlichen Adressatenkreis richtet, sollte sie auch für die kirchliche Erwachsenenbildung nutzbar sein.“ Diese Empfehlung ist in der „Einführung“ des jetzt zu beratenden „Entwurfs“ noch einmal erweitert worden (5 f.) In manchen Stellungnahmen aus den Gliedkirchen und Gemeinden der EKU klingt der Wunsch an, aus der Lebens-Ordnung ein „Hausbuch“ für Gemeindeglieder sowie eine Informationsschrift für ganz allgemein an der Kirche Interessierte zu machen. Im vorliegenden „Entwurf“ werden als Adressaten neben Menschen in ihrer „individuellen Lebenssituation“ die Leitungsgremien der Gemeinden genannt, die „für ihre Aufgaben Perspektiven“ brauchen, „die einen Entscheidungsrahmen geben und Handlungsspielräume eröffnen“.

Zu diesen vielfältigen Beschreibungen des Adressatenkreises muß m. E. unbedingt die kritische Anfrage der Leipziger Fakultät gehört

werden: „Welche Absicht wird .. verfolgt? ... Soll es eine Beschreibung der Sitte oder eine Orientierung des Handelns sein? Und wenn Letzteres ...: Sind diese Orientierungen bloße Angebote und Empfehlungen, oder sind es Anweisungen, die nahezu Rechtscharakter haben?“ Im zweiten und vor allen im dritten Teil meines Referats werde ich aufzuzeigen versuchen, daß Auftrag und Aufgabe der Ordnung des kirchlichen Lebens ursprünglich tatsächlich und ausschließlich auf den „innerkirchlichen Dienstgebrauch“ zielten. Auch die 3. Barmer These läßt sich schwerlich dahingehend interpretieren, daß die christliche Kirche mit ihrer Ordnung die Welt darüber unterrichten sollte, wer sie sei und was sie tue. Im Vollzug der von ihr selbst angenommenen Ordnung bezeugt sie, wessen Eigentum sie ist und von welchem Trost und von welcher Weisung sie lebt und leben möchte.

Ich fasse meine Erwägungen zum aktuellen Diskussionsstand kurz zusammen: Vor diesem Hintergrund sind für Auftrag und Aufgabe einer Ordnung des kirchlichen Lebens in theologischer Perspektive m. E. drei Problembereiche sorgfältig zu beachten: 1. Die Verabschiedung einer neuen Lebensordnung aktualisiert die Frage nach der Einheit einer Kirche bzw. eines gliedkirchlichen Zusammenschlusses. 2. Die Verabschiedung einer neuen Lebensordnung fordert dazu heraus, Kontinuitätslinien einmütig zu zeichnen und Kontinuitätsabbrüche im Konsens zu vollziehen. 3. Die Verabschiedung einer neuen Lebensordnung ist nur möglich, wenn wiederum der Sitz im Leben der Kirche für diese Ordnung genau angegeben werden kann.

2. Ordnung und Lehre

Die Reformation ist in ganz entscheidender Weise ein Phänomen der kirchlichen Neuordnung gewesen. Gewiß waren die theologischen Grundentscheidungen der Reformatoren unerläßliche Voraussetzungen für die dann folgenden Ordnungs-Entscheidungen. Aber ohne eine Umsetzung der neuen theologischen Erkenntnisse in lebendige und lebensfähige neue Ordnungen wäre es nie zu jener Entwicklung gekommen, die wir mit dem Wort „Reformation“ umschreiben. Die radikale Trennung Luthers vom Kanonischen Recht war die revolutionäre Tat in der Frühzeit der Reformation. Nach der Verbrennung des Kanonischen Rechts am 10. Dezember 1520 vor dem Elstertore in Wittenberg war die Ablehnung der alten kirchlichen Ordnung unwiderruflich vollzogen. Luther vertraute einige Jahre lang darauf, daß aus der Predigt des Evangeliums von der Rechtfertigung der Gottlosen - allein aus Gnade und allein im Vertrauen auf die unverdient zugewandte Gerechtigkeit Christi - neue Ordnungen für das Leben der Christen und für die Gestalt der Kirche organisch heranwachsen würden, ohne daß man hier irgendetwas mit Zwang herbeiführen oder übereilt festlegen müsse. Luthers eigene frühe Ordnungsratschläge für den Gottesdienst und für das Leben in den Gemeinden waren ganz bewußt punktuell, pro loco und de tempore gemeint; Luthers frühe und sehr behutsame Gottesdienstreform in Wittenberg und seine Ratschläge für das Städtchen Leisnig sind die Exempel.

Die Erschütterung der reformatorischen Bewegung durch die Erfahrungen des Bauernkrieges und insbesondere die bei den ersten Visitationen zutage tretenden Zustände einer großen Unordnung veranlaßten dann Luther und seine Weggefährten, das kirchenordnende Handeln konzentriert, systematisch und nicht mehr pro loco, sondern für jenen größeren Bereich, der später den Namen Landeskirche erhielt, voranzutreiben. Die im 16. Jahrhundert entstandenen evangelischen Kirchenordnungen zeichneten sich dadurch aus, daß sie zwei voneinander unterschiedene, allerdings nicht voneinander getrennte Bereiche behandelten. Der erste Bereich umfaßte die credenda, der zweite die agenda, also: Entscheidungen in Fragen

des Glaubens und der Lehre; und Entscheidungen in Fragen des kirchlichen Handelns und der Ordnung des kirchlichen Lebens. Ob ausgesprochen oder unausgesprochen galt als festeste aller Grundregeln: Die credenda berühren die Fragen des ewigen Heils; die agenda hingegen sind Handlungsanweisungen, die identitätsstiftende Qualität und kontinuierlich bewahrende Verlässlichkeit haben müssen, deren Befolgung aber nicht heilsnotwendig ist. Die credenda erhielten zwischen 1530 und 1580 Bekenntnischarakter und begründeten den Bekenntnisstand der einzelnen reformatorischen Kirchentümer. Die agenda wurden weiterhin als variabel angesehen. Die besonderen Erfahrungen des Jahres 1548 forderten jedoch eine Klärung heraus. Sie fand in dem Satz der Konkordienformel ihren Niederschlag: Auch kirchliche Ordnungen - bzw. „Bräuche“ - können in casu confessionis ihren Charakter als Adiaphora verlieren (BSLK 815,6-21).

Was folgt aus dieser ganz knappen Skizze der reformatorischen Anfänge für Auftrag und Aufgabe der Ordnung des kirchlichen Lebens in theologischer Perspektive? Zunächst sei aus aktuellem Anlaß einem in der Öffentlichkeit erhobenen Vorwurf bzw. Verdacht widersprochen. In den Evangelischen Kommentaren war jüngst zu lesen: „Wenn von Ordnung die Rede ist, handelt es sich meistens um den Versuch, einen Zustand wieder herzustellen, der bereits Vergangenheit ist ... Wenn jetzt die EKU zeitgleich mit der VELKD den Entwurf einer neuen Ordnung kirchlichen Lebens vorlegt, fragt man sich unwillkürlich: soll damit einer drohenden Verwahrlosung kirchlicher Sitten gewehrt werden?“ Diese Sätze suggerieren, daß jedes Bemühen um kirchliche Ordnung restaurativen Charakter habe und in einem möglicherweise sogar reaktionären Sinne frühere Zustände wiederherstellen wolle.

Das Modell der früheren Ordnungsbemühungen der Reformatoren zeigt ein anderes Bild. Bei den Visitationen in Kursachsen wurden Zustände aufgedeckt, auf die das Wort Unordnung in der Tat angewendet werden mußte. Pfarrer blieben unbesoldet und hungerten mit ihren Familien; etliche von ihnen besaßen nur eine minimale theologische Bildung; das Schulwesen und die katechetische Unterweisung der Jugend waren zum Erliegen gekommen; die Finanzquellen der Gemeinden waren versiegt; vom Kanonischen Recht unabhängige Eheordnungen fehlten - und so fort. Die Ordnungsbemühungen der Reformatoren liefen nun gerade nicht darauf hinaus, die alten Zustände wiederherzustellen. Vielmehr galt das gemeinsame Bemühen der Juristen und Theologen dem Ziel, in einer veränderten gesellschaftlichen und innerkirchlichen Situation Ordnungen zu schaffen, die der neu entdeckten Mitte des Evangeliums nicht widersprachen und den freien Lauf eben dieser Evangeliumsverkündigung - wo immer mit menschlichen Mitteln möglich - beförderten.

Dieses Grundmodell hat m. E. auch heute Geltung zur Bestimmung von Auftrag und Aufgabe der Ordnung des kirchlichen Lebens. Ausgangspunkt hat ein im weitesten Sinne visitatorisch zu nennendes Handeln der für die Leitung der Kirche Verantwortlichen zu sein. Aus der „Wahrnehmung der gegenwärtigen Situation“ ergeben sich Aufträge, deren Ziel es ist, erkannte Unordnungen, Disparitäten oder auch bloße Fehlstellen im kirchlichen Leben konstruktiv so neu zu gestalten, daß der Erfüllung der zentralen Aufgabe der christlichen Gemeinden keine erkennbaren Hindernisse im Weg liegen. Dieser Auftrag kann nach der Einsicht der Reformatoren allerdings nur dann erfüllt werden, wenn Konsens über die heilsnotwendigen, den Bekenntnisstand der Kirche begründenden credenda herbeigeführt worden ist. Denn sie sind in diesem Zusammenhang die begrenzende Norm (norma normans), während die Ordnungen als begrenzte Normierungen (normae normatae) anzusehen sind, die nur unter den

Bedingungen des Bekenntnisnotstandes ein besonderes Gewicht erhalten. Beispiele für einen solchen qualitativen Umschlag hat es in der jüngsten Kirchengeschichte wiederholt gegeben. Sie reichen vom Beflaggen der Kirchen und Gemeindehäuser bis zum Glockengeläut, von der Alternative Konfirmation - Jugendweihe bis zum Umgang der Kirche mit ihrem Geld.

Der vor dieser Synode zur Beratung anstehende „Entwurf einer Ordnung des kirchlichen Lebens“ will das reformatorische Modell in jenen Abschnitten aufnehmen, die mit Wahrnehmung der gegenwärtigen Situation überschrieben sind. Diese Abschnitte sollten - wenn sie gut gelungen sind - der Bestandsaufnahme eines geschwisterlichen Besuchsdienstes - einer Visitation - entsprechen. Dabei ist es eine Selbstverständlichkeit, daß Visitationen die kirchlichen Verhältnisse nicht isoliert betrachten, sondern in ihrer Einbettung in die gesamtgesellschaftliche und politische Wirklichkeit, in der die Gemeinde Jesu Christi lebt. Nach dem reformatorischen Grundmodell für das kirchenordnende Handeln muß der in der Visitation erhobene Befund anschließend unter dem Lichtstrahl der credenda, der zentralen Aussagen des Bekenntnisses der Kirche, kritisch betrachtet werden.

Im vorliegenden „Entwurf“ wird der mittlere Schritt mit den Worten Biblisch-theologische Orientierung überschrieben. Diese (auch von der VELKD benutzte) Wortwahl verweist insbesondere für die Kirchen der Union auf ein nicht unerhebliches Problem: Implizit enthalten diese Abschnitte gewiß auch normierende Aussagen aus der Bekenntnistradition unserer Kirchen. Explizit geschieht dies jedoch an keiner Stelle. Dies führt zu der gewichtigen Frage, welche hermeneutischen Grundentscheidungen unsere Kommission in den jeweiligen Mittelteilen des „Entwurfs“ beachtet hat und ob der hier praktizierte Schriftgebrauch in sich stringent und konsonant ist. Völlig unproblematisch ist es jedenfalls nicht, wenn an die Stelle eines begründenden Verweises auf die credenda ein bloßer „biblisch-theologischer“ Argumentationsstrang tritt. Ohne daß dies beabsichtigt war, berührt der „Entwurf“ der neuen Lebensordnung an dieser Stelle die Frage nach dem Bekenntnis der Kirche der Union. Es ist mir nicht bekannt, ob diese Frage in den zuständigen Gremien der EKU bereits thematisiert worden ist; ich halte es jedoch für meine Pflicht, die Synode auf diesen Sachverhalt aufmerksam machen zu müssen.

Zum „dritten Schritt“ ist von den reformatorischen Ordnungsentwürfen her zu sagen: Wenn die „Richtlinien und Regelungen“ tatsächlich als „Grundsätze“ aufgefaßt werden können, die für alle Gemeinden in den Gliedkirchen Verbindlichkeit beanspruchen, ohne einen gesetzlich zwingenden Charakter zu erhalten, dann erfüllen sie den gestellten Auftrag nach dem reformatorischen Modell in angemessener Weise, weil sie Ordnung und Lehre, Lehre und Ordnung in das gebotene Beziehungsverhältnis setzen.

3. Kirchenordnung und Lebensordnung

Erst im abschließenden dritten Teil meines Referats gehe ich auf die Frage ein, warum es überhaupt notwendig geworden ist, Lebensordnungen neben die in unserem Bereich in Geltung stehenden Kirchenordnungen zu setzen. Hierfür gibt es geschichtlich herangewachsene Gründe, die wiederum einen ganz knappen historischen Exkurs notwendig machen.

Die evangelischen Kirchenordnungen des 16. Jahrhundert umfaßten jeweils die credenda und agenda in einer höchst unbefangenen Zu-

sammenstellung. Den Verfassern dieser Ordnungen war es selbstverständlich, daß die Benutzer die Fähigkeit besaßen, die notwendigen Unterscheidungen selbst vorzunehmen. So stehen etwa in der Großen Württembergischen Kirchenordnung von 1559 die hochtheologischen Bekenntnisaussagen der Confessio Virtembergica neben kirchlichen Dienstanweisungen für Ärzte und Bestimmungen über die Qualifikation von Stadtschreibern - um nur ein Beispiel zu erwähnen. Vom Zeitalter des Konfessionalismus bis in das späte 19. Jahrhundert hinein wurden die Handlungsanweisungen für das Leben der Kirche und in der Kirche zur Domäne der von den Landesherren eingesetzten kirchlichen Verwaltungsbehörden. Während man in diesen Gremien sorgsam darauf achtete, den Bekenntnisstand der jeweiligen Landeskirche unangetastet zu lassen, ergingen im Bereich der variablen agenda ein Fülle von ständig wechselnden Verfügungen, und zwar als „Edikte, Circular-Verordnungen, Rescripte, Mandate, Konstruktionen, Deklarationen, Resolutionen, Patente usw., deren Unterschiede, insbes. ob gesetzgebende oder administrative Akte, nicht erkennbar sind, entsprechend einer mangelnden Rechtsquellenhierarchie und der noch unbekanntem Gewaltenteilung“ (Klaus Schlaich: TRE 19 (1990) 45 f.). Kurzum: Weil die Lebensordnung der Kirche eben nicht unmittelbar den reichsrechtlich geschützten Bekenntnisstand der Kirche zu berühren schien, wurde sie zum Tummelplatz eigenwilligster landesherrlicher Interessen und Anordnungen.

Als nach dem Fortfall des Landesherrlichen Kirchenregiments im Jahre 1918 alle deutschen evangelischen Landeskirchen veranlaßt waren, sich - erstmals in ihrer Geschichte - völlig selbständig neue Kirchenverfassungen bzw. Kirchenordnungen zu geben, ging man überall nach folgendem Prinzip vor: In die neuen Kirchenordnungen bzw. Kirchenverfassungen wurden ganz bewußt nur rein rechtliche Regelungen für das kirchliche und gemeindliche Leben in seinen Grundstrukturen eingetragen. Die Aussagen über die credenda und damit über den Bekenntnisstand der jeweiligen Landeskirche konzentrierte man - nach dem Vorbild der Rheinisch-Westfälischen Kirchenordnung in der Fassung von 1853 - in den äußerst knapp gehaltenen Präambeln bzw. dem Grundartikel der Gesamtordnung.

Durch diese Konzentration der Aussagen über die credenda in den neuen Kirchenordnungen des 20. Jahrhunderts auf einige wenige Präambelsätze entstand ein Problem, das in den frühen 30er Jahren zur Entwicklung der ersten Lebensordnungen führte. Die Aufgabe und der Auftrag dieser neuen Lebensordnungen bestand darin, einige besonders zentrale Handlungsfelder der Kirchen, die in den Kirchenordnungen bloß „juristisch“ umschrieben waren, nun auch geistlich und theologisch auszuzeichnen und mit Inhalt zu erfüllen. Zwei Beispiele mögen dies verdeutlichen:

In einer Kirchenordnung können rechtliche Rahmenbedingungen für den Konfirmandenunterricht und die Konfirmation festgelegt werden, ohne daß es zu einer expliziten theologischen Aussage über die Lehrgrundlage dieses kirchlichen Handelns kommen muß. In einzelnen Kirchenordnungen wird der Sachverhalt sogar auf die bloße Information reduziert, daß die christliche Unterweisung und die Durchführung der Konfirmation zu den Amtsaufgaben des Pfarrers gehören. In der Lebensordnung hingegen kann das konfirmierende Handeln der Gemeinde in den größeren Zusammenhang „Vom Dienst der Gemeinde an ihrer Jugend“ gestellt und von der Taufe bis zur Gemeindejugendarbeit hin biblisch-theologisch und aus der reformatorischen Tradition heraus explizit begründet werden. In vergleichbarer Weise werden in vielen Kirchenordnungen Fragen des Gemeindegottesdienstes zur Sprache gebracht, ohne daß im Wort-

laut der entsprechenden Artikel oder Paragraphen auch nur ansatzweise von einer Theologie des gottesdienstlichen Handelns die Rede ist. Eine solche Kurzfassung kann etwa lauten: „Die besonderen Aufgaben des Pfarrers sind die Leitung des Gottesdienstes mit Predigt und Verwaltung der Sakramente ...“ (hier: Verfassung der Ev. Kirche der Pfalz v. 29.10.1990, § 17). In einer Lebensordnung hingegen kann im entsprechenden Abschnitt eine kleine Gottesdiensttheologie ausformuliert werden.

Die Aufgabe der im 20. Jahrhundert erstmals in unseren Kirchen eingeführten Lebensordnungen besteht darin, jene Teile der Kirchenordnungen zu ergänzen, die bloß formale Bestimmungen zu zentralen Handlungsfeldern der Kirche enthalten. Lebensordnungen die in theologischer Funktion komplementäre Ergänzungen derjenigen Bestimmungen der Kirchenordnungen, die sich auf rein rechtliche Normierungen kirchlicher Handlungsfelder beschränken. Den besonderen Auftrag und insbesondere den Umfang einer Lebensordnung könnte man im Einzelfall dadurch festlegen, daß man eine bestimmte Kirchenordnung daraufhin durchsieht, für welche ihrer Bestimmungen es eben nicht genügt, daß sie unter dem generellen Anspruch des in der Präambel genannten Bekenntnisparagraphen stehen, sondern einer eigenen kirchlich-theologischen Ordnungsanweisung bedürfen. Das mag manchen als eine sehr abstrakte Arbeit erscheinen; aber als auf der 8. und 9. Bekenntnissynode der ApU Otto Dibelius

und Oskar Hammelsbeck unter der Mitwirkung von Ernst Wolf das Kirchbüchlein. Eine Ordnung des kirchlichen Lebens für Gemeinden der ApU erarbeiteten, stand für jeden Einzelfall der brennende Konflikt aller Beteiligten vor Augen. Es galt, vom Bekenntnis der Kirche her die Vollzüge des kirchlichen und gemeindlichen Lebens inhaltlich so zu gestalten, daß sie nicht für falsche Ziele und Zwecke mißbraucht werden konnten, sondern zeugnisgebende Ordnungen sein durften.

Auftrag und Aufgabe der Ordnung des kirchlichen Lebens in theologischer Perspektive - das ist eine Thematik, die unseren Kirchen aus ihrer besonderen Geschichte zugewachsen ist. Aus einer älteren Geschichte, in der über Jahrhunderte hinweg das Landesherrliche Kirchenregiment für die Gemeinden die entsprechenden Entscheidungen traf; aus einer jüngeren Geschichte, in der unter dem Anspruch und Druck totalitärer Staatsmächte Gemeinden und Kirchen entdeckten, wie hilfreich es ist, auch Fragen der kirchlichen Ordnung als Zeugendienst zu verstehen. Solchen Zeugendienst nach Barmen III wollen die Lebensordnungen der Kirchen ermöglichen oder erleichtern. Deshalb ist es für eine Hohe Synode eine große Aufgabe, an einer neuen, zeitgemäßen Ordnung des kirchlichen Lebens zu arbeiten. Ich wünsche Ihren Beratungen zu dem „Entwurf“ einer solchen Ordnung einen gesegneten Verlauf.